

ifo Dresden berichtet

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*
Deutschlandprognose 2013/2014: Aufschwung voraus
- *Robert Lehmann, Joachim Ragnitz und Michael Weber*
Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen
2013/2014: Aufschwung verschoben
- *Stefanie Gäbler, Jan Kluge, Marius Lux und
Johannes Steinbrecher*
Herausforderungen und Lösungsansätze für die berufsschulische Ausbildung im Kammerbezirk Dresden
- *Alexander Eck, Felix Rösel und Johannes Steinbrecher*
Bundesgebiet Berlin statt Länderfinanzausgleich:
Ein finanzieller Bumerang für die Geberländer

Im Blickpunkt

- *Alexander Eck und Johannes Steinbrecher*
Aktualisierung der Einnahmeprojektion für den Freistaat
Sachsen – Erneut höhere Einnahmen im Ausgangsjahr

21. Jahrgang (2014)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 1/2014

Aktuelle Forschungsergebnisse

Deutschlandprognose 2013/2014: Aufschwung voraus

3

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus

Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland wird im Jahr 2014 beschleunigt expandieren. Das weltwirtschaftliche Umfeld bessert sich, die binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind weiter günstig. Die konjunkturelle Expansion wird von der Binnenwirtschaft getragen. Im Jahresdurchschnitt 2014 wird das reale Bruttoinlandsprodukt, bei einem Unsicherheitsintervall ($\frac{2}{3}$ Wahrscheinlichkeit) von 0,8 % bis 3,0 %, um 1,9 % steigen. Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe wird 1,5 % betragen. Der gesamtstaatliche Budgetüberschuss in Relation zum Bruttoinlandsprodukt dürfte bei 0,3 % liegen.

Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2013/2014: Aufschwung verschoben

11

Robert Lehmann, Joachim Ragnitz und Michael Weber

Die Aussichten auf den Aufschwung in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen haben sich durch das Hochwasser vom Juni 2013 ins Jahr 2014 verschoben. Preisbereinigt dürfte das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2013 nur um 0,2 % gestiegen sein. 2014 wird der Zuwachs voraussichtlich bei 1,6 % liegen. Die Wirtschaftsleistung im Freistaat Sachsen dürfte im Jahr 2013 lediglich stagniert haben. Im Jahr 2014 wird der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts in Sachsen voraussichtlich 1,8 % betragen.

Herausforderungen und Lösungsansätze für die berufsschulische Ausbildung im Kammerbezirk Dresden

19

Stefanie Gäbler, Jan Kluge, Marius Lux und Johannes Steinbrecher

Der demographische Wandel und der damit verbundene drastische Rückgang der Schülerzahlen in Sachsen haben dazu geführt, dass – trotz Standortschließungen – viele Berufsschulen momentan Überkapazitäten aufweisen. Verstärkt wird dieses Problem noch durch die zunehmende Abwendung junger Menschen vom klassischen System der dualen Berufsausbildung, beispielsweise zugunsten tertiärer Ausbildungswege. Schreitet die Ausdünnung des Berufsschulnetzes weiter voran und geht dadurch die Nähe zwischen Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen verloren, so könnte das für die deutsche Wirtschaft so prägende duale System im Kammerbezirk Dresden in Gefahr geraten. Basierend auf Befragungen der ausbildenden Unternehmen, der Berufsschulen und der beteiligten Schulträger formuliert dieser Artikel Handlungsempfehlungen für die zukünftige Ausgestaltung des Berufsschulsystems. Dabei wird deutlich, dass die räumliche Verteilung der Einrichtungen nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die Sicherung der Ausbildungsqualität und die Errichtung einer langfristig stabilen Organisation der Berufsschul-ausbildung stehen für die Beteiligten im Vordergrund.

Bundesgebiet Berlin statt Länderfinanzausgleich: Ein finanzieller Bumerang für die Geberländer

27

Alexander Eck, Felix Rösel und Johannes Steinbrecher

Regelmäßig wird von Seiten der Geberländer im deutschen Länderfinanzausgleich der Vorschlag vorgebracht, das Land Berlin in ein „direktes Bundesgebiet“ umzuwandeln, das nach dem Vorbild von Washington, D. C. direkt vom Bund finanziert werden sollte. Begründet wird dies mit sogenannten „Hauptstadtkosten“, für die dann der Bund und nicht die Länder aufkommen sollten. Im vorliegenden Beitrag untersuchen die Autoren die fiskalischen und demokratiepolitischen Auswirkungen dieses Reformvorschlages, insbesondere mit Blick auf den Länderfinanzausgleich. Es zeigt sich, dass sich dieser Vorschlag für

die Geberländer im Finanzausgleich unter dem geltenden Finanzausgleichsregime zu einem regelrechten finanziellen „Bumerang“ entwickeln könnte – die Geberländer bei einem direkten Bundesgebiet Berlin also stärker finanziell belastet wären als heute. Dieses paradoxe Ergebnis rührt daher, dass die schwache Wirtschafts- und Finanzkraft Berlins auch bei einer Umwandlung in ein Bundesgebiet unverändert fortbestünde und der nunmehr finanziell zuständige Bund durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer kompensiert werden müsste. Die Autoren zeigen abschließend, dass überdies auch gewichtige demokratie- und rechtspolitische Bedenken gegen den Reformvorschlag sprechen.

Im Blickpunkt

Aktualisierung der Einnahmeprojektion für den Freistaat Sachsen – Erneut höhere Einnahmen im Ausgangsjahr

33

Alexander Eck und Johannes Steinbrecher

Das SÄCHSISCHE STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN hat das IFO INSTITUT mit einer jährlichen Projektionsrechnung für die ordentlichen Einnahmen des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025 beauftragt. Die Ergebnisse basieren in der kurzen Frist auf der angepassten Steuerschätzung des Freistaates Sachsen und in der langen Frist auf einer Potenzialschätzung zum Bruttoinlandsprodukt der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS. Im vorliegenden Artikel stellen die Autoren die Ergebnisse der aktuellen Projektionsrechnung auf Basis der Steuerschätzung vom November 2013 dar und vergleichen diese mit den Ergebnissen auf Basis der Steuerschätzung vom Mai 2013, welche auch in der Mittelfristigen Finanzplanung des Freistaates Sachsen ausgewiesen werden. Langfristig sind beide Projektionsrechnungen sehr ähnlich: Insbesondere durch das Abschmelzen ostspezifischer Transfers wird es bis zum Jahr 2025 real zu einem deutlichen Einnahmerückgang im Freistaat Sachsen kommen.

Daten und Prognosen

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

36

Guter Jahresstart für die sächsische Wirtschaft: ifo Geschäftsklima im Januar 2014 gestiegen

38

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das dritte Quartal 2013

42

Aus der ifo Werkstatt

ifo Veranstaltungen

44

ifo Vorträge

45

ifo Veröffentlichungen

46

Deutschlandprognose 2013/2014: Aufschwung voraus¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Im Sommer 2013 hat sich das Tempo der weltwirtschaftlichen Expansion leicht beschleunigt. Der Welthandel nahm etwas kräftiger zu als noch zu Jahresbeginn. Die Industrieländer waren dabei erstmals seit vier Jahren wieder die treibende Kraft der konjunkturellen Besserung. So kam in den USA und Großbritannien der Schuldenabbau im privaten Sektor weiter voran, begleitet von einer äußerst expansiven Geldpolitik. In Europa war die Fiskalpolitik zudem nicht mehr so restriktiv ausgerichtet und die Unsicherheit über den Fortbestand des Währungsraumes ging etwas zurück.

Wichtige Schwellenländer durchliefen dagegen eine Schwächephase, die unter anderem auf die erwartete baldige graduelle Straffung der Geldpolitik in den USA zurückzuführen war. So hatten insbesondere die Türkei, Indien, Indonesien, Brasilien und Südafrika starke Abflüsse von Auslandskapital zu verzeichnen, was die Refinanzierungsbedingungen für den privaten und öffentlichen Sektor merklich verschlechterte und die Währungen unter massiven Abwertungsdruck setzte. vielerorts waren jedoch auch strukturelle Probleme maßgeblich, die im Sommer wieder stärker zutage traten.

Die Wirtschaft des Euroraums hat sich im Sommerhalbjahr 2013 von der mehr als ein Jahr anhaltenden Rezession gelöst, auch weil der Restriktionsgrad der Finanzpolitik zurückgenommen wurde. Wesentlich war ebenso die kostenlose Versicherungsleistung für die Staatspapiere der Krisenländer, die die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (EZB) seit dem Spätsommer 2012 in Form ihres OMT-Programms anbot. Gleichzeitig ist die Wirtschaft der Währungsunion nach wie vor in einer äußerst schlechten Verfassung, durch eine stark ausgeprägte Heterogenität zwischen den einzelnen Mitgliedsländern gekennzeichnet und vielerorts weiterhin fragil und für krisenhafte Verwerfungen anfällig. So weisen mehrere Volkswirtschaften enorme, zumeist in der Dekade vor der Krise entstandene, private und/oder öffentliche Schuldenstände auf. In den Krisenländern Spanien, Portugal, Griechenland und Italien ist der steile Aufwärtstrend bei den von einem Zahlungsausfall gefährdeten Krediten nach wie vor ungebrochen. Der Kern der Problematik liegt aber in der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit. Solange diese nicht wiederhergestellt ist, wird es nicht gelingen, die teils enormen Auslandsschulden zu tragen. Leider gibt es einen unlösbaren

Zielkonflikt zwischen der kurzen und der langen Frist. Maßnahmen, die der Wirtschaft kurzfristig Konjunkturimpulse verleihen, verzögern die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit durch reale Abwertung und behindern deshalb die langfristige Genesung.

Der vorliegenden Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass es zu keiner neuerlichen Eskalation der Eurokrise kommt. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist, dass die strukturellen Anpassungen im Euroraum wie bislang mit nur mäßigem Tempo fortgesetzt und die öffentlichen Defizite nur langsam zurückgefahren werden. Ein mögliches Hemmnis für die Reformbereitschaft und damit für die Herstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in den Krisenländern sind die vielfältigen finanziellen Hilfen, die Lockerung der fiskalpolitischen Ziele, die die EU-Kommission mehreren Euroraumländern gewährte, sowie das OMT-Programm der EZB. Durch diese Maßnahmen wurden konjunkturelle Impulse freigesetzt und die zuvor sehr hohen Refinanzierungskosten gesenkt, doch zugleich wurde auch der Reformdruck reduziert. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass sich die langfristigen Inflationserwartungen vom Ziel der EZB, das nahe bei 2 % liegt, entkoppeln könnten. Die Prognose basiert auf der Annahme, dass im Durchschnitt der Euroländer keine Deflation erwartet wird. Ein weiteres Risiko für diese Prognose besteht schließlich in der Entstehung von Preisblasen durch die äußerst günstige Bereitstellung von Liquidität.

Soweit sich das Basisszenario realisiert, wird die Weltkonjunktur allmählich an Fahrt gewinnen. Das Produzenten- und Konsumentenvertrauen hat sich in allen wichtigen Regionen verbessert. Die treibende Kraft hinter der konjunkturellen Beschleunigung sind im Unterschied zu den vergangenen fünf Jahren nicht die Schwellenländer, sondern die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, in denen die Verbesserung der Vermögensposition der privaten Haushalte und die expansive Geldpolitik die Konjunktur zunehmend beleben. Zudem dürfte die Finanzpolitik in einer Reihe von Ländern weniger kontraktiv ausgerichtet sein.

Die Heterogenität zwischen den Mitgliedsstaaten des Euroraums wird nach wie vor hoch bleiben. Mehrere Mitgliedsländer haben noch immer mit gewaltigen Strukturproblemen zu kämpfen. Soweit sich die Annahmen der

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Prognose realisieren, dürfte sich die zähe Erholung dennoch fortsetzen, weil der Rückgang der Importe für die heimische Wirtschaft stützend wirkt. Zudem werden die Krisenländer ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit angesichts sinkender Preise allmählich verbessern. Die Binnennachfrage in den Krisenländern dürfte indes rückläufig bleiben, da die private Verschuldung nach wie vor sehr hoch ist und die Arbeitslosigkeit voraussichtlich nicht zurückgeht. Zudem bleiben die Refinanzierungsbedingungen aufgrund der labilen Lage des Bankensystems schlecht und behindern die Investitionstätigkeit.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt 2013 im Euroraum voraussichtlich um 0,5% zurückgegangen sein, im Jahr 2014 dürfte mit einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Höhe von 0,7% zu rechnen sein. Dabei wird die Produktion in den Krisenländern nur geringfügig zunehmen (Spanien, Portugal) oder weiter schrumpfen (Italien, Griechenland, Zypern). Stabiler aufgestellte Volkswirtschaften wie Deutschland und Österreich werden hingegen einen Aufschwung haben. Für die unter massiven Wettbewerbsproblemen leidende französische Wirtschaft wird kein Aufschwung erwartet.

Da keine durchgreifende Erholung in den Krisenländern in Sicht ist, dürfte die Arbeitslosenquote, bei erheblichen regionalen Unterschieden, auf 12,2% steigen. Die hohe Unterbeschäftigung wird die Teuerungsrate weiter dämpfen. Auch werden die zurückliegenden Erhöhungen der Verbrauchssteuern nach und nach an Wirkung verlieren. Daher dürfte sich die Inflationsrate auf 1,1% im Jahresdurchschnitt 2014 abschwächen, nach 1,4% im abgelaufenen Jahr.

Deutschland: Aktuelle Lage

In Deutschland hat die europäische Schuldenkrise die gesamtwirtschaftliche Produktion zu Beginn des vergangenen Jahres spürbar belastet. Im Sommerhalbjahr 2013 verbesserte sich die konjunkturelle Lage, unter anderem weil neue Impulse aus dem Ausland erwartet wurden. Die guten Einkommensperspektiven und die günstigen Finanzierungsbedingungen machten sich mehr und mehr bemerkbar. Als Folge nahm das Vertrauen von Unternehmen und Verbrauchern wieder zu. Davon profitierten der Konsum und die Ausrüstungsinvestitionen, letztere legten nach einer 1-1/2-jährigen Durststrecke konjunkturell erstmals wieder zu. Die Bauinvestitionen hielten ihren Aufwärtstrend, der in den letzten Jahren im Wesentlichen durch die Flucht in die Sachwerte und die Unsicherheit von Auslandsinvestitionen getrieben ist. Alles in allem war die Binnennachfrage die Haupttriebfeder der deutschen Konjunktur im Sommer.

Bei alledem blieb die Arbeitsnachfrage weiter hoch. Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit erhöhte sich dank eines Abbaus von Kurzarbeit sowie zahlreicher Überstunden, die mit dem Nachholen von witterungsbedingten Produktionsausfällen einhergingen. Gleichzeitig war die Einstellungsbereitschaft hoch, sodass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit unverändertem Tempo zunahm. Dennoch hat die Arbeitslosigkeit tendenziell zugenommen, hierzu trug die anhaltende Zuwanderung aus Osteuropa und den europäischen Krisenländern sowie eine steigende Erwerbsbeteiligung der Inländer bei. Der Lohnanstieg wurde im Sommer dadurch gebremst, dass außertarifliche Zahlungen wegfielen. Dabei bildeten sich die im Winter 2012/2013 stark gestiegenen Lohnstückkosten wieder etwas zurück.

Ausblick

Wichtige Indikatoren weisen darauf hin, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion schlecht in das Jahresendquartal 2013 gestartet ist. Mit einer fortgesetzten Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität ist angesichts der guten Rahmenbedingungen und unter den Annahmen des Basis-szenarios allerdings nicht zu rechnen. So ist der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft, der zu Quartalsbeginn ebenfalls gesunken war, seither wieder deutlich gestiegen. Die Wahrscheinlichkeit für einen konjunkturellen Aufschwung in Deutschland ist zum Jahreswechsel hoch.

Getragen wird der Aufschwung 2014 voraussichtlich von den binnenwirtschaftlichen Auftriebskräften: Der private Konsum dürfte angesichts der weiter günstigen Beschäftigungssituation und steigender Realeinkommen beschleunigt expandieren. Die Ausrüstungsinvestitionen ziehen deutlich an, höhere Absatz- und Gewinnerwartungen dürften zunehmend Erweiterungsinvestitionen anregen. Zudem bleiben die Vergabestandards für Unternehmenskredite unverändert günstig. Die mittlerweile recht gute Baukonjunktur wird sich fortsetzen, auch der bisher auf der konjunkturellen Schattenseite stehende Gewerbebau dürfte anziehen. Beim öffentlichen Bau schlägt die Verbesserung der kommunalen Finanzen zu Buche; außerdem fließen im Rahmen des Fluthilfefonds Mittel in den öffentlichen Tiefbau.

Die globale Beschleunigung der Nachfrage und die Stabilisierung der Konjunktur in vielen Mitgliedsländern des Euroraums verleihen der Exportwirtschaft neue Impulse. Da aber auch die Importe angesichts der schwungvollen Binnennachfrage beschleunigt expandieren dürften, werden vom realen Außenbeitrag keine expansiven Impulse auf das reale Bruttoinlandsprodukt ausgehen.

Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresverlauf 2013 um 1,3 % gestiegen sein. Aufgrund des niedrigen Ausgangswerts zu Jahresanfang hat die Produktion den Vorjahresstand im Jahresdurchschnitt jedoch nur um 0,4 % übertroffen. Im Jahresverlauf 2014 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,2 % beschleunigt zunehmen; im Jahresdurchschnitt dürfte die Zuwachsrate 1,9 % betragen (vgl. Abb. 1).

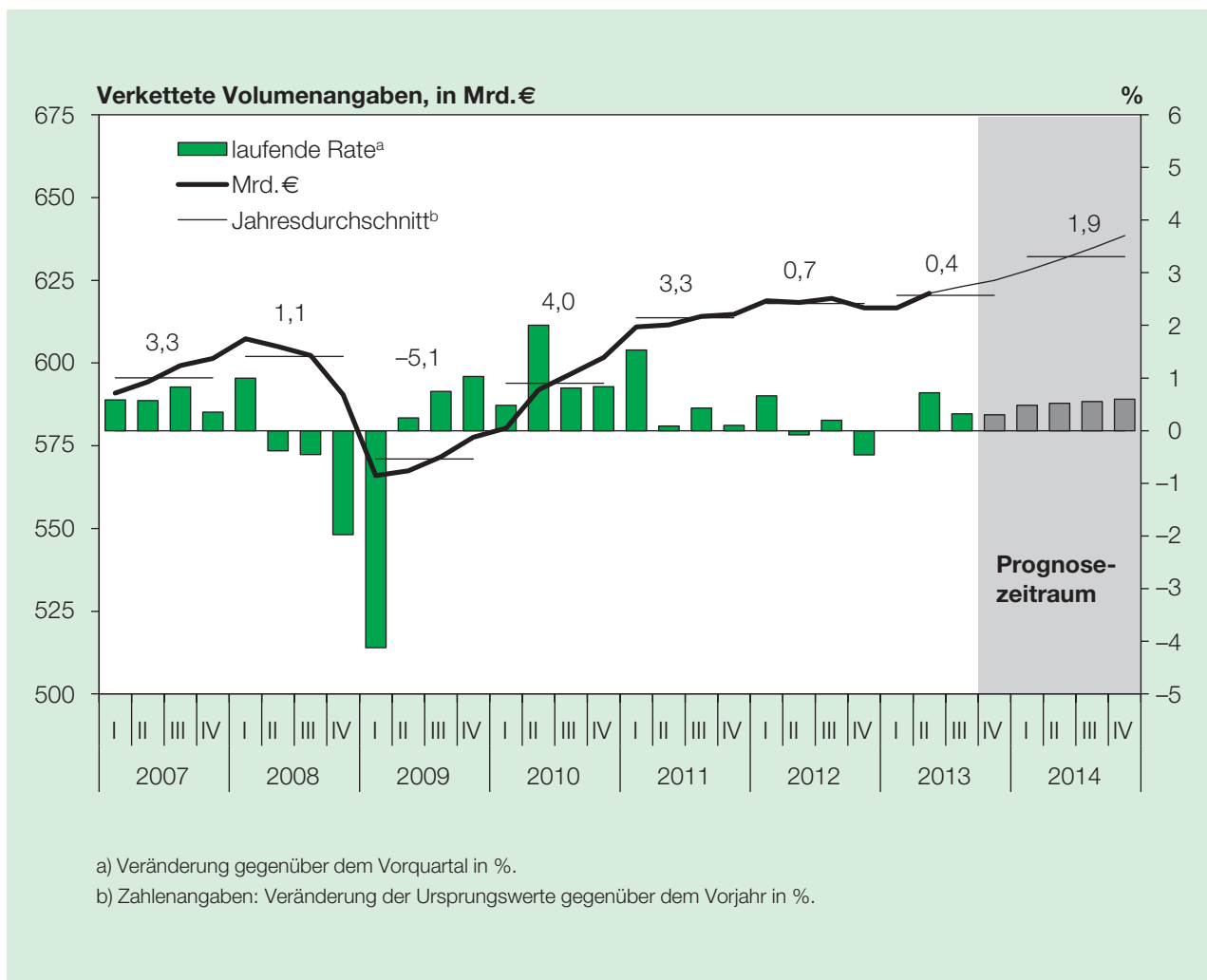
Die mit dieser Prognose verbundene Unsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen. Die Spanne für ein Prognoseintervall, das die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2014 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln überdeckt, beträgt derzeit $\pm 1,1$ Prozentpunkte.

Bei alledem wird sich der Beschäftigungsaufbau fortsetzen. Gegen Jahresende 2014 dürften sich allerdings in einigen Arbeitsmarktsegmenten Knappheiten stärker

bemerkbar machen. Im Gefolge anziehender Reallöhne werden die Unternehmen zudem stärker als bisher Produktivitätsreserven mobilisieren, um den zunehmenden Lohnkostendruck zu kompensieren. Insgesamt erhöht sich die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2014 voraussichtlich um 230.000 Personen (vgl. Tab. 1). Die Arbeitslosigkeit dürfte im Verlauf des Jahres 2014 um 56.000 Personen zurückgehen; im Jahresdurchschnitt wird sie stagnieren. Zwar dürfte die Zahl der Inländer im Erwerbsalter erneut stark rückläufig sein, dafür steigt aber die Erwerbsbeteiligung weiter und die Migration aus den EU-Mitgliedsstaaten nach Deutschland hält an.

Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe wird im Jahr 2014, wie schon 2013, 1,5 % betragen. Der gesamtstaatliche Budgetüberschuss in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, der sich im Jahr 2013 auf 0,2 % belaufen haben dürfte, wird im Jahr 2014 bei 0,3 % liegen. Die staatliche Bruttoschuldenquote würde sich dann deutlich, von 81,2 % auf rund 75 % verringern.

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (saison- und kalenderbereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2013: Prognose des ifo Instituts.

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^a				
Private Konsumausgaben	2,3	0,8	0,9	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,0	1,0	0,5	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	6,9	-2,1	-0,8	4,5
Ausrüstungen	5,8	-4,0	-1,9	5,6
Bauten	7,8	-1,4	-0,5	3,8
Sonstige Anlagen	5,1	3,4	2,9	4,5
Inländische Verwendung	2,8	-0,3	0,7	1,9
Exporte	8,0	3,2	0,5	5,9
Importe	7,4	1,4	1,1	6,5
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3,3	0,7	0,4	1,9
Erwerbstätige ^b (1.000 Personen)	41.152	41.608	41.862	42.092
Arbeitslose (1.000 Personen)	2.976	2.897	2.952	2.952
Arbeitslosenquote ^c (in %)	7,1	6,8	6,9	6,8
Verbraucherpreise ^d (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	2,0	1,5	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ^e				
– in Mrd. €	21,5	2,3	6,0	9,2
– in % des Bruttoinlandsprodukts	-0,8	0,1	0,2	0,3
Leistungsbilanzsaldo				
– in Mrd. €	161,2	187,2	195,0	206,0
– in % des Bruttoinlandsprodukts	6,2	7,0	7,1	7,3
<p>1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – d) Verbraucherpreisindex (2010=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).</p>				

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

Die Prognose im Detail

Exporte: Beschleunigter Anstieg

Im Winterhalbjahr 2012/2013 sind die Exporte deutlich gesunken; danach haben sie unter Schwankungen wieder expandiert. Aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus dürfte sich im Jahresdurchschnitt 2013 jedoch nur ein geringfügiger Zuwachs in Höhe von 0,5 % ergeben haben.

Im Verlauf des Jahres 2014 werden die Exporte wohl beschleunigt zulegen. Positive Impulse gehen insbesondere von China und Südostasien aus, aber auch von den USA sowie von Großbritannien und Osteuropa. Mit der einsetzenden Erholung in der Eurozone dürfte sich auch die Nachfrage nach deutschen Gütern wieder etwas erhöhen. Allerdings verlieren die deutschen Exporteure gegenüber wichtigen Handelspartnern an Wettbewerbsfähigkeit. Damit kommt es erstmalig seit 2007 auch zu einer Verschlechterung gegenüber den restlichen Ländern des Euroraums. Dies dürfte die deutsche Ausfuhrdynamik etwas dämpfen. Durch die Konjunkturbelebung im Euroraum im kommenden Jahr wird die Ausfuhr wohl etwas stärker zulegen als der Welthandel. Alles in allem ist im Jahr 2014 mit einem Anstieg des realen Exports um 5,9 % zu rechnen, nach 0,5 % im abgelaufenen Jahr.

Ausrüstungsinvestitionen: Aufwärtsbewegung setzt sich fort

Die Investitionen der Unternehmen in Ausrüstungen haben im Sommerhalbjahr 2013, nach einer Durststrecke von 1½ Jahren, erstmals wieder angezogen. Der Attentismus ist damit vorbei. So sind die Geschäftserwartungen der Investitionsgüterproduzenten aktuell deutlich optimistischer. Zudem ist die Reichweite an Auftragsbeständen im Verarbeitenden Gewerbe weiterhin hoch. Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen 2013 aufgrund des Unterhangs zu Jahresanfang den Vorjahresstand jedoch um 1,9 % unterschritten haben.

In diesem Jahr wird sich die positive Entwicklung fortsetzen. Maßgeblich dafür werden expansive Impulse aus dem In- und Ausland sein. Zunehmend dürften auch Erweiterungsinvestitionen getätigt werden, zumal die Auslastung der Produktionskapazitäten weiter steigt. Die Finanzierungsbedingungen bleiben zudem äußerst vorteilhaft. Die vom ifo erhobene Kredithürde für Bankkredite an Unternehmen befindet sich auf niedrigem Niveau und auch der Bank Lending Survey der DEUTSCHEN BUNDESBANK indiziert, dass die Vergabestandards für Unternehmenskredite im vierten Quartal unverändert belassen werden. Das eher rückläufige Kreditvolumen am aktuel-

len Rand lässt zudem darauf schließen, dass viele Unternehmen ihre Investitionen vermehrt aus Eigenfinanzierung tätigen können. Alles in allem ist für das Jahr 2014 mit einer Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen von 5,6 % zu rechnen.

Bauinvestitionen: Weiter aufwärtsgerichtet

Die Bauinvestitionen haben im dritten Quartal 2013 deutlich angezogen. Den größten Stützpfeiler der Baukonjunktur stellten dabei die *Wohnungsbauinvestitionen* dar, die mit 2,6 % recht deutlich zulegen vermochten. Der private Wohnungsbau profitierte von den weiterhin niedrigen Kreditzinsen, der guten Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung sowie von der relativ hohen Attraktivität von Immobilien als Anlageobjekt. Diese günstigen Rahmenbedingungen werden auch im Prognosezeitraum Bestand haben. Wichtige Frühindikatoren wie Auftragseingänge und Baugenehmigungen sind auf hohem Niveau und deuten auf eine fortgesetzte Dynamik hin. Allerdings könnten die im Koalitionsvertrag geplanten Maßnahmen im Mietwohnungsbereich wie die begrenzte Umlage von Modernisierungskosten und die Mietpreisbremse tendenziell dämpfend wirken. Insgesamt dürften die Wohnungsbauinvestitionen 2014 um 3,8 % expandieren, nach einer Rate in Höhe von 1,3 % im abgelaufenen Jahr.

Die *gewerblichen Bauinvestitionen* haben, nach starkem Einbruch im zweiten Quartal, im dritten Quartal 2013 saisonbereinigt ebenfalls zugelegt. Angesichts des günstigen Finanzierungsumfelds und der abnehmenden Produktionsunsicherheit werden sie im Prognosezeitraum weiter an Dynamik gewinnen. Hierauf deutet hin, dass die Auftragseingänge am aktuellen Rand zugenommen haben. Im Jahresdurchschnitt 2013 dürften die gewerblichen Bauinvestitionen um 3,7 % gesunken sein: in diesem Jahr werden sie dagegen um 3 % steigen.

Auch die *öffentlichen Bauinvestitionen* verzeichneten im dritten Quartal 2013 ein kräftiges Plus, nachdem sie bereits im zweiten Quartal durch das Nachholen von witterungsbedingten Produktionsausfällen stark zugelegt hatten. Die positive Grundtendenz wird angesichts gestiegener Auftragsbestände, vor allem im öffentlichen Tiefbau, anhalten. Zudem profitiert die öffentliche Hand von der entspannteren Finanzlage. Zwar ist die Kassenentwicklung der einzelnen Kommunen sehr heterogen, insgesamt gibt es aber Spielräume für Investitionsprojekte. Unterstützend wirken die im Prognosezeitraum wirksam werdenden Infrastrukturausgaben im Rahmen des Fluthilfefonds sowie die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Im abgelaufenen Jahr dürften die öffentlichen Bauinvestitionen auf-

grund des starken Einbruchs zu Jahresanfang noch um 1 % gesunken sein. Für das Jahr 2014 wird ein Anstieg um 5,5 % erwartet.

Insgesamt dürften die Bauinvestitionen in Jahr 2013 um 0,5 % abgenommen haben, im Jahr 2014 werden sie voraussichtlich um 3,8 % steigen.

Privater Konsum: Kauflaune weiter hoch

Der private Konsum hat im Jahresverlauf 2013 unter Schwankungen weiter zugenommen. Maßgeblich für die Expansion war der Anstieg der real verfügbaren Einkommen. Spürbare Tariflohnerhöhungen und zunehmende Beschäftigtenzahlen ließen die Masseneinkommen deutlich steigen. Hinzu kam, dass die Abzüge vom Bruttolohn am Jahresanfang verringert wurden.

Im Jahresendquartal dürfte sich der Anstieg des realen privaten Konsums fortgesetzt haben, das Konsumentenvertrauen und die Bereitschaft der Verbraucher, größere Anschaffungen zu tätigen, befinden sich auf hohem Niveau. Zudem signalisiert die zunehmende Zahl der Pkw-Neuzulassungen der privaten Halter, dass die Verbraucher nun auch bei diesem Gütersegment ihre Zurückhaltung allmählich aufgeben. Im Jahresdurchschnitt 2013 dürfte der reale private Konsum um 0,9 % zugenommen haben.

In diesem Jahr wird sich die Zunahme des privaten Konsums voraussichtlich fortsetzen. Zwar dürften die tariflichen Monatsverdienste mit 2 1/2 % wohl nicht schneller als im abgelaufenen Jahr zulegen, die derzeit noch negative Lohndrift dürfte aber angesichts der weiterhin guten Arbeitsmarktlage ins Plus drehen, sodass die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigtem beschleunigt steigen. Da auch die Beschäftigung zunimmt, werden die Bruttolöhne und -gehälter in der Summe um 3,5 % zunehmen (2013: 2,9 %). Netto fällt der Anstieg um 0,3 Prozentpunkte geringer aus. Zwar ist zu Jahresanfang der Grundfreibetrag erneut angehoben worden, und die steuerliche Absetzbarkeit von Rentenbeiträgen hat sich weiter verbessert, dagegen unterblieb die bei guter Finanzlage der Gesetzlichen Rentenversicherung gesetzlich vorgesehene Senkung des Beitragssatzes. Zusätzlich dämpfen 2014 die kalte Progression und die Heraufsetzung der Beitragsbemessungsgrenzen.

Die monetären Sozialleistungen der privaten Haushalte dürften im laufenden Jahr aufgrund des sozialpolitischen Kurswechsels der neuen Bundesregierung hin zu umfangreichen Leistungsausweitungen für ausgewählte Bevölkerungsgruppen sehr dynamisch steigen (2,9 %). So soll dem Koalitionsvertrag zufolge ab Jahresmitte die bisherige Mütterrentenregelung erweitert werden. Zudem können langjährig Versicherte ab diesem Zeitpunkt

bereits mit 63 Jahren (bisher 65 Jahre) ohne Abschläge in Rente gehen. Schließlich fällt die turnusmäßige Anpassung der Bestandsrenten merklich höher aus; hierzu trägt bei, dass die in den vergangenen Jahren aufgrund von Sicherungsklauseln unterbliebenen Rentenkürzungen nahezu nachgeholt worden sind.

Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen dürften im Jahr 2014 im Gefolge der besseren Konjunktur ebenfalls kräftiger steigen. Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte voraussichtlich um 3,1 % expandieren, real um 1,5 %. Die Sparquote dürfte unverändert niedrig bleiben. Zwar verbilligt das im Vergleich zu früher niedrigere Zinsniveau den Gegenwartsverbrauch zu Lasten des Zukunftskonsums, was Sparen weniger vorteilhaft erscheinen lässt. Gleichzeitig verringert sich aber auch das Zinseinkommen der privaten Haushalte, was den Gegenwartsverbrauch schmälern und die Ersparnis erhöhen kann. Einem Rückgang der Sparquote wirken auch die weiter rege Wohnbautätigkeit der privaten Haushalte und die Notwendigkeit zur ergänzenden privaten Altersvorsorge entgegen. Insgesamt dürfte der reale private Konsum im Jahresdurchschnitt 2014 um 1,5 % zunehmen.

Preisaufrieb bleibt moderat

Der Preisaufrieb auf der Verbraucherstufe hat sich bis in die Sommermonate 2013 hinein saisonbereinigt leicht beschleunigt, im vierten Quartal dürfte das Verbraucherpreisniveau nahezu konstant geblieben sein. Nahrungsmittel verteuerten sich deutlich: Bei Obst und Gemüse schlugen im Sommerhalbjahr massive Ernteaufschläge preistreibend zu Buche, zudem verteuerten sich Milch und Molkereiprodukte kräftig. Zudem hat sich der Anstieg der Wohnungsmieten leicht verstärkt. Demgegenüber haben die Preise für Energieträger in der zweiten Jahreshälfte etwas nachgegeben. Entlastungen ergaben sich zuletzt auch durch den Wegfall der Studiengebühren in Bayern.

Im Prognosezeitraum dürfte das Verbraucherpreisniveau in unverändertem Tempo verhalten steigen. Von den Rohölnotierungen geht annahmegemäß kein neuer Preisdruck aus, und auch die übrigen Importpreise dürften angesichts der konjunkturellen Schwäche in vielen Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion wohl nur lediglich verhalten zulegen. Binnenwirtschaftlich wirkt dem Preisdruck die steigende Produktivität entgegen. Die Strompreise werden weiter angehoben, wenngleich wohl weniger stark als in diesem Jahr: Zwar hat sich die EEG-Umlage zu Jahresbeginn weiter kräftig erhöht, jedoch dürften die gesunkenen Beschaffungskosten der Versorger aufgrund niedrigerer Börsenstrompreise wohl mehr als bisher an die Kunden weitergegeben werden.

Zusätzlich werden die Verbraucherbudgets 2014 dadurch geschmälert, dass die Bestandsmieten stärker als bisher angehoben werden. Außerdem haben sich zum Jahresanfang das Briefporto und die Tabaksteuer erhöht. Das gleiche gilt für die Fahrpreise vieler städtischer Verkehrsbetriebe. Im Vorjahresvergleich entfällt schließlich der preisdämpfende Effekt der Abschaffung der Praxisgebühr (0,2 Prozentpunkte). Insgesamt dürfte das Verbraucherpreisniveau 2014 – wie schon im abgelaufenen Jahr – um 1,5 % steigen.

Arbeitsmarkt: Knappheiten machen sich allmählich bemerkbar

Die konjunkturelle Schwächephase hat im Jahresverlauf 2013 kaum Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Die Erwerbstätigkeit verzeichnete im gesamten Jahresverlauf stabile Zuwächse. Maßgeblich hierfür waren steigende Beschäftigtenzahlen bei Dienstleistern und bei der Bauwirtschaft, während das Verarbeitende Gewerbe leichte Rückgänge verzeichnete. Trotz des Beschäftigungsaufbaus hat sich die Arbeitslosigkeit weiter erhöht. Zum einen nahm die Erwerbsbeteiligung weiter zu, zum anderen hielt die Nettozuwanderung aus EU-Mitgliedsländern an. Außerdem wurden weniger Arbeitslose in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert (vgl. Tab. 2).

Im Jahr 2014 wird sich der Beschäftigungsaufbau im Sog der Produktionsausweitung zunächst leicht beschleunigen. Hierfür spricht der Anstieg des ifo Beschäftigungsbarometers. Auch die Zahl der bei der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT gemeldeten offenen Stellen hat den zwischenzeitlichen Tiefpunkt überwunden. Gegen Jahresende dürften sich Knappheiten insbesondere bei Fachkräften stärker bemerkbar machen. Zudem werden die Unternehmen im Gefolge anziehender Reallöhne stärker bestrebt sein, Produktivitätsreserven zu mobilisieren, um den Lohndruck auszugleichen. Alles in allem erhöht sich die Zahl der Erwerbstätigen um durchschnittlich 230.000 Personen. Der Anstieg wird von einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen (+250.000), die den Rückgang der marginalen Beschäftigung mehr als ausgleichen dürfte. Dabei ist unterstellt, dass die Bremswirkungen, die die Einführung eines Mindestlohns 2015 bringen wird, im Prognosezeitraum noch nicht zu Buche schlagen werden.

Inwiefern die steigende Erwerbstätigkeit die Zahl der Arbeitslosen sinken lässt, hängt von der Entwicklung des Arbeitsangebots ab. Einerseits dürfte die Zahl der Inländer im Erwerbsalter erneut stark rückläufig sein und die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird wohl kaum noch reduziert. Dies spricht für sich genommen für einen deutlichen Rückgang der Arbeits-

losigkeit. Andererseits nehmen dem langfristigen Trend folgend immer mehr Inländer am Erwerbsleben teil. Außerdem wird die Migration nach Deutschland aus den EU-Mitgliedsstaaten hoch bleiben. Schließlich gilt die Arbeitnehmerfreizügigkeit nunmehr auch für Bulgaren und Rumänen. Alles in allem dürfte die Arbeitslosigkeit im Verlauf des Jahres 2014 leicht um 56.000 Personen zurückgehen; im Jahresdurchschnitt wird sie stagnieren.

Staatshaushalt: Gesamtstaat schreibt weiter schwarze Zahlen

Das Staatsdefizit ist seit der Finanzkrise deutlich gesunken. Seit dem Jahr 2012 fährt der staatliche Gesamthaushalt sogar Überschüsse ein. Dabei sind allerdings nicht alle öffentlichen Haushalte ausgeglichen. Während Bund und Länder weiterhin Defizite ausweisen, werden bei den Gemeinden und bei der Sozialversicherung deutliche Überschüsse verbucht.

Das Steueraufkommen dürfte im Jahr 2014 mit 3,4 % in etwa so stark expandieren wie im Vorjahr. Dabei werden die Lohn- und Einkommensteuer wohl deutlich stärker zunehmen als die Produktions- und Importabgaben. Zwar wird der Grundfreibetrag erneut leicht angehoben, die Wirkung der kalten Progression wird hierdurch jedoch erneut nur gedämpft.

Die Sozialbeiträge werden im Jahr 2014 insgesamt um rund 3 % zunehmen, was in etwa dem Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter entspricht. Dabei ist unterstellt, dass der Beitragssatz zur Rentenversicherung konstant bleibt. Alles in allem werden die staatlichen Einnahmen im Jahr 2014 voraussichtlich um 3 % steigen und damit etwas weniger kräftig als das Bruttoinlandsprodukt.

Die staatlichen Ausgaben dürften voraussichtlich in ähnlicher Größenordnung zunehmen. Insbesondere die Vorleistungen, die sozialen Sachleistungen und die Bruttoinvestitionen tragen zu diesem Anstieg bei. Bei den monetären Sozialleistungen schlägt zu Buche, dass die Altersruhegelder zur Jahresmitte 2014 stärker angehoben werden. Zudem treten zu diesem Zeitpunkt, den Koalitionsvereinbarungen zufolge, umfangreiche rentenrechtliche Leistungsverbesserungen in Kraft. Hier wird unterstellt, dass hierdurch Mehrausgaben in Höhe von ca. 4 Mrd. € fällig werden, wobei der weit überwiegende Teil der Mütterrente zuzurechnen ist.

Alles in allem dürften die staatlichen Ausgaben im Jahresdurchschnitt 2014 beschleunigt um rund 3 % zunehmen. Da der Anstieg etwas hinter dem Zuwachs der Einnahmen zurückbleiben dürfte, ergibt sich im gesamtstaatlichen Haushalt ein leichter Finanzierungsüberschuss. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte er

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2011	2012	2013	2014
Deutschland				
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57.835	57.973	58.201	58.715
Erwerbstätige Inländer	41.101	41.545	41.798	42.022
Arbeitnehmer	36.553	36.997	37.295	37.508
darunter:				
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28.440	28.991	29.345	29.595
Marginal Beschäftigte	5.763	5.646	5.612	5.567
darunter:				
Minijobs	4.865	4.805	4.791	4.781
1-Euro-Jobs ^a	166	129	110	75
Selbständige	4.548	4.548	4.503	4.513
Pendlersaldo	51	63	64	71
Erwerbstätige Inland	41.152	41.608	41.862	42.092
Arbeitslose	2.976	2.897	2.952	2.952
Arbeitslosenquote ^b	7,1	6,8	6,9	6,8
Erwerbslose ^c	2.502	2.316	2.273	2.213
Erwerbslosenquote ^d	5,7	5,3	5,2	5,0
Kurzarbeit	148	111	127	100

a) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – b) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – c) Definition der ILO. – d) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

sich auf 0,3% belaufen, nach 0,2% im abgelaufenen Jahr. Die Bruttoschuldenquote wird von 81,2% auf rund 75% sinken.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Dezember 2013. Vgl. S. HENZEL, W. NIERHAUS, et. al., ifo Konjunkturprognose 2013/2014: Deutsche Konjunkturlokomotive kommt unter Dampf, in: ifo Schnelldienst, 24/2013, 66. Jg., S. 20–67.

Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2013/2014: Aufschwung verschoben¹

Robert Lehmann, Joachim Ragnitz und Michael Weber*

Der konjunkturelle Verlauf Ostdeutschlands (mit Berlin) folgt verzögert der gesamtdeutschen Entwicklung. Anders als in Westdeutschland konnten die witterungsbedingten Produktionsausfälle der ersten Hälfte des Jahres 2013 aufgrund des Hochwassers vom Juni noch nicht ausgeglichen werden. Damit haben sich die Aussichten auf den Aufschwung in Ostdeutschland (mit Berlin) ins laufende Jahr verschoben. Preisbereinigt dürfte das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2013 nur um 0,2 % gestiegen sein (vgl. Tab. 1). Im Jahr 2014 wird der Zuwachs voraussichtlich bei 1,6 % liegen. Dies sind die zentralen Ergebnisse der Konjunkturprognose der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS vom 19. Dezember 2013.

Hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stehen zum Teil recht unterschiedliche Tendenzen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Diese werden im vorliegenden Artikel näher erläutert. Die dabei vorgestellten amtlichen Daten geben den Informationsstand zum Zeitpunkt der Prognoserechnung wieder; zwischenzeitlich veröffentlichte Daten werden nicht berücksichtigt.

* Prof. Dr. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des Ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. Robert Lehmann und Michael Weber sind Doktoranden der Dresdner Niederlassung des Ifo Instituts im Bereich Konjunktur und Wachstum.

Tabelle 1: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen

Veränderungen zum Vorjahr (in % ^a)	Ostdeutschland (mit Berlin)			Sachsen		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,2	1,6	-0,3	-0,0	1,8
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	0,6	0,3	1,7	-0,2	0,1	2,0
Bruttowertschöpfung Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-1,0	-0,2	3,2	-2,4	-0,9	3,9
Bruttowertschöpfung Baugewerbe	-3,6	0,4	3,6	-4,9	0,7	3,8
Bruttowertschöpfung Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	1,3	1,2	1,7	0,9	1,0	2,0
Bruttowertschöpfung Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen	2,3	0,6	2,0	2,1	0,6	2,0
Bruttowertschöpfung Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte	0,5	0,1	0,3	0,3	0,0	0,2
Zahl der Erwerbstätigen	0,6	0,5	0,2	0,5	0,5	0,3

a) Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Vorjahres.

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder (2013b), Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung (ETR) des Bundes und der Länder (2013), 2013 und 2014: Prognose des Ifo Instituts.

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Die Konjunkturprognose für Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen ist koordiniert auf die Prognose des IFO INSTITUTS für Deutschland vom 17. Dezember 2013 [vgl. hier und im Folgenden NIERHAUS (2014)]. Demnach dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2013 um 0,4 % gestiegen sein. Für 2014 ist mit einer deutlichen Belebung der wirtschaftlichen Aktivität zu rechnen. Der Aufschwung wird dabei weiterhin von den binnenwirtschaftlichen Auftriebskräften getragen. Steigende Realeinkommen und die anhaltend günstige Beschäftigungssituation lassen den privaten Konsum weiter expandieren. Die Investitionen dürften aufgrund höherer Absatz- und Gewinnchancen deutlich anziehen; zudem werden zunehmend Ersatzinvestitionen nötig, die in den letzten beiden Jahren angesichts der labilen Konjunkturlage aufgeschoben wurden. Für die Exportwirtschaft kommen neue Impulse aus der weltweiten Beschleunigung der Nachfrage. Im Jahr 2014 wird die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Deutschland voraussichtlich 1,9 % betragen. Bei alledem wird sich der gegenwärtig zu beobachtende Beschäftigungsaufbau im kommenden Jahr weiter fortsetzen. Die steigenden Reallöhne werden die Unternehmen jedoch dazu veranlassen, in stärkerem Umfang als bisher Produktivitätsreserven zu mobilisieren. Zudem dürften sich in einigen Arbeitsmarktsegmenten Fachkräfteknappheiten bemerkbar machen. Insgesamt dürfte sich die Erwerbstätigenzahl in Deutschland sowohl 2013 als auch 2014 um jeweils 0,6 % erhöhen.

Prognose für Ostdeutschland und Sachsen im Überblick

Der konjunkturelle Verlauf in den ostdeutschen Bundesländern folgt der gesamtdeutschen Entwicklung mit leichter Verzögerung. Anders als in Westdeutschland konnten die witterungsbedingten Produktionsausfälle des ersten Quartals 2013 im Produzierenden Gewerbe einschließlich Bau aufgrund des Hochwassers vom Juni 2013 bis Jahresmitte noch nicht ausgeglichen werden. Nach vorläufigen Angaben des ARBEITSKREISES VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN DER LÄNDER (AK VGRdL) (2013a) schrumpfte die Gesamtwirtschaft Ostdeutschlands (mit Berlin) im ersten Halbjahr des Jahres 2013 daher geringfügig stärker (-0,6 %) als in Deutschland insgesamt (-0,3 %). Während Berlin sogar einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,5 % verzeichnete und Brandenburg vergleichsweise glimpflich davonkam (-0,3 %), sank die gesamtwirtschaftliche Produktion in allen anderen ostdeutschen Bundesländern um 1,2 %.

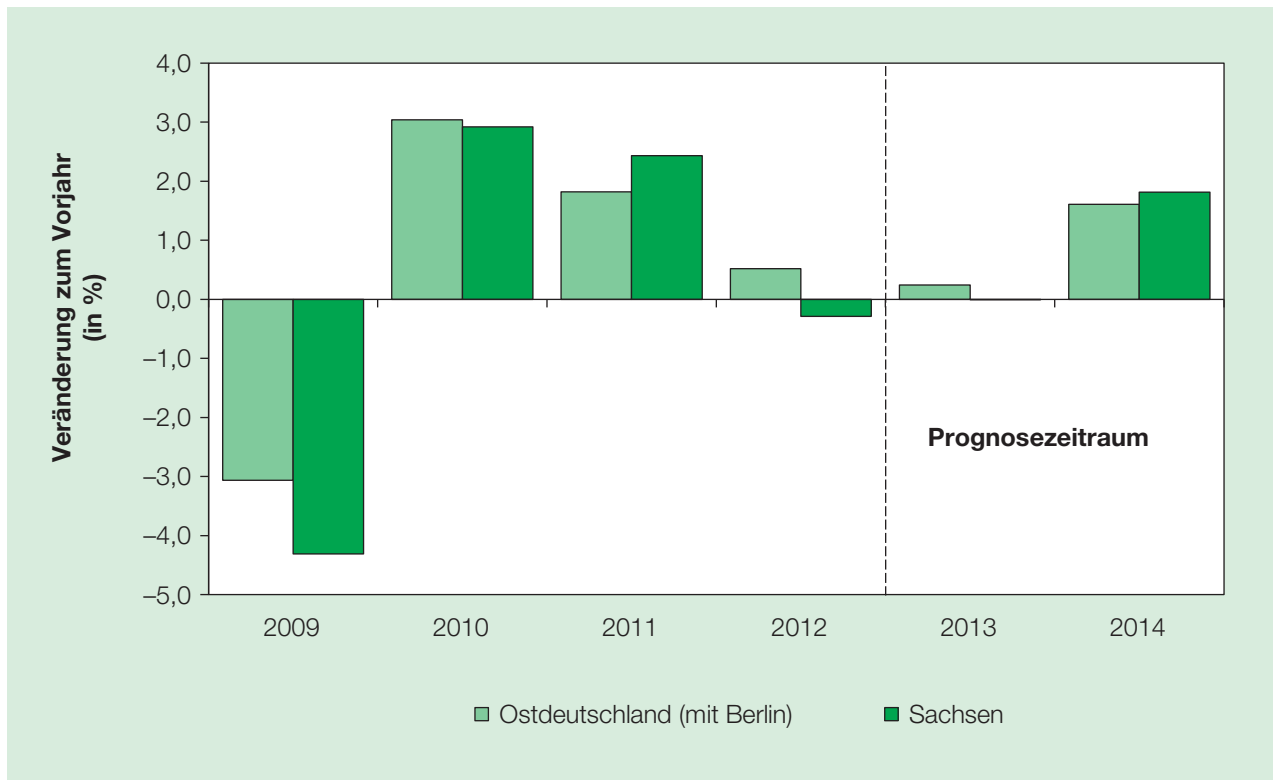
Der Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts der ersten sechs Monate des Jahres 2013 dürfte aber im Jahresverlauf aufgeholt worden sein. Darauf deuten die ifo Geschäftsklimaindikatoren für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands und Sachsens hin. Wesentlicher Treiber dieser Entwicklung ist die robuste Binnen- nachfrage. Zusätzlich stützt das niedrige Zinsniveau die Bautätigkeit. Hingegen werden die Wiederaufbaumaßnahmen nach dem Hochwasser ihre wertschöpfungssteigernden Effekte – anders als noch im Sommer 2013 angenommen – erst im laufenden Jahr in vollem Umfang entfalten. Der Außenhandel kommt langsam in Fahrt und dürfte zum Jahresende 2013 hin die ostdeutsche Konjunktur ebenfalls günstig beeinflusst haben. Das IFO INSTITUT prognostiziert daher einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Ostdeutschland (mit Berlin) um 0,2 % im Jahr 2013 (vgl. Abb. 1).

Im Freistaat Sachsen dürfte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2013 etwas schwächer ausgefallen sein als in Ostdeutschland insgesamt. Maßgeblich hierfür ist die deutlich negativere Entwicklung in der sächsischen Industrie. Zudem ist die Entwicklung in Ostdeutschland insgesamt durch die dynamische Wirtschaftsentwicklung in Berlin geprägt. Für den Freistaat Sachsen ist angesichts dieses Bildes für das Jahr 2013 nur mit einer Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu rechnen.

Für das Jahr 2014 rechnet das IFO INSTITUT indes mit einer weiteren Verbesserung der Konjunktur in Ostdeutschland und Sachsen. Zu der weiterhin robusten Konsumgüternachfrage gesellen sich die Belebung des Außenhandels und eine Steigerung der Nachfrage nach Investitionsgütern. Hiervon profitiert Sachsen aufgrund seiner Spezialisierung der Produktion etwas stärker als die ostdeutschen Länder insgesamt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt der ostdeutschen Bundesländer mit Berlin dürfte im laufenden Jahr um 1,6 % wachsen. Im Freistaat Sachsen wird die gesamtwirtschaftliche Produktion voraussichtlich sogar um 1,8 % zulegen.

Trotz der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im ersten Halbjahr 2013 kam der Beschäftigungsaufbau in Ostdeutschland und Sachsen nicht zum Erliegen. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2013 stieg die Zahl der erwerbstätigen Personen in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen jeweils um 0,5 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum [vgl. STATISTISCHES AMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (2013)]. Damit fiel der Anstieg etwas geringer aus als in Deutschland insgesamt (0,6 %). Wichtige Frühindikatoren wie das ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands und Sachsens deuten auf eine anhaltend positive Entwicklung auch im vierten Quartal des Jahres 2013 hin. Demnach dürfte die Erwerbstätigenzahl im Jahr 2013

Abbildung 1: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder (2013b), 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

insgesamt um 0,5 % in Ostdeutschland und Sachsen gestiegen sein (vgl. Abb. 2).

Im Jahr 2014 dürfte sich der Beschäftigungsaufbau aufgrund des besseren konjunkturellen Umfelds fortsetzen, wenngleich mit geringerer Stärke. Ein Grund hierfür ist, dass ostdeutsche Unternehmen aufgrund der demographischen Rahmenbedingungen zunehmend Schwierigkeiten haben, frei werdende Stellen zu besetzen. Das IFO INSTITUT erwartet, dass im Jahr 2014 die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland nur noch um 0,2 % steigen wird; im Freistaat Sachsen dürfte der Beschäftigungsaufbau mit 0,3 % geringfügig stärker ausfallen.

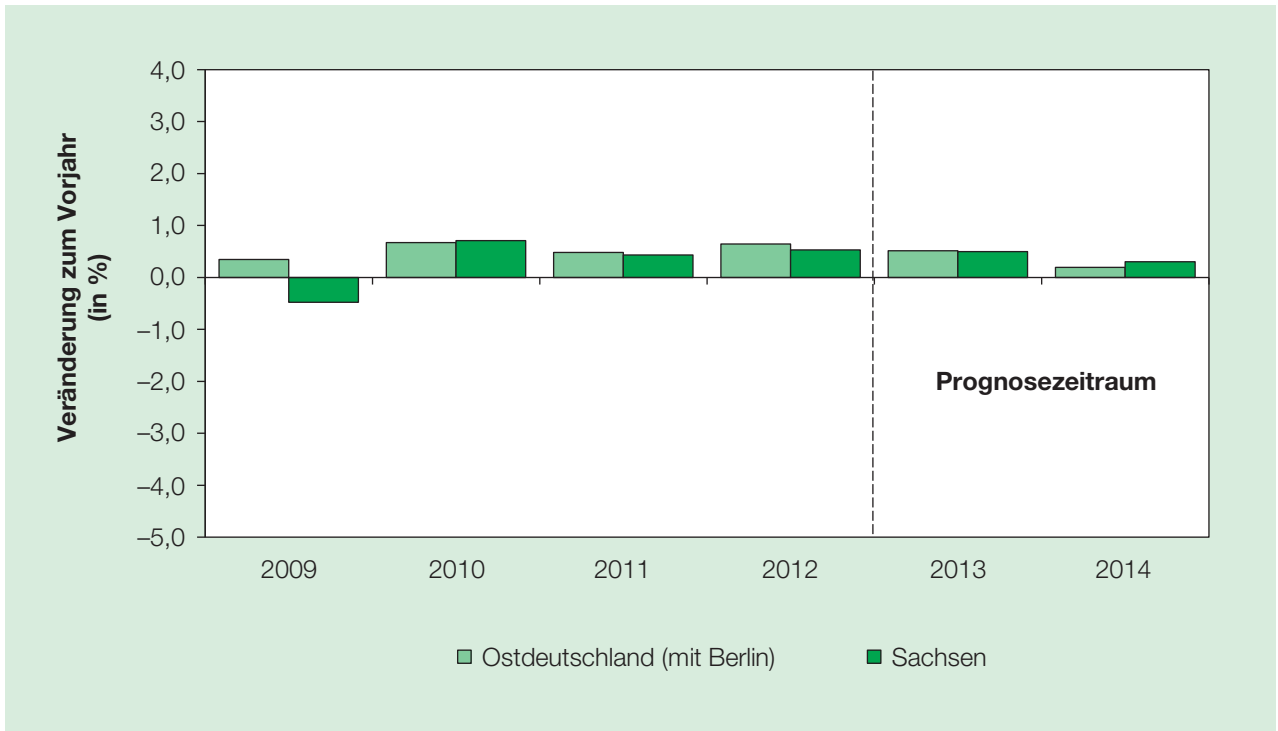
Die Wirtschaftsbereiche im Einzelnen

Wie die Prognose vom Sommer 2013 kann auch die aktuelle Vorausschätzung der konjunkturellen Entwicklung nicht auf alle Wirtschaftsbereiche separat eingehen. Es bestehen weiterhin Lücken seitens der amtlichen Statistik bei der Bereitstellung langer Reihen zur Bruttowertschöpfung einzelner Wirtschaftsbereiche. Daher werden im Folgenden lediglich Prognosen für das Produzierende Gewerbe ohne Bau, das Baugewerbe und drei zusammengefasste Dienstleistungsaggregate präsentiert.

Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe: Deutliche Erholung im Jahr 2014

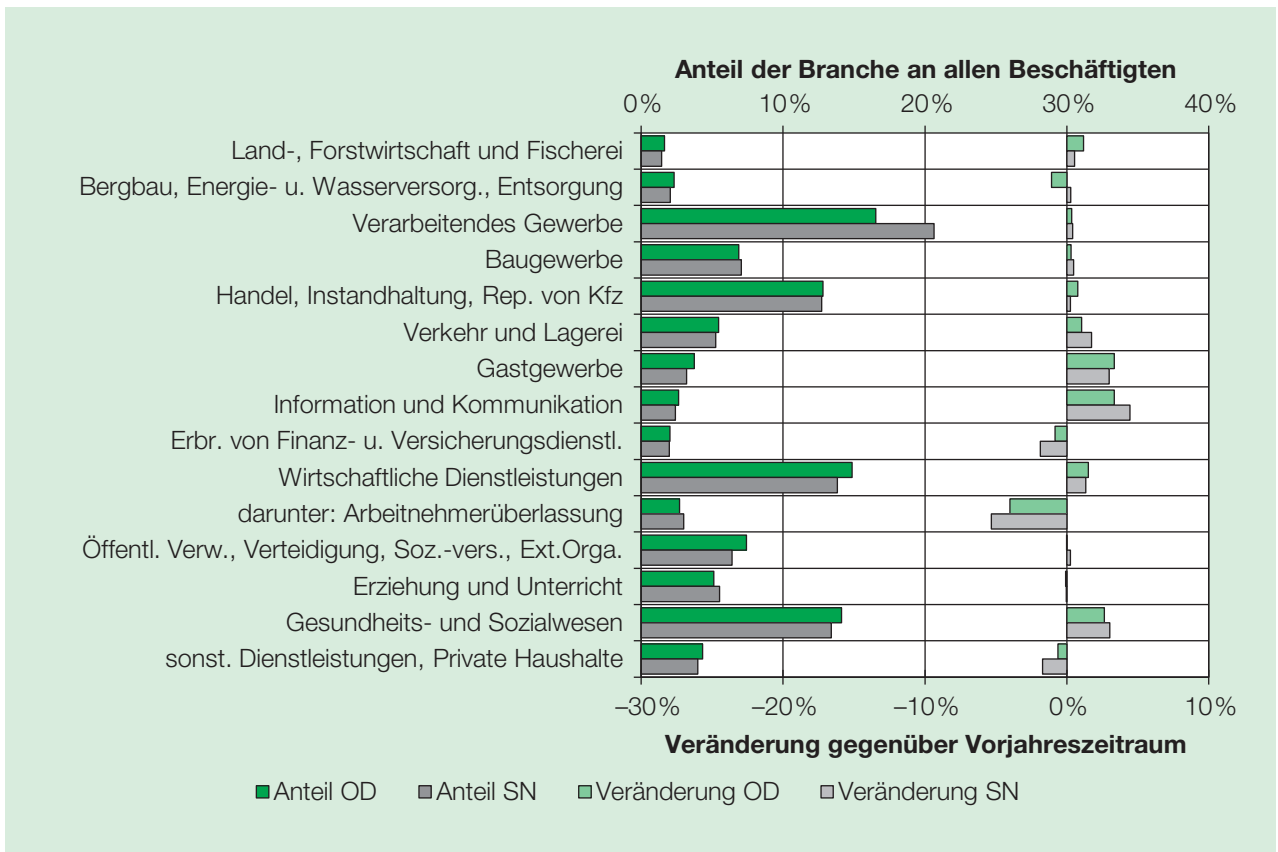
Das ostdeutsche und das sächsische Verarbeitende Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) haben nach einem schwachen ersten Halbjahr im dritten Quartal 2013 jeweils ein Umsatzwachstum verbucht. Dennoch liegen die Umsätze in den ersten neun Monaten des Jahres 2013 in Ostdeutschland (mit Berlin) um 1,6 % unter denen des Vorjahreszeitraums; in Sachsen beläuft sich der Rückgang sogar auf 3,0 % [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2013b)]. Maßgeblich für die Umsatzeinbußen sind die zunächst schwache Investitionsgüternachfrage sowie die noch verhaltene Nachfrage aus den übrigen europäischen Ländern. Trotz dieser Rahmenbedingungen entwickelte sich die Beschäftigung moderat positiv. Nach Angaben der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2013a) stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den ostdeutschen und sächsischen Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes von Januar bis Oktober 2013 jeweils leicht um 0,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum (vgl. Abb. 3). Seit Jahresmitte wurden gegenüber dem Vorjahr auch wieder mehr neue freie Stellen an die Arbeitsagenturen gemeldet [vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2013b)].

Abbildung 2: Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quellen: Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2013), 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Ostdeutschland und Sachsen nach Wirtschaftszweigen, Januar bis Oktober 2013



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2013a), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Insgesamt ist zu erwarten, dass die Umsatzrückgänge der ersten neun Monate bis zum Jahresende ausgeglichen worden sind. Wichtige Frühindikatoren wie das ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens sowie Ostdeutschlands deuten auf solch eine Entwicklung hin. Positive Impulse im Schlussquartal des Jahres 2013 dürften vor allem auch aus der Investitionsgüternachfrage kommen. Aufgeschobene Investitionspläne der Unternehmen dürften nun mit anziehender Konjunkturlage realisiert werden. Weiterhin positiv für die Entwicklung des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) im vierten Quartal 2013 ist die dynamischere Entwicklung der Exportnachfrage. In den Befragungen des ifo INSTITUTS erwarten seit August 2013 immer mehr Firmen positive Impulse aus dem Auslandsgeschäft. Dennoch erwartet das ifo INSTITUT für das Jahr 2013 insgesamt einen leichten Rückgang der preisbereinigten Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes ohne Bau in Ostdeutschland (mit Berlin) um 0,2 % (vgl. Abb. 4).

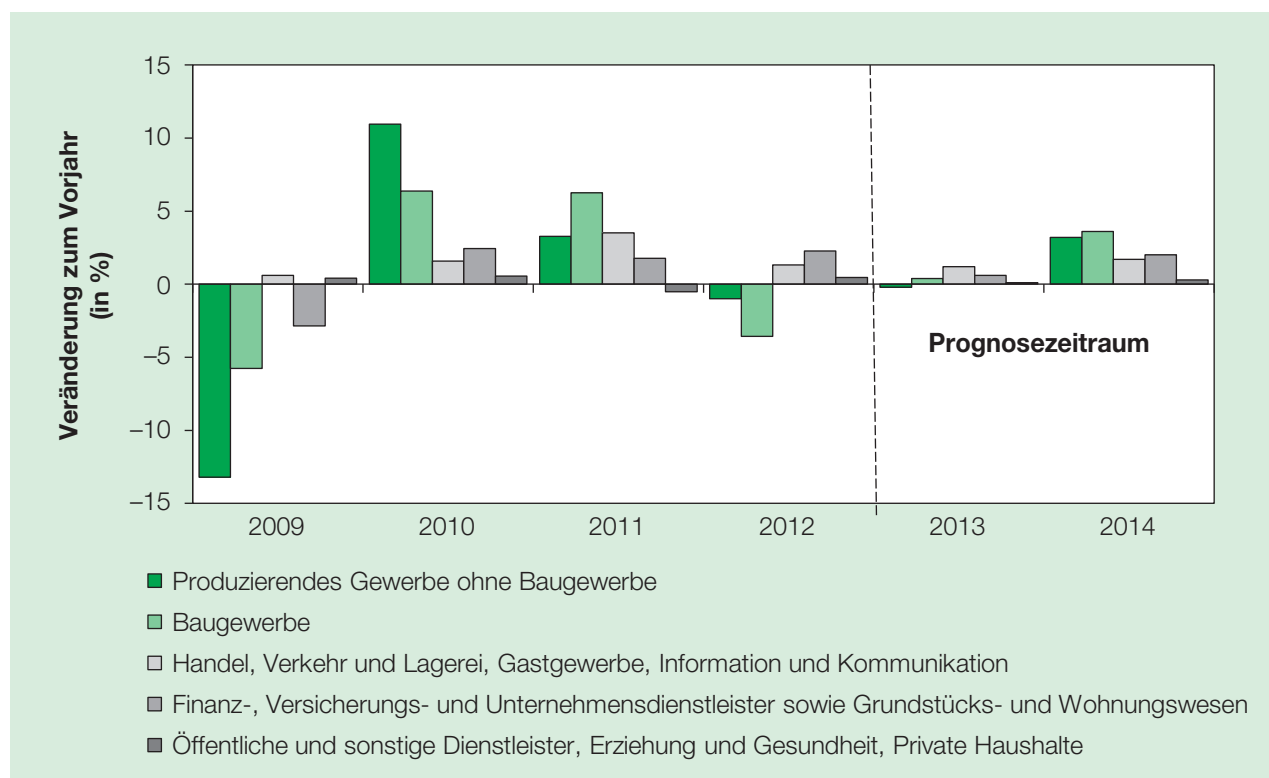
Für Sachsen dürfte die Schrumpfung mit 0,9 % demgegenüber deutlich stärker ausgefallen sein (vgl. Abb. 5). Die maßgeblichen Gründe hierfür sind die stärkere Spezialisierung der sächsischen Industrie auf Investitionsgüter sowie eine höhere konjunkturelle Abhängigkeit vom Ausland.

Im laufenden Jahr 2014 werden die Ausrüstungsinvestitionen begünstigt durch die anhaltend vorteilhaften Finanzierungsbedingungen und die verbesserten Konjunkturerwartungen weiter zulegen. Mit steigendem Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten werden auch Erweiterungsinvestitionen an Bedeutung gewinnen. Verbesserungen bei den Umsatzaussichten dürften die Unternehmen zur Realisierung bisher aufgeschobener Investitionsprojekte motivieren. Zudem dürften im laufenden Jahr die Exporte deutlich stärker zulegen als im Jahr 2013. Hiervon profitiert wegen seiner Spezialisierung insbesondere der Freistaat Sachsen. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes ohne Bau wird daher im Jahr 2014 um 3,2 % in Ostdeutschland (mit Berlin) und um 3,9 % in Sachsen zulegen.

Baugewerbe: Hochwasserbedingter Wiederaufbau verzögert sich, Wohnungsbau mit deutlichen Umsatzsteigerungen

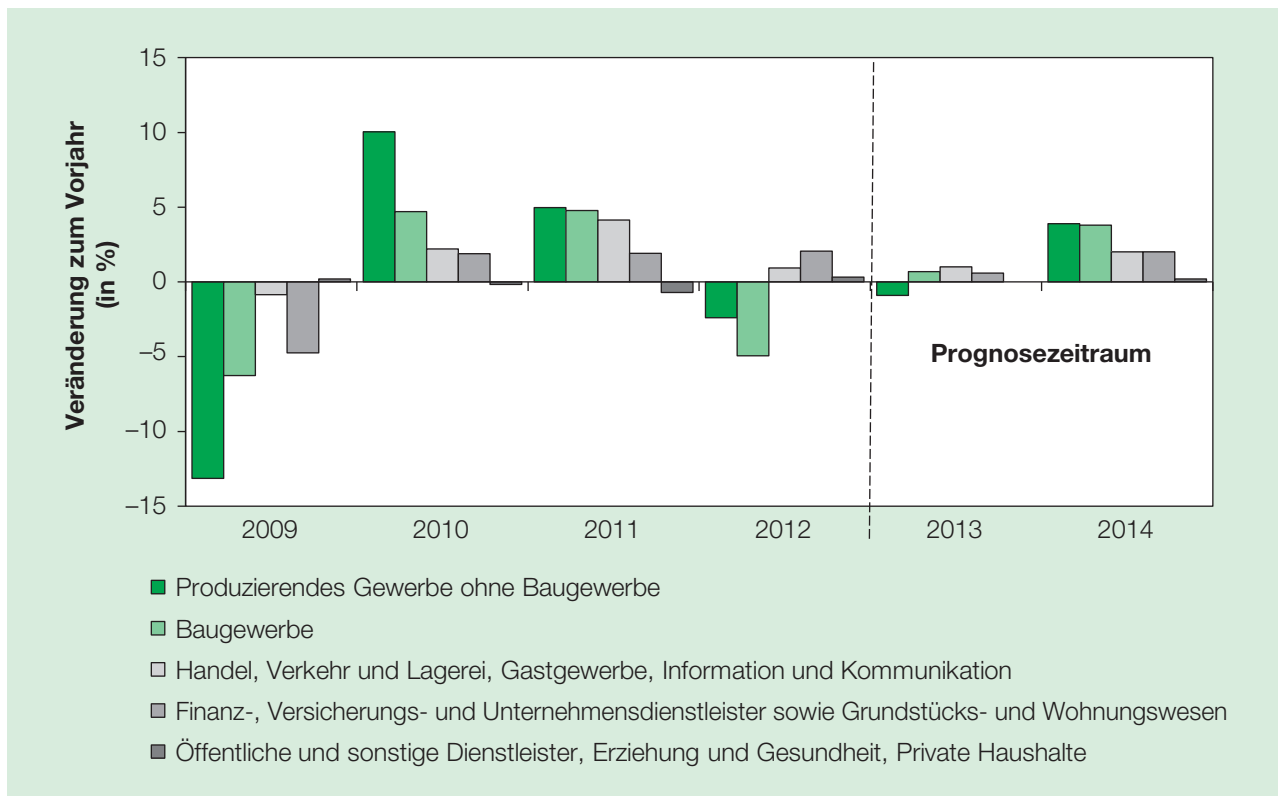
Das ostdeutsche und das sächsische Baugewerbe profitierten im Jahr 2013 von der anhaltend starken Wohnungsbautätigkeit. In den ersten neun Monaten stieg der Umsatz in diesem Bereich gegenüber dem Vorjahreszeit-

Abbildung 4: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder (2013b), 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 5: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder (2013b), 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

raum um 10,4% in Ostdeutschland (mit Berlin) und sogar um 16,2% in Sachsen [vgl. hier und im Folgenden STATISTISCHES BUNDESAMT (2013a)]. Im Vergleich zum ostdeutschen Durchschnitt sind sächsische Großstädte anscheinend für Investoren besonders attraktiv. Dagegen wirkten sich die widrigen Witterungsbedingungen in der ersten Jahreshälfte sowie die schwachen Impulse aus Industrie und öffentlichem Sektor im gesamten Jahresverlauf negativ auf die Entwicklung des Baugewerbes aus. Insgesamt sank der nominale Umsatz der Baufirmen mit 20 und mehr tätigen Personen von Januar bis September im ostdeutschen Bauhauptgewerbe um 2,1% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. In Sachsen belief sich der Rückgang nur auf 0,1%. Die Witterungsbedingungen wirkten sich auch auf die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Baugewerbe aus. Bis zur Jahresmitte war die Beschäftigtenzahl rückläufig; erst danach setzte ein Beschäftigungsaufbau ein. Insgesamt stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Baugewerbe von Januar bis Oktober 2013 um 0,3% in Ostdeutschland (mit Berlin) und um 0,5% in Sachsen.

Die seit Jahresmitte vergleichsweise guten Witterungsbedingungen lassen erwarten, dass die negative Entwicklung des ersten Halbjahres bis zum Jahresende ausge-

glichen worden ist. Das ifo INSTITUT prognostiziert daher für das Jahr 2013 einen Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Baugewerbe um 0,4% in Ostdeutschland und um 0,7% in Sachsen. Maßgeblich für die Revision der Sommerprognose 2013 sind die nur langsam anlaufenden hochwasserbedingten Wiederaufbaumaßnahmen. Die Prognose vom Sommer 2013 fußte auf der Annahme, dass der Wiederaufbau im öffentlichen und privaten Bereich deutlich schneller vorangetrieben wird. Nunmehr steht zu erwarten, dass ein großer Teil der Wertschöpfung erst im laufenden Jahr anfällt.

Somit ist für das Jahr 2014 mit einem weiteren kräftigen Wachstumsschub im ostdeutschen und sächsischen Baugewerbe zu rechnen. Dazu trägt nicht nur die hohe Aktivität im Wohnungsbau bei, sondern auch der sich belebende gewerbliche Bau aufgrund der anziehenden Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe. Zudem sind weitere öffentliche und private Baumaßnahmen infolge des Hochwassers vom Juni 2013 zu erwarten – seien es Wiederaufbaumaßnahmen oder Maßnahmen zum Schutz vor künftigen Hochwasserereignissen. Unter der Annahme „normaler“ Wetterverhältnisse im kommenden Jahr dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im ostdeutschen und sächsischen Baugewerbe daher um 3,6% bzw. 3,8% steigen.

Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation: Moderates Wachstum

Die Entwicklung der Dienstleistungsbereiche wurde im Jahr 2013 von höchst unterschiedlichen Grundtendenzen beeinflusst. Das Transportwesen litt unter der schwachen Entwicklung des Produzierenden Gewerbes, das Gastgewerbe (insbesondere in Sachsen und Sachsen-Anhalt) unter dem Juni-Hochwasser und dessen Folgen. Auch der Fahrzeughandel hat sich nur verhalten entwickelt, wobei im Jahresverlauf die konjunkturelle Dynamik zugenommen hat. Positiv wirkten sich dagegen die stabile Situation am Arbeitsmarkt und die historisch niedrigen Zinsen auf Spareinlagen und kurzfristige Kredite aus: Die Sparquote sinkt; gleichzeitig steigt die Konsumnachfrage. Entsprechend stieg die Beschäftigung im Bereich Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz von Januar bis Oktober 2013 um 0,8% in Ostdeutschland (mit Berlin) und um 0,3% in Sachsen. In den anderen Bereichen dieses Dienstleistungsaggregats fiel das Beschäftigungsplus noch deutlich größer aus. Am stärksten expandierte erneut der Sektor „Information und Kommunikation“ [+3,3% in Ostdeutschland (mit Berlin); +4,4% in Sachsen], obwohl hier gleichzeitig die Zahl der an die BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT gemeldeten neuen freien Stellen gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich zurück ging (-15,0% in Ostdeutschland (mit Berlin); -18,1% in Sachsen).

Insgesamt äußerten sich die ostdeutschen Handelsunternehmen in den Befragungen des IFO INSTITUTS zuletzt zunehmend weniger pessimistisch. Das IFO INSTITUT erwartet daher für das Jahr 2013 einen Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im gesamten Aggregat „Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ um 1,2% in Ostdeutschland und um 1,0% in Sachsen. Im Jahr 2014 dürfte die konjunkturelle Dynamik auch in diesem Aggregat weiter an Fahrt gewinnen. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung wird voraussichtlich um 1,7% in Ostdeutschland und um 2,0% in Sachsen steigen.

Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen: Wohnungsmarkt bringt deutlich positive Impulse

Die überraschend schwache Entwicklung des Produzierenden Gewerbes im laufenden Jahr hat die Dynamik in den unternehmensnahen Dienstleistungssektoren stärker gedämpft als zunächst zu erwarten war. Dies gilt für Sachsen aufgrund dessen stärkerer Spezialisierung im

Industriebereich noch mehr als für den ostdeutschen Durchschnitt. Insbesondere im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung wurde sozialversicherungspflichtige Beschäftigung abgebaut. Der Rückgang belief sich hier im Zeitraum Januar bis Oktober 2013 auf 4,0% in Ostdeutschland (mit Berlin) und auf 5,3% in Sachsen.

Für das kommende Jahr sind jedoch deutlich positive Impulse von der sich belebenden Industriekonjunktur zu erwarten. Dagegen wächst das ostdeutsche Grundstücks- und Wohnungswesen kontinuierlich seit dem Jahr 2012. Wohnungsmieten und Immobilienpreise steigen, wenn auch regional differenziert. Zum einen erhöht sich insbesondere in attraktiven Großstädten die Nachfrage nach Wohnraum, bedingt durch Zuzüge aus dem Umland sowie einer zunehmenden Verbreitung von Single-Haushalten. Zum anderen steigen Mieten und Immobilienpreise aufgrund der energetischen Sanierung. Für das kommende Jahr ist darüber hinaus zu erwarten, dass Vermieter der im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung angekündigten Mietpreisbremse durch eine zusätzliche Anhebung der Mieten zuvorkommen wollen. Alles in allem dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im gesamten Aggregat um 0,6% im Jahr 2013 und um 2,0% im laufenden Jahr steigen. Die Entwicklungen in Sachsen und im ostdeutschen Durchschnitt werden sich in dieser Hinsicht nicht grundlegend voneinander unterscheiden.

Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Unterricht, Private Haushalte: Differenziertes Bild

In den übrigen Dienstleistungsbereichen bestimmen weiterhin unterschiedliche Tendenzen die Entwicklung. Auf der einen Seite begünstigen die demographische Entwicklung sowie die gute Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation die Nachfrage nach gesundheitsbezogenen und privaten Dienstleistungen. Auf der anderen Seite dämpfen die fortgesetzten Konsolidierungsbemühungen in den öffentlichen Haushalten das Wachstum. Entsprechend stieg die Beschäftigung im ostdeutschen und sächsischen Gesundheits- und Sozialwesen bis Oktober um 2,6% bzw. 3,0% an, während in den anderen Bereichen dieses Dienstleistungsaggregats keine nennenswerten Veränderungen in der Beschäftigung zu beobachten waren. Zusammengefasst dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung dieser Dienstleister im Jahr 2013 in Ostdeutschland (mit Berlin) um 0,1% gestiegen sein, während sie in Sachsen stagnierte. Für das Jahr 2014 erwartet das IFO INSTITUT ein verhaltenes Wachstum von 0,3% in Ostdeutschland (mit Berlin) und 0,2% in Sachsen.

Literatur

- ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2013): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2012, Reihe 1, Band 1, Berechnungsstand August 2013, erschienen im Oktober 2013.
- ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (Hrsg.) (2013a): Bruttoinlandsprodukt, 1. Halbjahr 2013 – vorläufige Ergebnisse, Berechnungsstand August 2013, erschienen im September 2013.
- ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (Hrsg.) (2013b): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2012, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Berechnungsstand August 2012/Februar 2013, erschienen im März 2013.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2013a): Beschäftigung nach Ländern in wirtschaftsfachlicher Gliederung (WZ 2008), Reihe Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik, Nürnberg, verschiedene Ausgaben.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2013b): Gemeldete Arbeitsstellen nach Wirtschaftszweigen, Reihe Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitsmarktstatistik, Nürnberg, verschiedene Ausgaben.
- NIERHAUS, W. (2014): Deutschlandprognose 2013/2014: Aufschwung voraus. In: ifo Dresden berichtet 1/2014; S. 3 bis 10.
- STATISTISCHES AMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) (2013): Stagnation der Zahl der Erwerbstätigen im III. Quartal 2013, Presseinformation Nr. 78/2013 vom 12. 12. 2013, Schwerin.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2013a): Auftragseingang, Arbeitsstunden, baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 u. m. tätigen Personen): Bundesländer, Monate, Bauarten. Zeitreihen aus 44111-0007, Datenabruf bei Genesis Online am 09. Dezember 2013.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2013b): Produzierendes Gewerbe – Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden September 2013, Fachserie 4 Reihe 4.1.1, erschienen im November 2013.

¹ Die Autoren bedanken sich bei Herrn Andreas Sharik für seine außerordentlich hilfreiche Unterstützung bei der Erstellung der vorliegenden Prognose. Herr Andreas Sharik war Praktikant im Zeitraum von Oktober bis Dezember 2013 im Bereich Konjunktur und Wachstum der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS.

Herausforderungen und Lösungsansätze für die berufsschulische Ausbildung im Kammerbezirk Dresden

Stefanie Gäbler, Jan Kluge, Marius Lux und Johannes Steinbrecher*

Die duale Berufsausbildung ist für deutsche Unternehmen traditionell ein wichtiges Instrument der Fachkräftegewinnung und -entwicklung. Integraler Bestandteil dieses Systems ist die berufsschulische Ausbildung, welche die Praxiserfahrungen der Lehrlinge durch eine theoretische Fundierung der Lehrinhalte ergänzt. Ein leistungsfähiges Berufsschulsystem ist deshalb eine zwingende Voraussetzung für die Funktionalität der dualen Berufsausbildung.

Umso bedenklicher sind die Schwierigkeiten, denen sich die duale Berufsausbildung und die Berufsschulen zunehmend gegenübersehen. Eine anhaltende „Akademisierung“ der Ausbildung sowie der demographische Wandel führen zu permanent sinkenden Ausbildungsquoten [DIHK (2012)]. Für Ostdeutschland gilt dies umso mehr, da hier der demographische Wandel weit stärker ins Gewicht fällt und gleichzeitig weniger große und traditionell eher ausbildungsstarke Betriebe ansässig sind.

Die sinkende Zahl an Auszubildenden gefährdet wiederum die bestehende Berufsschulstruktur, die auf größere Auslastungen ausgelegt ist. Um die Berufsschullandschaft auch im Angesicht der aktuellen Herausforderungen leistungsfähig zu halten, bedarf es somit einer Neuausrichtung des bestehenden Systems.

Der vorliegende Artikel widmet sich der Diskussion der gegenwärtigen und zukünftigen Berufsschulstruktur im Kammerbezirk Dresden.¹ Dazu werden zunächst die aktuellen demographischen Rahmenbedingungen zusammengefasst. Anschließend werden die Einschätzungen von Unternehmen, Berufsschulzentren und Schulträgern diskutiert. Darauf aufbauend werden mögliche Handlungsansätze für eine zukünftige Berufsschulstruktur dargestellt.

Demographische Rahmenbedingungen im Kammerbezirk Dresden

Die sächsische Bevölkerungsstruktur wird durch eine verstärkte Alterung und einen Rückgang der Einwohnerzahlen beeinflusst. Zwischen 1995 und 2011 sank die Bevölkerungszahl um 9,5 % [STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2013a)]. Im Direktionsbezirk Dresden sank die Bevölkerungszahl im gleichen Zeitraum um knapp acht Prozent, die Anzahl der 15- bis Unter-20-Jährigen

ging seit 1995 allerdings um fast 60 % zurück [STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2013a/b)].

Aus dieser Altersgruppe ergibt sich das Potenzial der Berufsschüler. Somit ist es nicht überraschend, dass auch die Zahl der Auszubildenden einem deutlichen Rückgang unterlag. Allein in den letzten fünf Jahren sank sie im Kammerbezirk Dresden um 33 % (vgl. Abb. 1).

Auf die sinkenden Schülerzahlen wurde zwar mit einer Straffung des Berufsschulsystems reagiert, die vollzogenen Standortschließungen konnten aber nicht mit der Entwicklung Schritt halten, sodass bei den Berufsschulen vermehrt Überkapazitäten bestehen. Hinzu kommt ein verstärkter Standortwettbewerb des ländlichen Raumes mit dem Ballungsraum Dresden.

Zwar lässt sich aus den Geburtenzahlen der jüngeren Vergangenheit bis zum Jahr 2025 eine positive Entwicklung der Zahl der 15- bis Unter-20-Jährigen ableiten, jedoch nur auf niedrigem Niveau. Im Kammerbezirk Dresden wird für die Landeshauptstadt das größte Wachstum in dieser Altersgruppe erwartet. Dagegen wird im Landkreis Görlitz die Zahl der 15- bis Unter-20-Jährigen kaum zunehmen. Die vergangene und prognostizierte Entwicklung dieser Altersgruppe ist in Abbildung 2 dargestellt.

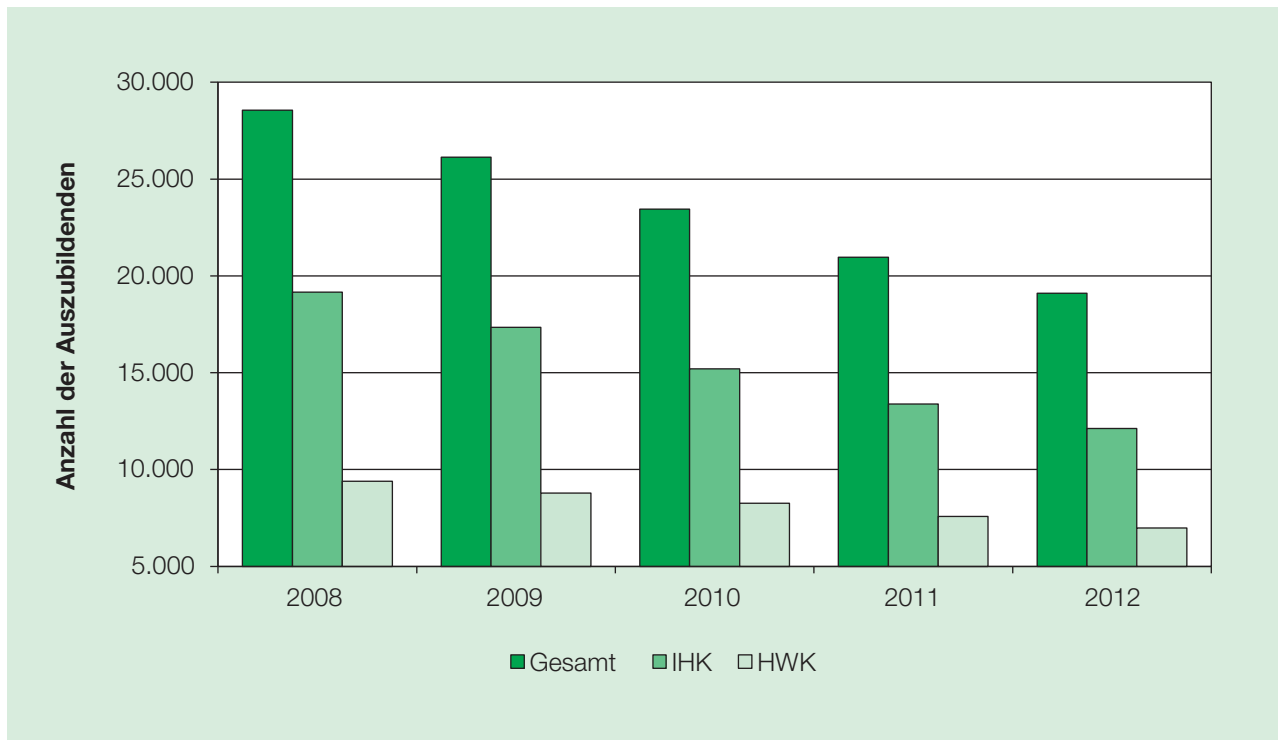
Der Anteil der 15- bis Unter-20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird in ganz Sachsen und dem Kammerbezirk Dresden leicht zunehmen. 2010 lag er im Freistaat bei zirka drei Prozent und wird laut der Prognose auf knapp über vier Prozent steigen. Diese erwartete, moderate Erholung bei den relevanten Kohorten wird die Überkapazitäten nur geringfügig verringern können, zumal auch der Trend hin zu einer weiteren Akademisierung der Berufsausbildung anhält.

Bewertung der Berufsschullandschaft durch die Unternehmen des Kammerbezirks Dresden

Um Rückschlüsse hinsichtlich einer bedarfsgerechten zukünftigen Berufsschulstruktur ziehen zu können, wur-

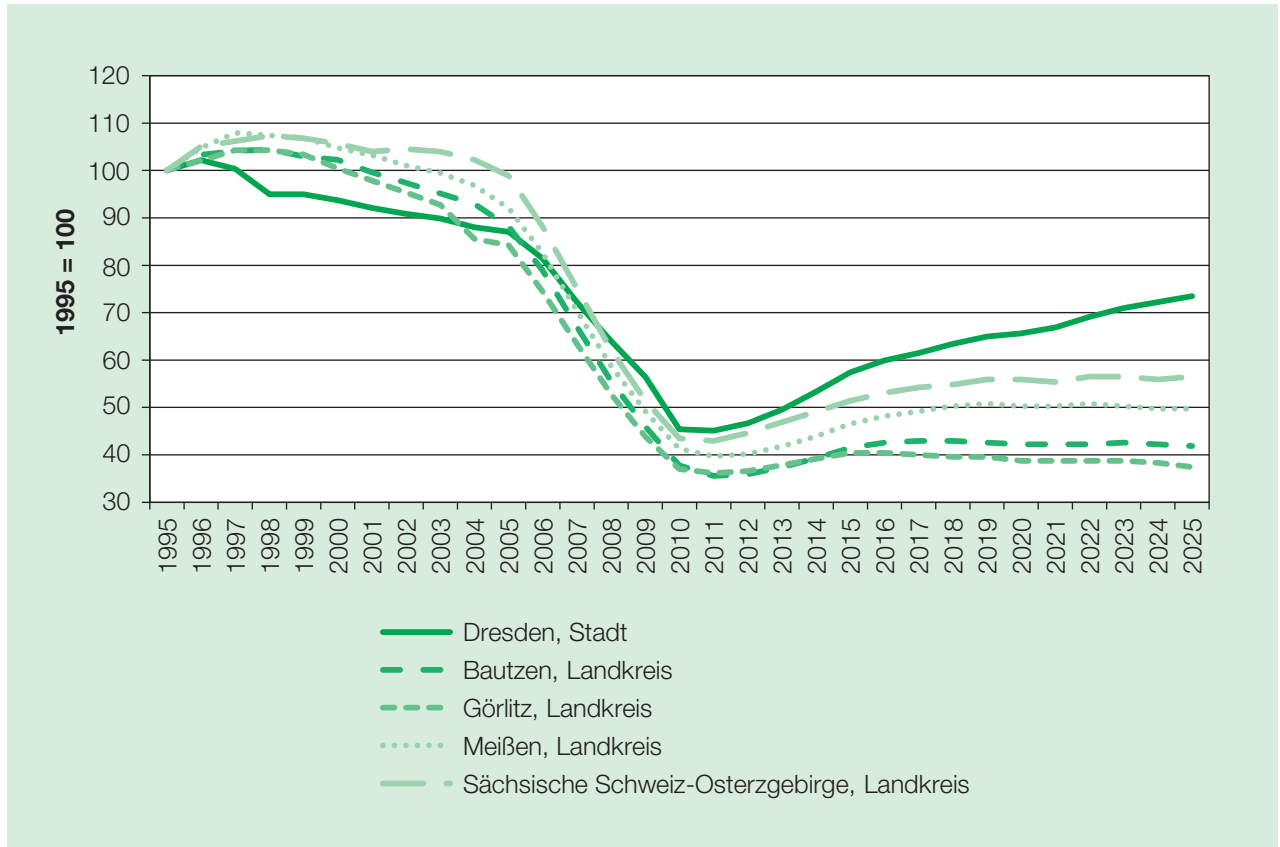
* Jan Kluge und Johannes Steinbrecher sind Doktoranden der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. Stefanie Gäbler und Marius Lux arbeiteten als Praktikanten der Niederlassung Dresden des ifo Instituts an der Erstellung des Beitrages mit.

Abbildung 1: Entwicklung der Auszubildenden im Kammerbezirk Dresden von 2008–2012



Quellen: Daten der Bildungsagentur Sachsen – Regionalstelle Dresden, Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 2: Entwicklung der 15- bis Unter-20-Jährigen im Kammerbezirk Dresden 1995–2025



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013); Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2013b), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

den alle ausbildenden Unternehmen der HANDWERKSKAMMER DRESDEN sowie der INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER DRESDEN zu wesentlichen Aspekten ihrer Ausbildungstätigkeit und der Berufsschulausbildung befragt.² Neben den ausbildenden Unternehmen wurden auch die Berufsschulzentren im Kammerbezirk Dresden um eine Einschätzung des bestehenden Berufsschulsystems gebeten.³ Die Umfragen konzentrierten sich insbesondere auf die Entwicklung der Ausbildungstätigkeit, die Berufsschulstruktur und die Unsicherheiten über den Fortbestand der Berufsschulen.

Zunächst wurden die Unternehmen zur vergangenen und geplanten Entwicklung ihrer Ausbildungstätigkeit befragt. Rund die Hälfte der gegenwärtig ausbildenden Unternehmen begann mit ihrer Ausbildungstätigkeit zwischen 1990 und 1999. Bei 64% der Unternehmen gab es seit Beginn der Ausbildungstätigkeit auch keine Unterbrechungen. Vor allem Unternehmen mit geringen Umsätzen bzw. wenigen Mitarbeitern gaben jedoch öfter an, ihre Ausbildungsangebote schon einmal ausgesetzt zu haben.

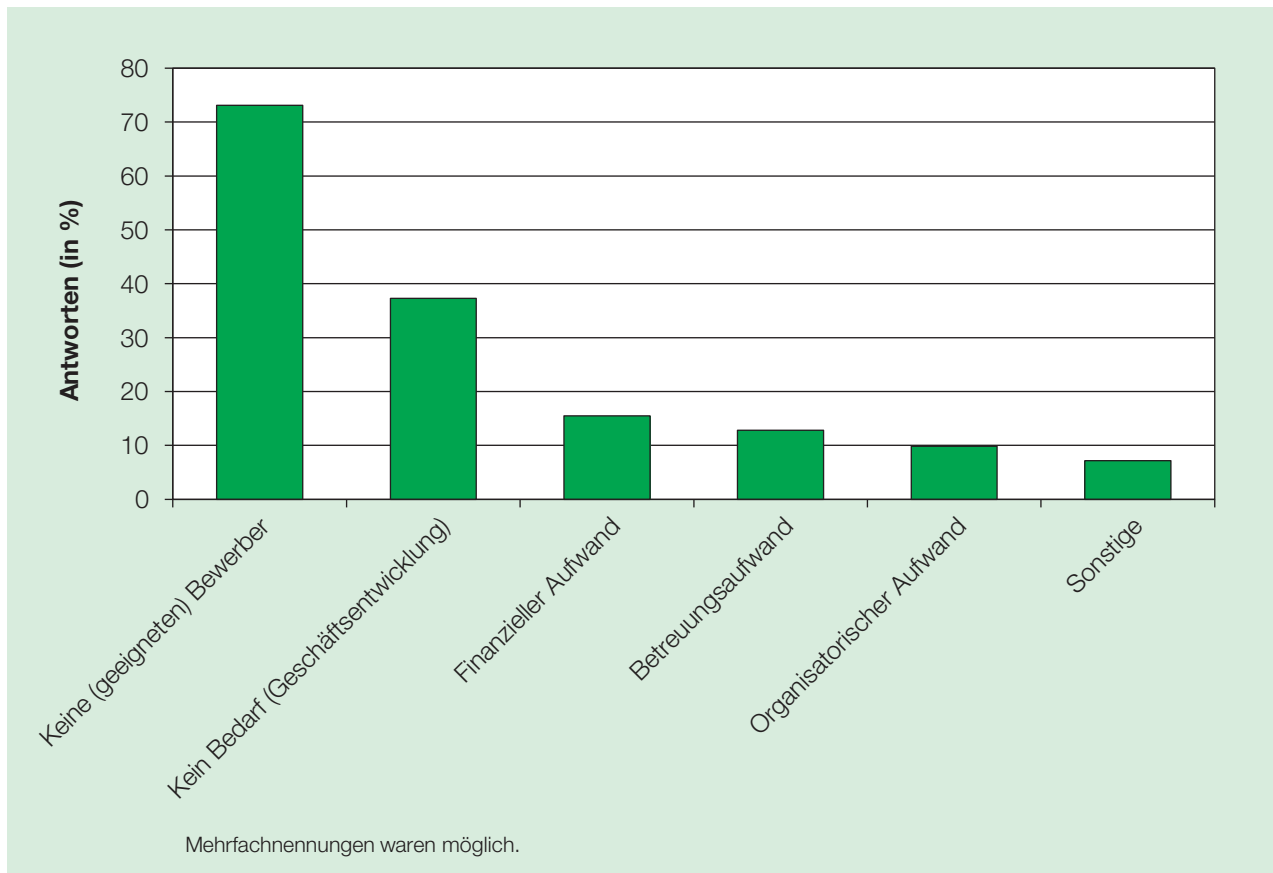
Von besonderem Interesse sind dabei die Faktoren, die die Ausbildungstätigkeit der Unternehmen beeinflussen. Dazu wurden die Unternehmen nach den Gründen für

eine Ausbildungsunterbrechung befragt. Die Antworten sind in Abbildung 3 dargestellt. Als häufigste Unterbrechungsursachen wurden der Mangel an (geeigneten) Bewerbern und ein fehlender Bedarf aufgrund rückläufiger Geschäftsentwicklungen genannt. Weitere Gründe für Unterbrechungen der Ausbildungstätigkeit waren ein zu hoher finanzieller und organisatorischer Aufwand bzw. ein zu hoher Betreuungsaufwand der Auszubildenden.

Betrachtet man die Entwicklung der Auszubildendenzahlen in den letzten fünf Jahren, zeigt sich, dass in den meisten Unternehmen die Zahl der Lehrlinge konstant geblieben ist. Rund ein Drittel der Unternehmen hat die Zahl ihrer Auszubildenden verringert. Tendenziell wurde im ländlichen Raum und in Unternehmen mit wenigen Auszubildenden häufiger reduziert.

Zukünftig planen immerhin 17% der Unternehmen, die Zahl der Auszubildenden zu verringern bzw. die Ausbildung ganz einzustellen. Ähnlich wie bei den Unterbrechungen ist dies vor allem bei kleineren Unternehmen mit wenigen Mitarbeitern und geringem Umsatz der Fall. Die Gründe für eine zukünftige Reduktion bzw. Einstellung der Ausbildung ähneln denen, die bereits zu einer Unterbrechung der Ausbildungstätigkeit führten. Als häufigster

Abbildung 3: Gründe für Unterbrechungen in der Ausbildungstätigkeit (in %)



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Grund wird erneut ein Mangel an (geeigneten) Bewerbern angegeben (82 %). Für die Zukunft wird dieser Faktor somit sogar noch wichtiger eingeschätzt als in der Vergangenheitsbetrachtung in Abbildung 3. Aber auch der hohe finanzielle Aufwand (31 %) und die Geschäftsentwicklung (30 %) spielen eine wichtige Rolle.

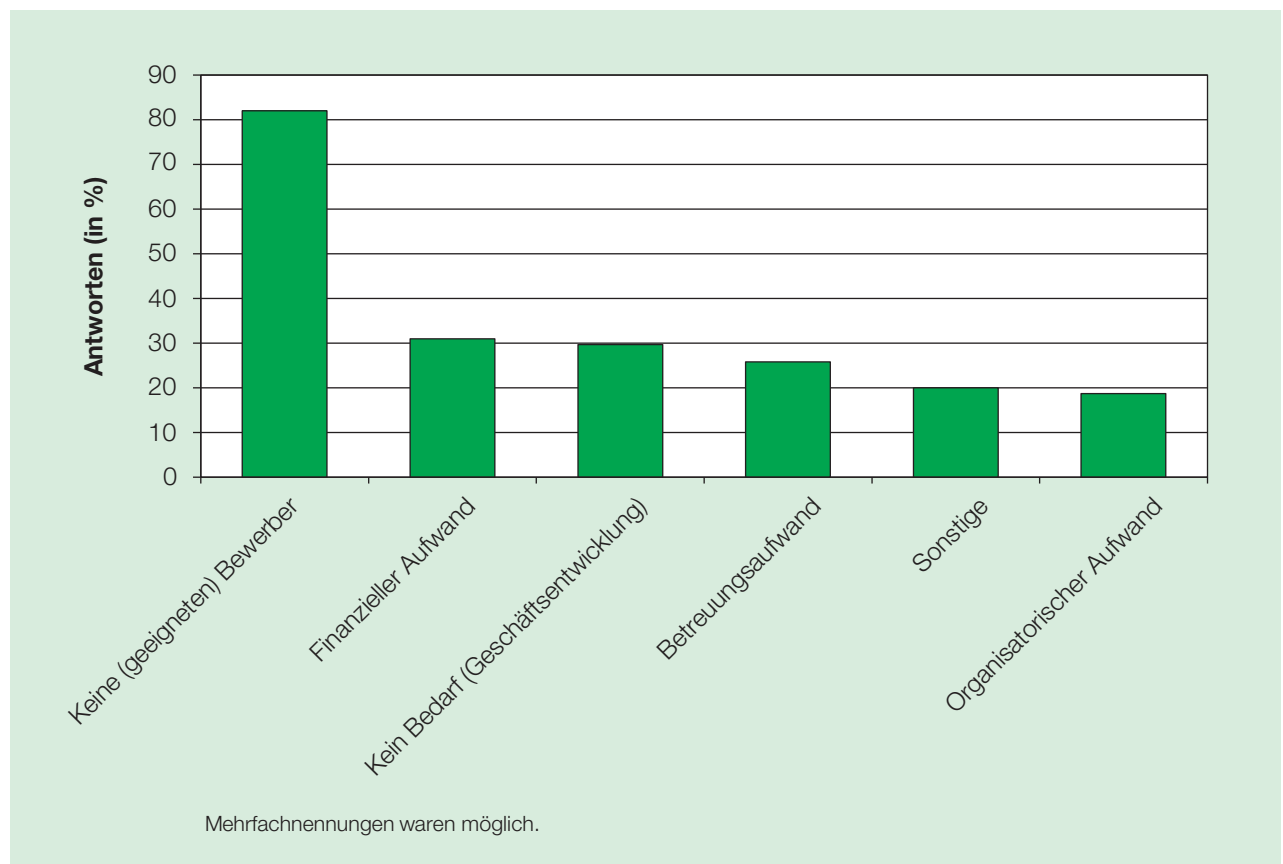
Fehlende Auslastung gefährdet das gegenwärtige Berufsschulnetz

Die Berufsschulen hatten in den letzten Jahren ähnliche Probleme. In fast allen Standorten des Kammerbezirks Dresden ist die Zahl der Schüler in den letzten fünf Jahren gesunken, nur in einem ist sie konstant geblieben. Aufgrund des zu erwartenden Anstiegs der Zahl der 15- bis Unter-20-Jährigen erwarten allerdings nur noch drei Schulen in den nächsten Jahren weiterhin sinkende Schülerzahlen. Dennoch gehen die meisten Schulen davon aus, dass die Entwicklung der Schülerzahlen Auswirkungen auf die schulischen Abläufe haben wird. Über die Hälfte der Berufsschulen rechnet weiterhin mit Überkapazitäten und Planungsschwierigkeiten. Entsprechend geht fast die Hälfte der befragten Schulen davon aus,

dass die Zukunftsperspektiven ihrer Standorte nicht gesichert sind.

Die bereits angesprochenen Vorteile des dualen Systems der Berufsausbildung können zukünftig nur gesichert werden, wenn das regionale Zusammenspiel von Unternehmen und Berufsschulen gewährleistet werden kann. Dabei muss neben der Qualität der Ausbildung auch das räumliche Angebot an Berufsschulkapazitäten betrachtet werden. Die ansässigen Berufsschulen sind über den gesamten Kammerbezirk verteilt, wobei die Landeshauptstadt Dresden mit zehn Standorten mit Abstand die meisten Berufsschulen aufweist. Die Entfernung, die Auszubildende zu ihrer Berufsschule zurücklegen müssen, hängt dabei stark vom jeweiligen Ausbildungsberuf ab. So gibt es mehr Berufsschulstandorte für stärker nachgefragte Berufe, auch im ländlichen Raum. Angehende Kauffrauen und -männer im Einzelhandel werden zum Beispiel in sieben Einrichtungen beschult. Lehrlinge in relativ seltenen Berufen müssen hingegen weitere Strecken zurücklegen. Für Textilreiniger gibt es beispielsweise im gesamten Freistaat Sachsen nur einen Berufsschulstandort. Für die Mehrheit der Lehrlinge sind die Entfernungen aber relativ gering, für fast 80 % der Berufsschüler sind es weniger als 30 Kilometer (Luftlinie, vgl. Abb. 4).

Abbildung 4: Verteilung der Entfernung der Unternehmen zu den relevanten Berufsschulen



Quellen: Daten der Industrie- und Handelskammer Dresden und Handwerkskammer Dresden, Berechnungen des ifo Instituts.

Hohe Qualität der Ausbildung ist Unternehmen wichtiger als kurze Wege

Im Hinblick auf die räumliche Verteilung der Berufsschulen bzw. der Berufsschulstruktur wurden die ausbildenden Unternehmen und Schulen befragt, ob ihnen gegenwärtig durch die Reisezeiten der Auszubildenden Probleme entstehen. Die Fahrzeiten zwischen Arbeits- und Berufsschulort verursachen bei über der Hälfte der Berufsschulen negative Auswirkungen auf die schulischen Abläufe. Zehn von 24 Berufsschulen stellten bei ihren Schülern, bedingt durch die Fahrzeiten, geringere Motivation und Lernbereitschaft fest. Einem höheren Planungsaufwand sehen sich neun Schulen gegenüber. Probleme mit Fehlzeiten und Unpünktlichkeit der Auszubildenden haben sechs Standorte.

Davon abweichend spielt die räumliche Verteilung der Berufsschulen für die Unternehmen kaum eine Rolle. Die Auswirkungen der Fahrzeiten zur Berufsschule auf die Ausbildungsabläufe der Unternehmen sind in Abbildung 5 dargestellt.

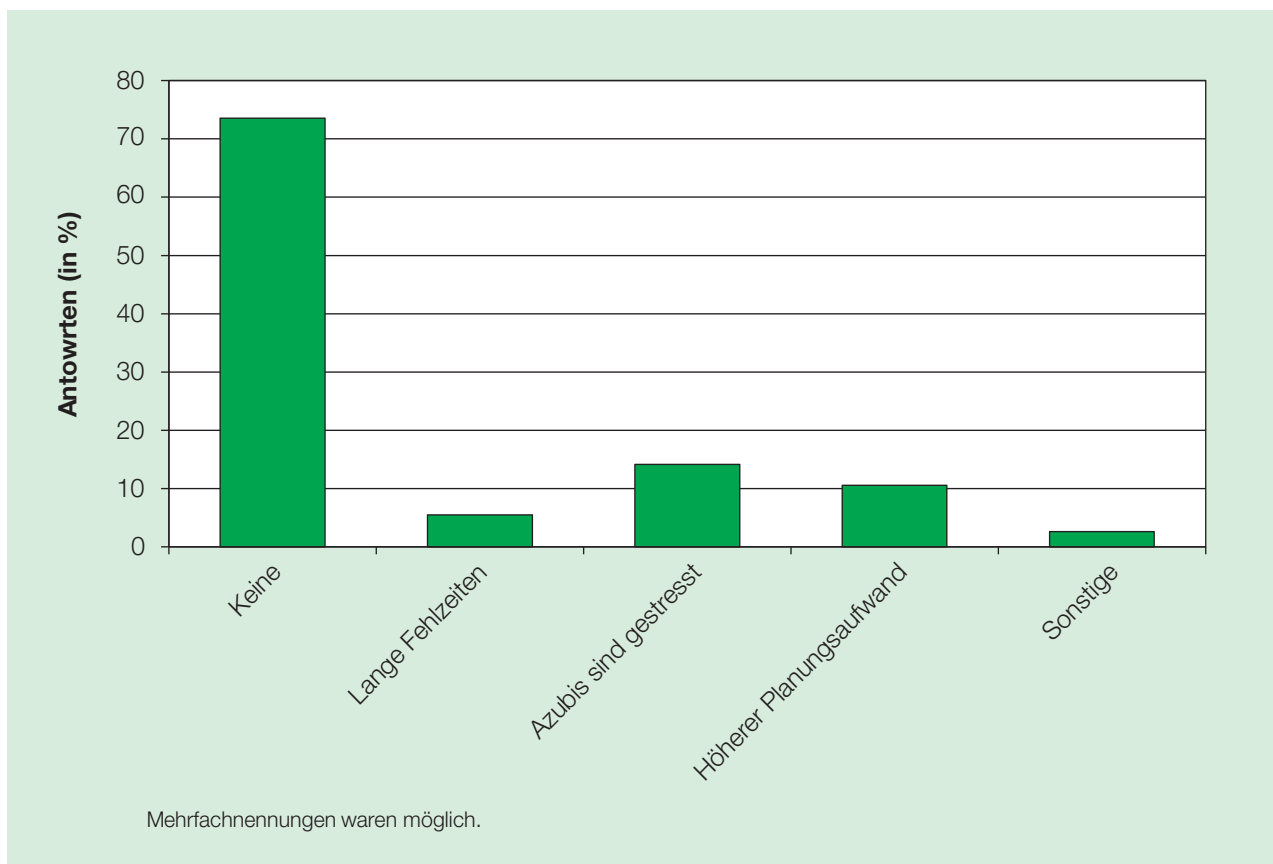
Eine Mehrheit von über 70 % der antwortenden Unternehmen gab an, dass die Fahrzeiten keine Auswirkungen auf ihre Ausbildungsabläufe haben. Einige Unternehmen bemerkten hingegen einen höheren Stresspegel bei ihren

Auszubildenden bzw. einen höheren Planungsaufwand während der Ausbildung. Da die meisten Unternehmen keine Beeinträchtigungen durch die Fahrzeiten sehen, überrascht es auch nicht, dass gerade einmal 27 % der Unternehmen ihre Auszubildenden bei der Anreise zur Berufsschule finanziell oder anderweitig unterstützen. Die Entfernung zu den Berufsschulstandorten sowie ein Wechsel der Berufsschulen in der Lehrzeit haben auch keinen Einfluss auf eine bereits erfolgte oder geplante Reduktion der Anzahl der Auszubildenden.

Es wird deutlich, dass vor allem die Berufsschulen durch die längeren Fahrzeiten zwischen Ausbildungs- und Berufsschulort Schwierigkeiten haben, ihre Schüler zu motivieren und die Stundenpläne so auszurichten, dass es zu keinen Fehlzeiten kommt. Hingegen halten 60 % der Unternehmen noch längere Fahrzeiten sogar für gerechtfertigt, wenn dadurch die Qualität der Ausbildung langfristig gesichert wird.

Unsicherheiten über den Fortbestand des Berufsschulstandortes sind dagegen für beide Seiten problematisch. Die Umfrage ergab, dass gerade einmal etwas mehr als die Hälfte der Berufsschulen im Direktionsbezirk ihren Standort als für die Zukunft gesichert sieht. Vor allem bei geringen Anmeldezahlen können die Berufsschulen den

Abbildung 5: Auswirkungen der Fahrzeiten auf Ausbildungsabläufe der Unternehmen, in %



Quelle: Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

Ausbildungsbetrieben erst kurz vor Schuljahresbeginn mitteilen, ob eine Klasse zustande kommt oder nicht. Diese Unsicherheiten betreffen wiederum die Unternehmen. Die Auswirkungen auf den Ausbildungsbetrieb sind in Abbildung 6 dargestellt.

Bislang noch geringe Beeinträchtigungen durch Berufsschulstruktur

Insgesamt zeigt sich bislang noch eine eher geringe Beeinträchtigung der Ausbildungstätigkeit durch die Standortunsicherheiten. Lediglich 4 % der antwortenden Unter-

nehmen konnten einen Zusammenhang zwischen der Standortsicherheit der Berufsschule und einem Ausbildungsabbruch feststellen. Die neben der qualitativen Auswertung der Unternehmensumfrage durchgeführte statistisch-ökonomische Analyse ergab, dass es eher in Unternehmen, die mit vielen Berufsschulstandorten zusammenarbeiten und deren Auszubildende die Berufsschule während ihrer Ausbildung wechseln mussten, zu Ausbildungsabbrüchen kam. Unternehmen des Umlands werden dagegen seltener mit Abbrüchen konfrontiert.

Häufiger führt die Standortunsicherheit hingegen dazu, dass offene Lehrstellen gar nicht besetzt werden können. Bei immerhin 14 % der Unternehmen blieben aus diesem

Abbildung 6: Beeinträchtigungen der Unsicherheiten über den Berufsschulstandort



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Grund Lehrstellen unbesetzt, im Baugewerbe waren es sogar 20%. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit der Nichtbesetzung bei Unternehmen im ländlichen Raum höher als in Dresden. Die statistische Analyse zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, eine offene Lehrstelle nicht besetzen zu können, auch durch die Personalstruktur des Unternehmens und die Berufsschulstruktur beeinflusst wird. Sie ist signifikant geringer, je mehr Auszubildende das Unternehmen bereits beschäftigt. Dies könnte darauf hindeuten, dass diese Unternehmen größer und für Auszubildende bekannter bzw. attraktiver sind. Desweiteren ist die Wahrscheinlichkeit der Nichtbesetzung umso höher, wenn das Unternehmen mit mehreren Berufsschulstandorten zusammenarbeitet.

Die Unsicherheit bezüglich des Berufsschulstandortes hat kaum einen spürbaren Effekt auf die Entscheidung der Unternehmen, die angebotenen Ausbildungsberufe zu wechseln. Nur 2% der Unternehmen reagierten so auf Standortunsicherheiten.

Ein möglicher Ausbildungsverzicht der Unternehmen lässt sich dagegen in den statistischen Analysen weder auf bestimmte Unternehmensstrukturen noch auf Anzahl oder häufige Wechsel der Berufsschulstandorte zurückführen. Auch die Unsicherheit bezüglich des Berufsschulstandortes hat bei lediglich 5% der antwortenden Unternehmen zu einem Verzicht des Unternehmens auf Ausbildung geführt. Zwar sehen sich gegenwärtig somit nur wenige Unternehmen in ihrer Ausbildungstätigkeit durch Unsicherheiten über den Berufsschulstandort beeinträchtigt. Fraglich ist jedoch, inwiefern echte Standortnachteile aus der Standortunsicherheit entstehen können, wenn sich der Wettbewerb um Fachkräfte und Auszubildende weiter verschärft.

Neugestaltung muss alle Akteure einbeziehen

Um Handlungsempfehlungen für eine zielgerichtete Anpassung der Berufsschulstruktur an die kommenden Herausforderungen geben zu können, ist es zunächst notwendig, die an der Berufsausbildung beteiligten Akteure zu kennen. Die Organisation der beruflichen Schulbildung ist gegenwärtig durch das Sächsische Schulgesetz zwischen den Schulträgern und dem Freistaat aufgeteilt. Die Landkreise und kreisfreien Städte haben als Schulträger für die Errichtung, Erhaltung und Ausstattung der Schuleinrichtungen zu sorgen. Berufsspezifische Einzugsbereiche können aber auch über Landkreisgrenzen hinaus reichen und bedürfen daher der Abstimmung zwischen den Schulträgern. Der Freistaat Sachsen ist für die Anstellung der Lehrer zuständig und weist diese den Schulträgern zu. Außerdem hat der Freistaat Möglichkeiten, in die Belange der Schulträger einzugrei-

fen, wenn er dies für nötig hält. Bei der Anpassung der Berufsschulstruktur sind alle Akteure zu berücksichtigen.

Dieses System erweist sich dabei für die zu bewältigenden Herausforderungen als ungeeignet. Besonders bei der Abstimmung zwischen den Schulträgern kann es zu Problemen kommen, wenn Berufsfelder an andere Schulträger abzugeben oder Schulen zu schließen sind. In der Hoffnung, dass andere Schulträger zuerst aufgeben, kommt es zu Wartespielen, bei denen unnötige Kapazitäten aufrechterhalten werden. Dies macht die eigenständige Gestaltung einer bedarfsgerechten und langfristig tragfähigen Berufsschulstruktur nahezu unmöglich. Deshalb ist es notwendig, Anpassungen aktiv anzustoßen und dabei auch die Gestaltungsspielräume des Landes zu nutzen.

Um eine langfristig stabile Berufsschullandschaft zu realisieren, ist es zunächst notwendig, die duale Ausbildung zu stärken. Um einen stetigen Zustrom von Auszubildenden an die Berufsschulen zu erreichen, sollten die Attraktivität der dualen Ausbildung erhöht und Ausbildungshemmnisse abgebaut werden. Die Umfrage zeigte, dass Unsicherheiten über den Berufsschulstandort Unternehmen in ihrer Ausbildungstätigkeit beeinträchtigen. Ausbildungswillige Unternehmen und Schulabsolventen finden somit unter anderem durch Unzulänglichkeiten des Berufsschulsystems nicht zu einem Vertragsabschluss. Unsicherheiten der Auszubildenden und Unternehmen über das Zustandekommen von Schulklassen könnten zum Beispiel durch Ausbildungsgarantien vermieden werden. Eine verbindliche Zusage des Freistaates Sachsen, an bestimmten Standorten die Bildung bestimmter Klassen zu unterstützen, könnte dazu führen, dass sich wieder verstärkt Auszubildende für die betreffenden Berufe entscheiden. An diesem Punkt bedarf es jedoch auch einer stärkeren Anstrengung der Wirtschaft, die duale Berufsausbildung als Instrument des Personalmanagements zu erkennen und weiterhin aktiv zu nutzen.

Die Umfrage zeigte deutlich, dass die Unternehmen längere Fahrzeiten der Auszubildenden akzeptabel finden, wenn dadurch die Qualität der Ausbildung langfristig gesichert wird. Somit erscheint eine langfristig nachhaltige Planung der Berufsschulstruktur wichtiger als eine möglichst breite Versorgung mit Berufsschulen, auch wenn eine solche Umstrukturierung gegebenenfalls Standort-schließungen nach sich zieht. Eine Spezialisierung der Berufsschulstandorte auf bestimmte Berufsgruppen könnte dabei die unerwünschte Konkurrenzsituation zwischen den Schulträgern reduzieren und kostspielige Parallelangebote verhindern. Dadurch könnte zum einen die Qualität der Ausbildung gesichert bzw. sogar erhöht werden, da die Standorte speziell für ihre Berufsgruppen ausgestattet werden können. Zum anderen würde es die langfristige Planungssicherheit für die Standorte erhöhen.

Parallel dazu muss jedoch auch die Ausbildung von besonders häufig nachgefragten und in jeder Region benötigten Berufen, wie zum Beispiel Kaufleute oder Bauberufe, in der Fläche sichergestellt werden.

Für ein Funktionieren der ersten beiden Ansätze ist jedoch ein aktiver Beitrag des Landes notwendig, da die entscheidenden Signale nur glaubhaft durch die übergelagerte föderale Instanz gesendet werden können. Insbesondere im Hinblick auf die politischen Rahmenbedingungen sollte der Freistaat Sachsen, in Kooperation mit den Schulträgern, die Spezialisierungscluster zentral festlegen oder entsprechende Anreize setzen, da eine eigenständige Lösung aufgrund der bereits beschriebenen Wartespiele unwahrscheinlich ist. Auch sollte geprüft werden, welchen Spielraum das Land hat, die beteiligten Akteure bei etwaigen Mehrbelastungen (z. B. höheren Reisekosten) zu unterstützen.

Fazit

Die sinkende Zahl an Auszubildenden und die damit einhergehende Unterauslastung vieler Berufsschulen gefährden eine effiziente Berufsschulstruktur im Kammerbezirk Dresden. Alle Akteure der dualen Berufsausbildung sehen daher die bestehende Berufsschulstruktur als reformbedürftig an. Sowohl für Unternehmen, Berufsschulen als auch Schulträger stehen dabei die gegenwärtig mangelnde Planungssicherheit und Instabilität des Systems im Vordergrund.

Um eine langfristig stabile Berufsschulstruktur zu schaffen, empfiehlt sich eine Spezialisierungsstrategie. Dadurch würden für bestimmte Berufsgruppen regionale Alleinstellungsmerkmale geschaffen. Diese Berufe würden dann in Sachsen nur noch an einem/wenigen Standort/en ausgebildet, wodurch ein unerwünschter Standortwettbewerb zwischen den Schulträgern vermieden wird. Gleichzeitig würde die Versorgung der ländlichen Räume mit Berufsschulangeboten für die häufigen und überall benötigten Berufe (z. B. Kaufleute, Bauberufe) garantiert.

Diese Neugestaltung sollte durch eine generelle Stärkung des dualen Systems und auch durch das Ausnutzen des politischen Gestaltungsspielraumes des Landes erleichtert werden. Hierzu zählt ein dosiertes Eingreifen des Freistaates, insbesondere bei der verbindlichen Festlegung der regionalen Alleinstellungsmerkmale. Außerdem sollten die Auszubildenden überall dort unterstützt werden,

wo sie die Lasten der Neugestaltung tragen, beispielsweise durch finanzielle Zuschüsse für Unterbringungskosten am und Reisekosten zum Berufsschulstandort.

Im Ergebnis könnte ein Berufsschulnetz konzipiert werden, das nachhaltig eine flächendeckende und nachfragegerechte Versorgung des Kammerbezirks ermöglicht und dabei durch die Spezialisierung einzelner Standorte die hohen qualitativen Anforderungen der dualen Berufsausbildung auch weiterhin erfüllt.

Literatur

- DIHK – DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERTAG (Hrsg.): Ausbildung: 1,7 Prozent weniger Neuverträge als im Vorjahr, <http://www.dihk.de/the-menfelder/aus-und-weiterbildung/news?m=2012-10-05-ausbildungszahlen>, 2012, abgerufen am 08.01.2014.
- KLUGE, J., RAGNITZ, J. und J. STEINBRECHER (2013): Bedarf an berufsschulischen Einrichtungen im Direktionsbezirk Dresden, ifo Dresden Studie 70, München/Dresden.
- STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2013): Bevölkerungsstand: Bevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppen – Stichtag 31.12. – regionale Tiefe: Kreise und krfr. Städte; Regionaldatenbank Deutschland; Stand: 12.04.2013 / 10:59:58.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2013a): Bevölkerung am 31.12., Gemeinden, Stichtage, Gebietsstand 01.01.12; GENESIS-Online Datenbank; Stand: 14.05.2013 / 13:46:14.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSENS (Hrsg.) (2013b): Bevölkerungsprognose: Voraussichtliche Bevölkerung, Varianten Bevölkerungsvorausber., Geschlecht/Alt.Gr(18), Kreise, Stichtage, Gebietsstand 01.01.10; GENESIS-Online Datenbank; Stand: 21.05.2013 / 14:49:06.

¹ Grundlage für die Diskussion ist das Gutachten „Bedarf an berufsschulischen Einrichtungen im Direktionsbezirk Dresden“, welches die Dresdner Niederlassung des ifo INSTITUTS im Auftrag der HANDWERKSKAMMER DRESDEN und der INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER DRESDEN erstellt hat [vgl. KLUGE et al. (2013)].

² Insgesamt wurden rund 4.000 Unternehmen befragt. Die Rücklaufquote betrug bei 946 antwortenden Unternehmen knapp 24%. Die antwortenden Unternehmen bilden die Verteilung der Branchen, Regionen und Größen aller Unternehmen im Direktionsbezirk gut wieder. Die Ergebnisse der Umfrage können somit als allgemeingültig für den Kammerbezirk betrachtet werden.

³ Von 25 ansässigen Berufsschulzentren antworteten 24.

Bundesgebiet Berlin statt Länderfinanzausgleich: Ein finanzieller Bumerang für die Geberländer

Alexander Eck, Felix Rösel und Johannes Steinbrecher*

Die Einsetzung einer neuen Föderalismuskommission im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD ist kaum vereinbart, schon rasseln die Geberländer im Länderfinanzausgleich bereits kräftig mit dem Säbel. Mit Finanz- und Wirtschaftsminister Schmid (SPD) hat sich ein Vertreter Baden-Württembergs einmal mehr dem ständigen Streitpunkt der erhöhten Einwohnergewichtung der Stadtstaaten im Länderfinanzausgleich angenommen [vgl. GREIVE und KAMANN (2013)]. Die Kritik richtet sich dabei insbesondere gegen die hohen Finanzausgleichszahlungen an das Land Berlin. Die Bundeshauptstadt erhielt im Jahr 2012 insgesamt 3,2 Mrd. € aus dem horizontalen Länderfinanzausgleich – finanziert durch die Geberländer Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Hessen.

Mit dem Ziel, diese vermeintlich überhöhte Belastung der Geberländer zu reduzieren, unterbreitet Schmid den Vorschlag, das Land Berlin in ein direktes Bundesgebiet umzuwandeln. Dieses solle nach dem Vorbild von Washington, D.C. direkt vom Bund finanziert werden – und zwar mit allen Konsequenzen, wie zum Beispiel dem Wegfall des Bundesratssitzes von Berlin. Der Vorschlag einer solch tiefgreifenden Reform ist nicht neu. Bereits 2012 schlugen der bayerische und hessische Finanzminister eine Umwandlung des Landes Berlin in ein unmittelbares Bundesgebiet vor [vgl. VITZTHUM (2012)]. Zur Begründung führte der hessische Ministerpräsident Bouffier aus, die Finanzierung von Hauptstadtlasten sei eine Aufgabe des Bundes und nicht der Länder [vgl. VON BEBENBURG (2013)]. Ein Einspringen des Bundes als Lösung der Streitigkeiten um den Länderfinanzausgleich?

Im Folgenden sollen die fiskalischen und demokratiepolitischen Auswirkungen dieses Reformvorschlages näher untersucht werden, insbesondere mit Blick auf den Länderfinanzausgleich. Hierbei kann gezeigt werden, dass sich der Vorschlag der Geberländer unter dem geltenden Finanzausgleichsregime zu einem regelrechten finanziellen „Bumerang“ entwickeln könnte – die Geberländer bei einem direkten Bundesgebiet Berlin also *stärker* finanziell belastet wären als heute. Auch aufgrund des Fehlens relevanter Hauptstadtlasten sowie gewichtiger demokratie- und rechtspolitischer Bedenken vermag der Vorschlag nicht zu überzeugen.

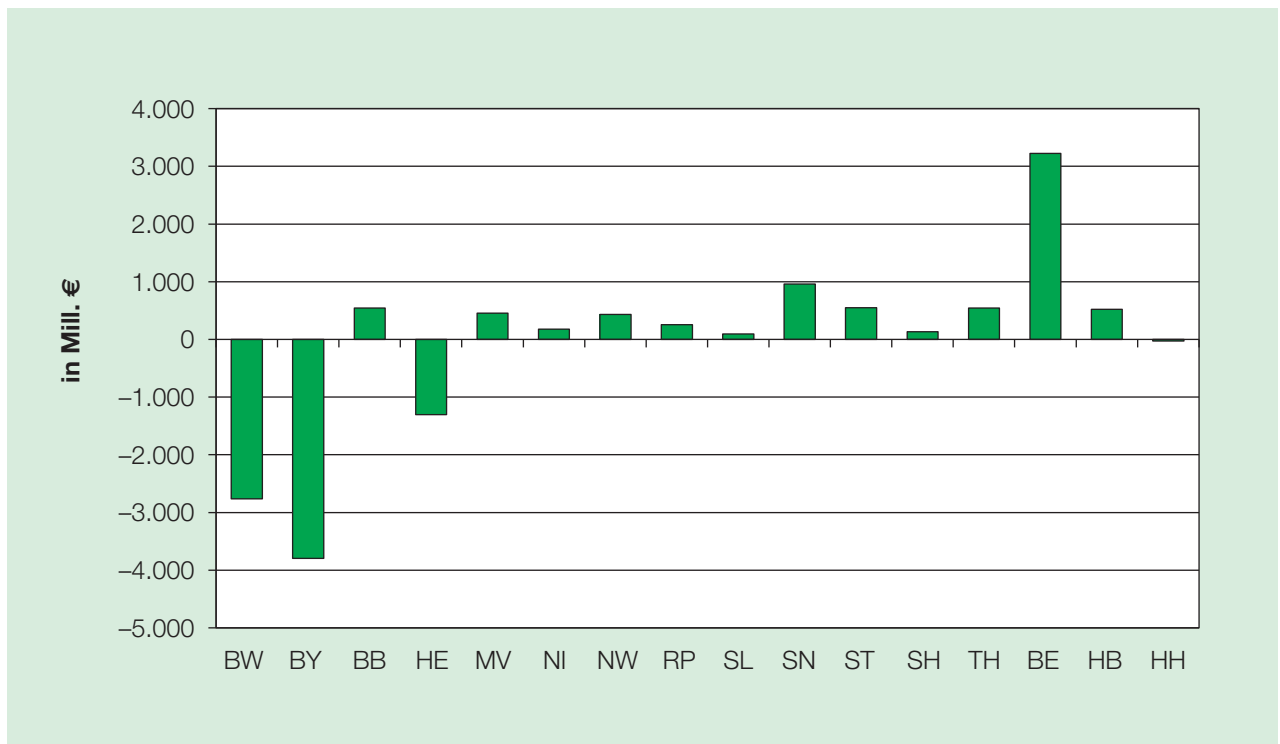
Fiskalische Auswirkungen des Vorschlags

Der Länderfinanzausgleich hat neben der Steuerverteilung einen angemessenen Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder (Art. 107 Abs. 2 GG) zum Ziel. Er umfasst mehrere Stufen, wobei besonders drei Mechanismen dem Finanzausgleich dienen: der Umsatzsteuervorwegausgleich, der Länderfinanzausgleich im engeren Sinne (i. e. S.) und die Allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen. Der Umsatzsteuervorwegausgleich ist der Teil der Umsatzsteuer, der nicht nach Einwohnerzahl auf die einzelnen Länder verteilt wird. Er dient der Anhebung der Einnahmen derjenigen Länder, die geringe Einnahmen aus sonstigen Gemeinschafts- und Landessteuern erzielen. Eine weitere Nivellierung der Finanzkraft folgt im Länderfinanzausgleich i. e. S., bei dem finanzkraftstarke Länder Zahlungen an finanzkraftschwache Länder leisten. Die Finanzkraft der Länder wird dabei durch die sogenannte Finanzkraftmesszahl wiedergegeben, die auf die Steuereinnahmen der Länder und ihrer Gemeinden abstellt.¹ Zur Messung des Finanzbedarfs der Länder wird die Ausgleichsmesszahl herangezogen. Diese basiert auf der Einwohnerzahl und der durchschnittlichen Finanzkraft je Einwohner in allen Ländern.² Ist die Finanzkraftmesszahl eines Landes geringer als die Ausgleichsmesszahl, ist das Land ausgleichsberechtigt, erhält somit Zuweisungen im Länderfinanzausgleich i. e. S. Umgekehrt leistet ein Land Beiträge an die ausgleichsberechtigten Länder, wenn dessen Finanzkraftmesszahl die Ausgleichsmesszahl übersteigt. Erreichen die Einnahmen eines Landes danach nicht mindestens 99,5 % der relevanten Bedarfe, so erhält das Land einen Teil dieses Fehlbetrags als Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen. Die Beiträge und Zuweisungen im Länderfinanzausgleich i. e. S. sind in Abbildung 1 dargestellt: Im Jahr 2012 haben insbesondere Bayern, Baden-Württemberg und Hessen substantielle Beiträge geleistet, wohingegen alle anderen Länder Zuweisungen empfangen haben (mit Ausnahme Hamburgs).

Interessant ist nun, welche Umverteilung sich aus der Ausgliederung Berlins aus dem Länderfinanzausgleich gemäß dem Vorschlag aus Baden-Württemberg ergibt. Der Vorschlag selbst enthält zunächst keine explizite Forderung, Berlin die Mittel zu kürzen oder bei der allgemeinen Finanzierung Berlins verstärkt auf Bundesmittel zurückzugreifen. Daher liegt den Berechnungen die Annahme

* Alexander Eck, Felix Rösel und Johannes Steinbrecher sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abbildung 1: Beiträge und Zuweisungen im Länderfinanzausgleich i. e. S. für das Jahr 2012



Quelle: Bundesministerium der Finanzen (2013).

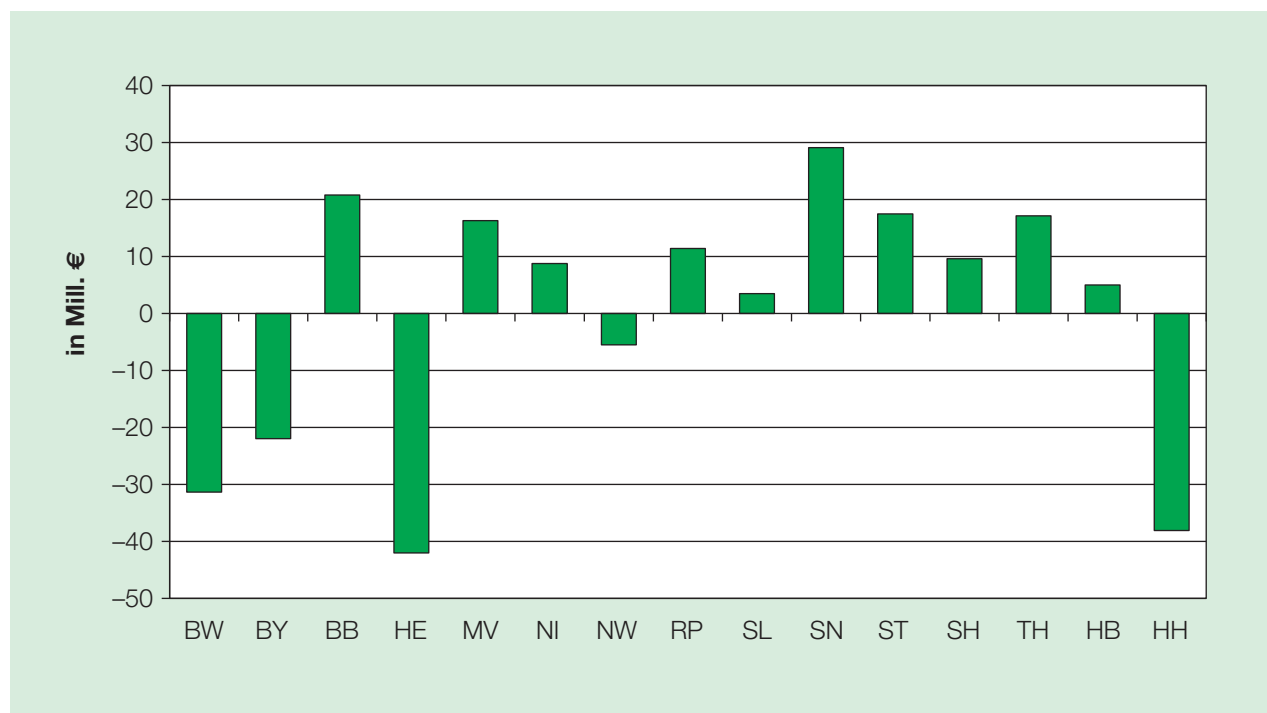
zugrunde, dass das Land Berlin und der Bund auch im Reformszenario dieselbe Finanzmittelausstattung erhalten wie im gegenwärtigen System. Da der Bund nunmehr für die vollständige Finanzierung der Ausgaben Berlins verantwortlich wäre, müsste er die Mittel für die verbleibenden Länder entsprechend kürzen, wenn sein eigenes Budget unverändert bleiben soll. Gemäß Art. 106 Abs. 4 GG würde dies über eine Anpassung bei den Anteilen von Bund und Ländern an der Umsatzsteuer geschehen.

Für die Simulationsrechnung werden Berlin zunächst die einkommensbasierten Gemeinschaftssteuern sowie die Landes- und Gemeindesteuern wie bisher im bundesstaatlichen Finanzausgleich zugerechnet – die Einnahmen bei den anderen Ländern ändern sich diesbezüglich demnach nicht. Erst bei der Umsatzsteuerverteilung wird Berlin nicht mehr berücksichtigt. Da Berlin vorher rund 3,8 Mrd. € Umsatzsteuer erhielt, wird der Länderanteil am Umsatzsteueraufkommen um diesen Betrag gekürzt, der Bundesanteil entsprechend aufgestockt. Der Rest wird nach den geltenden Regeln auf die verbleibenden Länder verteilt. Im Länderfinanzausgleich i. e. S. erhielt Berlin gut 3,2 Mrd. €. Dieser Betrag wird ebenfalls vorab vom Länderanteil an der Umsatzsteuer abgezogen und dem Bund zugesprochen. Die Regelungen des Länderfinanzausgleichs bleiben ansonsten unangetastet. Würde man auf dieser Grundlage die Allgemeinen Bun-

desergänzungszuweisungen berechnen, so würden diese einschließlich des Betrags, den Berlin ursprünglich als Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen vom Bund erhielt, um etwa 879 Mill. € ansteigen. Da annahm gemäß das Budget des Bundes nicht zusätzlich belastet werden soll, muss auch dieser Betrag vom Länderanteil an der Umsatzsteuer abgezogen werden. Der Länderanteil an der Umsatzsteuer wird damit insgesamt um knapp 8 Mrd. € vermindert, der des Bundes entsprechend angehoben. Die resultierenden Veränderungen der Gesamteinnahmen nach Länderfinanzausgleich und Allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen für die verbleibenden Länder sind in Abbildung 2 dargestellt.

Alle zahlungspflichtigen Länder im Länderfinanzausgleich müssen Einnahmeeinbußen hinnehmen, ebenso Nordrhein-Westfalen. Von der Ausgliederung Berlins profitieren hingegen vor allem die ostdeutschen Länder.³ Zu beachten ist dabei jedoch, dass die Veränderungen der Gesamteinnahmen nach Länderfinanzausgleich und Allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen (–42 Mill. € bis +29 Mill. €) relativ zu den Beiträgen und Zuweisungen im Länderfinanzausgleich i. e. S. (–3.797 Mill. € bis +3.224 Mill. €) äußerst gering ausfallen. Zudem lässt sich festhalten, dass das Gesamtvolumen des Länderfinanzausgleichs nicht um den Betrag der Zuweisungen an Berlin (3,2 Mrd. €) zurückgeht, sondern nur um rund die Hälfte (–1,6 Mrd. €).

Abbildung 2: Fiskalische Auswirkungen einer Nichtberücksichtigung Berlins in allen Stufen des Länderfinanzausgleichs für das Jahr 2012



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Berlin: Sexy vielleicht, auf jeden Fall aber arm

Sucht man nach dem Grund für die hohen Zuweisungen, die Berlin im Rahmen des Länderfinanzausgleichs erhält, muss man die originäre Finanzkraft Berlins genauer betrachten. Abbildung 3 stellt die Finanzkraft der Länder in Relation zu ihren Finanzbedarfen – vor etwaigen Korrekturen durch den Länderfinanzausgleich i. e. S. – dar.

Berlin weist mit Abstand die geringste Finanzkraft aller Bundesländer auf. Der Abstand zum einkommensstärksten Bundesland Bayern beträgt fast 50 Prozentpunkte, zu einer angemessenen Ausstattung (Verhältnis = 100) immer noch gut 31 Prozentpunkte. Dabei kommt auch die Besonderheit zum Tragen, dass Berlin, obwohl Hauptstadtregion, hinter der durchschnittlichen Wirtschaftskraft des gesamten Landes zurückbleibt; eine in Europa einzigartige Situation, wie Abbildung 4 verdeutlicht.

In fast allen Ländern Europas liegt die Wirtschaftskraft der Hauptstadt über der nationalen Wirtschaftskraft, was durch Werte größer eins dargestellt wird (abgebildet ist auf beiden Achsen jeweils das Verhältnis von Hauptstadt zum Landesdurchschnitt). Liegen die Werte hingegen unter eins, bleibt die Hauptstadtregion hinter dem nationalen Durchschnitt zurück. Berlin ist die einzige Hauptstadt Europas, für die dies sowohl im Hinblick auf die Wirtschaftskraft (Bruttoinlandsprodukt je Einwohner) als auch auf die Einkommen der privaten Haushalte gilt.

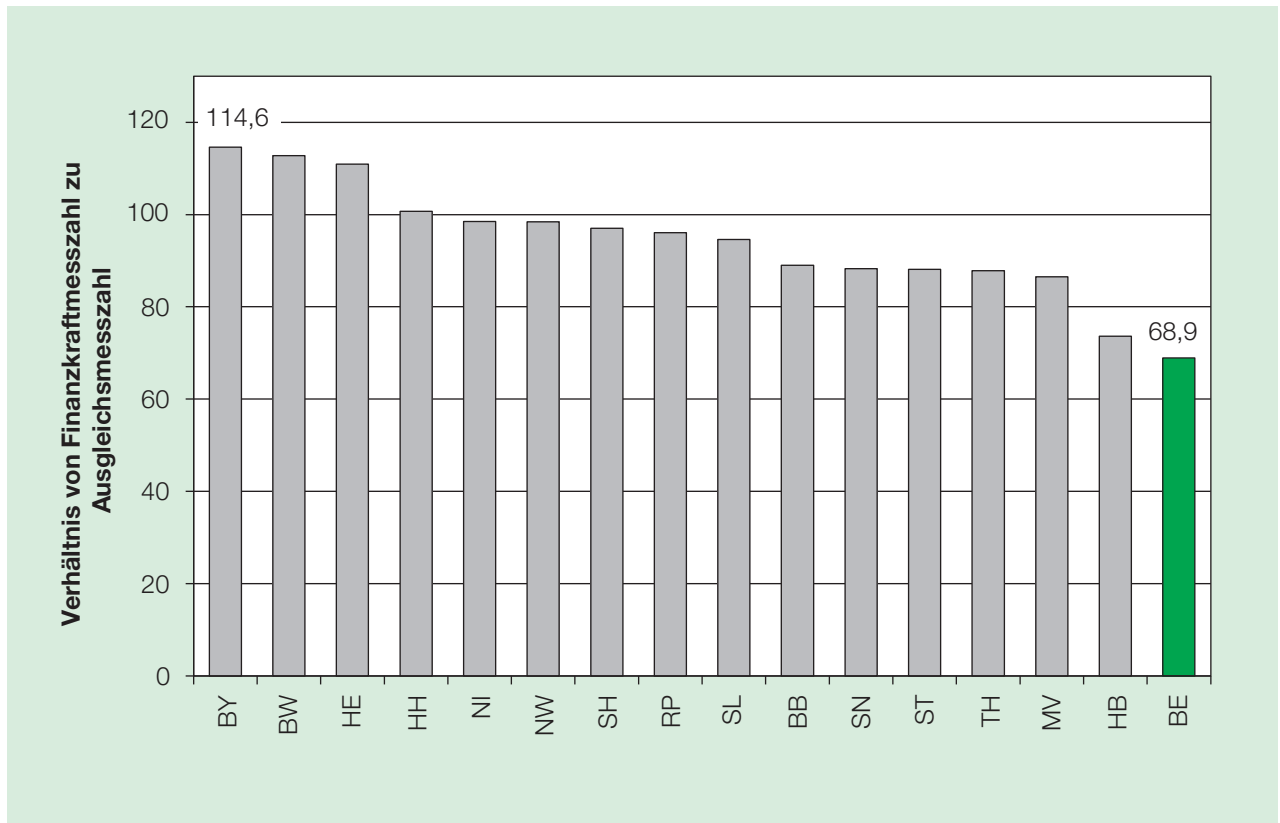
Berlin ist also, unabhängig vom Hauptstadtstatus, vor allem relativ arm. Seine Finanzkraft reicht bei weitem nicht aus, um die ihm zukommenden Aufgaben erfüllen zu können. Um diese Finanzschwäche auszugleichen, bedarf es folglich erheblicher Transferzahlungen. Solange der Länderfinanzausgleich eine Angleichung der Finanzkraft der Länder zum Ziel hat, wird Berlin somit auch weiterhin hohe Zahlungen für die Zielerreichung benötigen.

Dass die Zuweisungen im Länderfinanzausgleich i. e. S. gegenwärtig so hoch ausfallen, liegt an den hohen Ausgleichsbedarfen (je Einwohner) einerseits und an der relativ hohen Bevölkerungszahl andererseits. Tatsächlich zeigt sich, dass die Zuweisungen an das Land Bremen mit 795€ je Einwohner ähnlich hoch sind (Berlin: 948€ je Einwohner). Das deutlich geringere Zuweisungsvolumen an Bremen (0,5 Mrd. € vs. 3,2 Mrd. €) leitet sich somit vor allem aus der deutlich geringeren Einwohnerzahl Bremens ab.

Gibt es überhaupt „Hauptstadtlasten“?

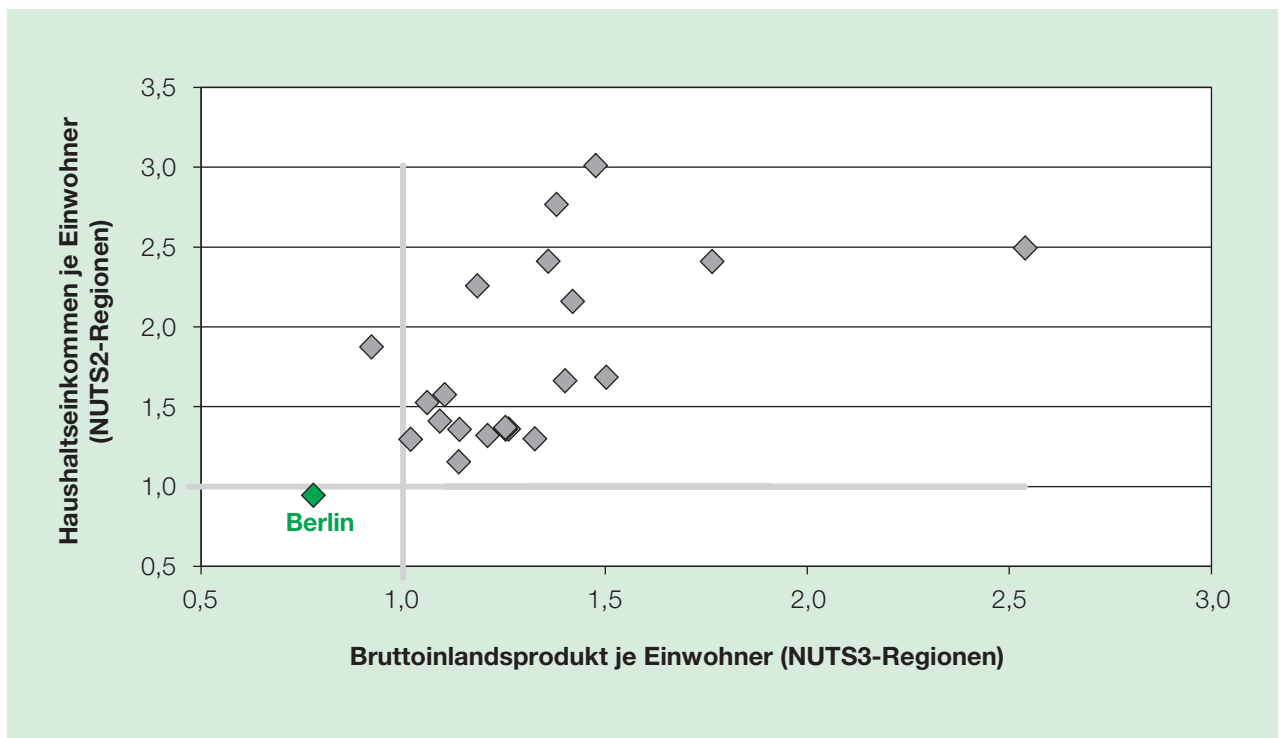
Während die Berechnungen gezeigt haben, dass die Geberländer nicht mit einer Entlastung rechnen können, muss auch die von den Geberländern angeführte Begründung einer Umwidmung Berlins zum Bundesgebiet – die Finanzierung von „Hauptstadtlasten“ sei Aufgabe des Bundes und nicht der Ländergemeinschaft – in Frage gestellt

Abbildung 3: Finanzkraft der Bundesländer in Relation zur Ausgleichsmesszahl
(vor Länderfinanzausgleich i. e. S., im Jahr 2012)



Quellen: Bundesministerium der Finanzen (2013), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 4: Wirtschaftskraft europäischer Hauptstadtregionen im Jahr 2010 im Vergleich



Quellen: Eurostat (2013a-c), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

werden. Tabelle 1 zeigt die vom Berliner Senat ermittelte Belastung des Landeshaushaltes durch laufende Ausgaben (ohne Bauvorhaben), die in Zusammenhang mit dem Status Berlins als Bundeshauptstadt stehen. Insgesamt zahlt das Land Berlin hierfür 135,7 Mill. €, von denen der Bund gemäß Hauptstadtfinanzierungsvertrag 2007⁴ jedoch einen Teil erstattet. Einzig die verbleibenden Zahlungen in Höhe von 65,6 Mill. €, die allein das Land Berlin zu tragen hat, können demnach als „Hauptstadttausgaben“ gelten. Das Volumen dieser Ausgaben entspricht lediglich 0,3 % des rund 23 Mrd. € umfassenden Berliner Landeshaushaltes.

Anders gewendet: 99,7 % der Berliner Ausgaben sind Landesausgaben, die *nicht* in Zusammenhang mit der Bundeshauptstadtfunktion Berlins stehen. Eine Finanzierung Berlins durch den Bund lässt sich damit unter Verweis auf eine besondere Ausgabenbelastung nicht rechtfertigen. Mehr noch, es bestehen sogar einnahmeseitige *Vorteile* des Hauptstadtstatus, z. B. durch höhere Steuereinnahmen (Tourismus, Einkommen der Bediensteten der Bundesverwaltung) sowie Migrationsgewinne im Länderfinanzausgleich, die GEPPERT und VESPER (2006) insgesamt mit 45 Mill. € veranschlagen. Der fiskalische Nettoeffekt der Hauptstadtfunktion Berlins ist im Verhältnis zum Berliner Landeshaushalt vernachlässigbar klein. Der Hauptstadtstatus Berlins per se liefert damit keine Rechtfertigung für eine Finanzierung durch den Bund.

Bundesdeutsche Haushaltspolitik für Berlin: demokratiepolitisch bizarr

Der Vorschlag wirft darüber hinaus erhebliche demokratiepolitische Bedenken auf. Wie beschrieben würde Berlin als Bundesgebiet wie Washington, D. C. direkt aus dem vom Bundesparlament zu beschließenden Haushalt finanziert werden. Bundestagsabgeordnete müssten dann zusätzlich neben dem Bundeshaushalt auch über die kleinteilige, regionale Ausgabenpolitik Berlins befinden. Lokale Präferenzen bezüglich der Verteilung öffentlicher Mittel würden damit deutlich schlechter als bisher berücksichtigt werden.

Auch sämtliche Landesgesetzgebungskompetenzen, etwa im Bereich des Gesundheits-, Schul- und Ordnungsrechts, müssten vom Deutschen Bundestag wahrgenommen werden. Abgesehen von der rechtspolitischen Massivität des Eingriffs in die föderale Aufgabenverteilung würde dies zu einer bizarren demokratiepolitischen Asymmetrie führen: Können beispielsweise über die Bildungspolitik Hessens weiterhin *ausschließlich* hessische Bürgerinnen und Bürger entscheiden, würde die Bildungspolitik Berlins letzten Endes durch die gesamtdeutsche Bevölkerung bestimmt werden. Ausgerechnet Berlinerinnen und Berliner wären hiervon jedoch teilweise ausgenommen, da Berlin über den fehlenden Bundesratssitz nicht mehr vollständig an Entscheidungen des Bundes beteiligt wäre.

Tabelle 1: Hauptstadtbedingte laufende Ausgaben Berlins (ohne Bauvorhaben, in Mill. €)

Ausgabe	Gesamt	Anteil Land	Anteil Bund
Hauptstadtbedingte Sicherheitsmaßnahmen ^a	116,7	56,7	60
Mehrbelastung der Berliner Justiz ^b	8,6	8,6	0
Sowjetische Ehrenmale und Soldatenfriedhöfe	0,5	0,3	0,2
Hauptstadtkulturfonds	9,9	0	9,9
Summe	135,7	65,6	70,1

a) Haushaltsansatz für 2014. – b) Z. B. durch eine erhöhte Zahl von Verwaltungsgerichtsverfahren; Ausgaben von 2012.

Anmerkung: Bau- und Sanierungsvorhaben, z. B. die Sanierung der Staatsoper Unter den Linden, können aufgrund des längerfristigen Finanzierungszeitraums nicht berücksichtigt werden. Derartige Infrastrukturvorhaben werden jedoch zu erheblichen Teilen vom Bund kofinanziert und kommen tendenziell eher Berliner Einwohnerinnen und Einwohnern zu Gute.

Quellen: LT-Drs. 17/1305 (BE), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Fazit

Der Vorschlag, Berlin in ein direktes Bundesgebiet umzuwandeln, kann weder aus ökonomischer noch demokratiepolitischer Sicht überzeugen. So fehlt bereits der wesentlichen Begründung eines solchen Vorschlags – vorgeblich hohe „Hauptstadtlasten“, die Aufgabe des Bundes und nicht der Ländergemeinschaft seien – die empirische Fundierung. Lediglich laufende Ausgaben in Höhe von 65,6 Mill. € (0,3 % des Landeshaushalts) rühren aus der Funktion Berlins als Bundeshauptstadt und werden heute noch nicht durch den Bund erstattet. Die hohen Zahlungen an Berlin im Länderfinanzausgleich haben ihre Ursache in der schwachen Wirtschafts- und Finanzkraft Berlins, die auch bei einer Umwandlung in ein Bundesgebiet unverändert fortbestünde. Der Bund müsste bei einer Finanzierung Berlins daher durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer kompensiert werden. Mit einem für die Ideengeber des Vorschlags absurden Ergebnis: Gerade Bayern, Hessen und Baden-Württemberg würden bei einer Ausgliederung Berlins im Ergebnis fiskalisch *schlechter* gestellt werden als im Status quo. Der Vorschlag eines Bundesgebiets Berlin hat sich jedoch schon jetzt zum Bumerang für die Geberländer entwickelt: Die Kompromissbereitschaft der Nehmerländer in der geplanten Föderalismuskommission dürfte angesichts des Vorstoßes der Geberländer kaum gestiegen sein.⁵

Literatur

- BMF – BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (Hrsg.) (2013): Zusammenfassung der Abrechnungsergebnisse des Länderfinanzausgleichs für die Jahre ab 1995, http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/Zusammenfassung-Abrechnungsergebnisse-ab1995.pdf?__blob=publicationFile&v=2, abgerufen am 17. Januar 2014, Berlin.
- EUROSTAT (Hrsg.) (2013a): Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu laufenden Marktpreisen nach NUTS-3-Regionen [nama_r_e3gdp], abgerufen am 06.01.2014, Luxemburg.
- EUROSTAT (Hrsg.) (2013b): Bevölkerung im Jahresdurchschnitt zur Berechnung des BIP, nach NUTS-3-Regionen [nama_r_e3popgdp], abgerufen am 06.01.2014, Luxemburg.

- EUROSTAT (Hrsg.) (2013c): Haushaltseinkommen nach NUTS-2-Regionen [nama_r_ehh2inc], abgerufen am 06.01.2014, Luxemburg.
- GEPPERT, K. und D. VESPER (2006): Einnahmen- und Ausgabeneffekte der Hauptstadtfunction für Berlin, DIW Berlin: Politikberatung kompakt 14, DIW, Berlin.
- GREIVE, M. und M. KAMANN (2013): Länderfinanzen: Schwaben drohen Berlin mit Rauswurf aus Bundesrat, Die Welt online vom 04.12.13, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article122546452/Schwaben-drohen-Berlin-mit-Rauswurf-aus-Bundesrat.html>, abgerufen am 15.01.2014.
- KUNTZE, M. (2013): Ein Länderfinanzausgleich ohne Berlin – Gewinner und Verlierer. In: Wirtschaftsdienst 93, S. 170–174.
- VITZTHUM, T. S. (2012): Klamme Hauptstadt: Berlin droht Entmündigung à la Washington D.C., Die Welt Online vom 26.01.2012, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13835890/Berlin-droht-Entmuendigung-a-la-Washington-D-C.html>, abgerufen am 15.01.2014.
- VON BEBENBURG, P. (2013): Länderfinanzausgleich: Hessen und Bayern reichen Klage ein, Frankfurter Rundschau online vom 25.03.2013, <http://www.fr-online.de/politik/laenderfinanzausgleich-hessen-und-bayern-reichen-klage-ein,1472596,22206562.html>, abgerufen am 15.01.2014.

¹ Dabei werden einerseits die Steuereinnahmen der Gemeinden nur zu 64 % berücksichtigt (§ 8 Abs. 3 FAG). Andererseits wird durch das Prämienmodell den Ländern mit überdurchschnittlichen Steuerzuwächsen ein stärkerer Teil der Landessteuern zugestanden, indem 12 % der überdurchschnittlichen Steuerzuwächse im Haushalt verbleiben und nicht in die Berechnung der Ausgleichszahlungen einbezogen werden (§ 7 Abs. 3 FAG).

² Darüber hinaus werden abstrakte Mehrbedarfe durch eine veränderte Gewichtung der Einwohner berücksichtigt. Dies kommt vor allem bei den Stadtstaaten zu tragen, deren Einwohnern ein um 35 % erhöhter Finanzbedarf zugestanden wird.

³ KUNTZE (2013) wählt auf Basis des Länderfinanzausgleichs des Jahres 2010 ein ähnliches Vorgehen zur Berechnung der Auswirkungen einer Ausgliederung Berlins. Die Resultate entsprechen qualitativ den hier dargestellten.

⁴ Vertrag über die aus der Hauptstadtfunction Berlins abgeleitete Kulturförderung und die Abgeltung von Sonderbelastungen der Bundeshauptstadt – Hauptstadtfinanzierungsvertrag 2007, LT-Drs. 16/1064 (BE).

⁵ So wird der Berliner Finanzsenator Ulrich Nußbaum – konfrontiert mit dem Vorschlag eines Bundesgebietes Berlin – mit der spitzen Bemerkung zitiert: „Wenn die Mittel, die wir als Hauptstadt zusätzlich vom Bund erhalten, als Argument für einen Sonderstatus erhalten sollen, dann müsste Stuttgart mit seinem S21-Projekt längst Stuttgart D. C. heißen.“ [zitiert nach GREIVE und KAMANN (2013)].

Aktualisierung der Einnahmeprojektion für den Freistaat Sachsen – Erneut höhere Einnahmen im Ausgangsjahr

Alexander Eck und Johannes Steinbrecher*

Die Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS ist vom SÄCHSISCHEN STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN mit einer jährlichen Projektionsrechnung für die ordentlichen Einnahmen des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025 beauftragt. Der vorliegende Artikel fasst die Ergebnisse der aktuellen Projektionsrechnung kurz zusammen.

Projektionsrechnung zur wirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahr 2025

Für die Langfristprojektion der Einnahmen wird von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von jährlich 0,6% bis 1,1% bis zum Jahr 2025 ausgegangen, welches im Zeitverlauf aufgrund der schwachen Entwicklung des Arbeitsvolumens abnimmt.¹ In der kurzen Frist basieren die Daten auf der angepassten Steuerschätzung des Freistaates Sachsen. Die Steuerschätzung geht davon aus, dass das BIP zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2018 dem BIP-Potenzial gleicht. Da das IFO INSTITUT jedoch einen eigenen (niedrigeren) Potenzialpfad ermittelt, muss im Jahr 2019 – beim Übergang der Schätzung von den Werten der aktuellen Mittelfristigen Finanzplanung des Freistaates Sachsen zu denen des IFO INSTITUTS – eine Anpassung vorgenommen werden. Erst für die Jahre ab 2019 wird ein konjunkturbereinigtes, mittleres Wachstum und Niveau der Steuereinnahmen ausgewiesen.

Entwicklung der Einnahmen bis 2025

Die im November berechneten Einnahmen für das Jahr 2013 lagen über den Ergebnissen auf Basis der Steuerschätzung im Mai – sie verlaufen auch über den Ergebnissen der Vorjahresprojektion [Eck et al. (2013), vgl. Abb. 1].

Die Unterschiede zur Projektion vom Mai 2013 fallen am aktuellen Rand recht deutlich aus: Die gegenwärtigen Einnahmen liegen um rund 350 Mill. € höher als noch im Mai erwartet. Dies liegt darin begründet, dass die Steuerschätzung im November wesentlich besser ausgefallen ist als noch im Mai. Zum Ende des Projektionszeitraumes fallen die Unterschiede kaum noch ins Gewicht: Im Jahr 2025 verbleiben nur noch rund 75 Mill. €

jährliche Mehreinnahmen. Grund hierfür ist neben der realen Entwertung gegenwärtiger Mehreinnahmen vor allem der nahezu unveränderte Wachstumspfad, auf dem die langfristigen Einnahmen ab dem Jahr 2019 basieren. Aufgrund der Abstraktion von konjunkturellen Einflüssen könnten die Einnahmen nur dann deutlich stärker bis zum Ende des Projektionszeitraumes steigen, wenn die langfristigen Wachstumsperspektiven deutlich besser wären und dadurch auch die Entwicklung des Steueraufkommens besser verlief.

Beiden Projektionsrechnungen gemein ist, dass die realen Einnahmen des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025 empfindlich zurückgehen werden. Ausgehend von den aktuellen Rahmendaten muss bis zum Ende des Projektionszeitraums mit einem Rückgang der ordentlichen Landeseinnahmen um etwa 2,8 Mrd. € gerechnet werden. Das entspricht rund 17% des gegenwärtigen Einnahmenvolumens.

Einflussfaktoren der Einnahmeentwicklung

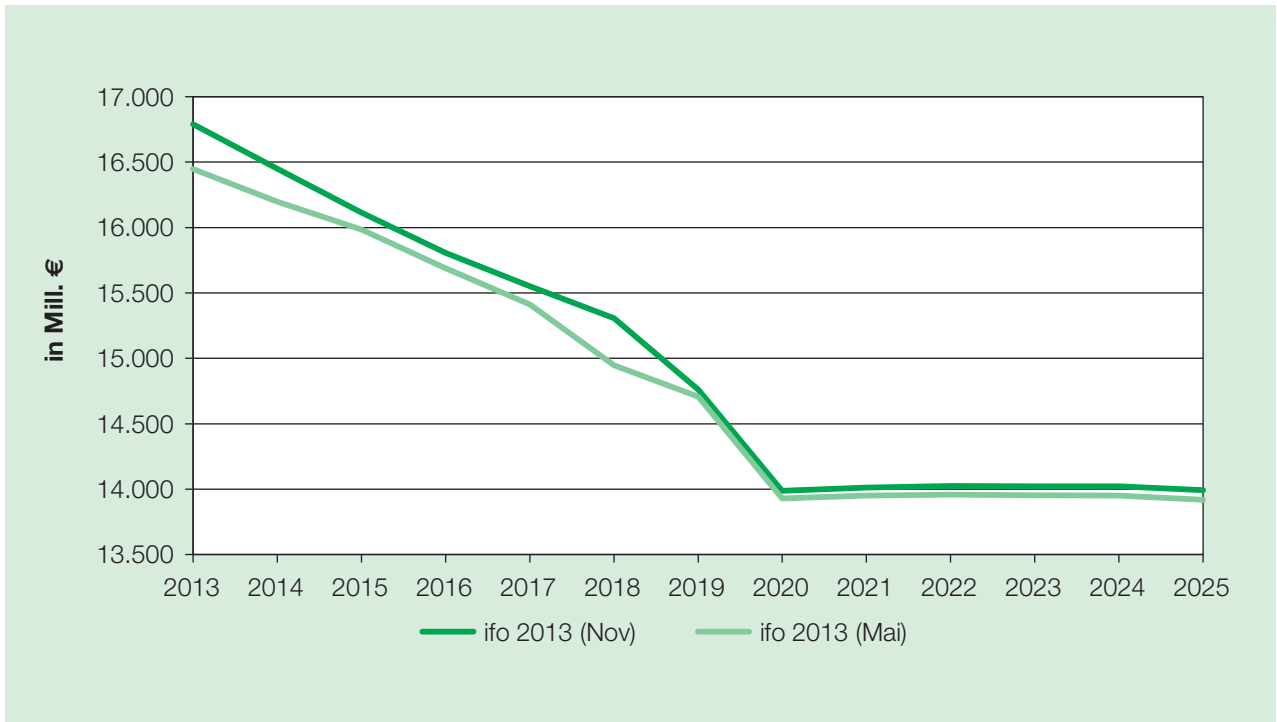
Die wesentlichen Einflussfaktoren der Einnahmeentwicklung zeigen nur geringe Veränderungen gegenüber vorangegangenen Projektionsrechnungen. Für die aktuelle Berechnung sind die Faktoren in Abbildung 2 dargestellt.

Die stärkste kontraktive Wirkung entfaltet nach wie vor der *Osttransfereffekt*. Durch das Auslaufen der ostspezifischen Transfers, insbesondere der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen bis zum Jahr 2019, trägt dieser Effekt mit etwa 2,7 Mrd. € zum Einnahmerückgang bei. Der Osttransfereffekt fällt im Vergleich zur Vorjahresprognose um rund 300 Mill. € geringer aus. Dies liegt jedoch einzig darin begründet, dass das verbleibende Transfervolumen im Vergleich zum Vorjahr bereits um eben diesen Betrag reduziert ist.

Auch der *Bevölkerungseffekt* schlägt negativ zu Buche. Durch den prognostizierten Rückgang der Bevölkerung bis zum Jahr 2025 und die starke Pro-Kopf-Nivellierung der Landeseinnahmen im System des Länderfinanzaus-

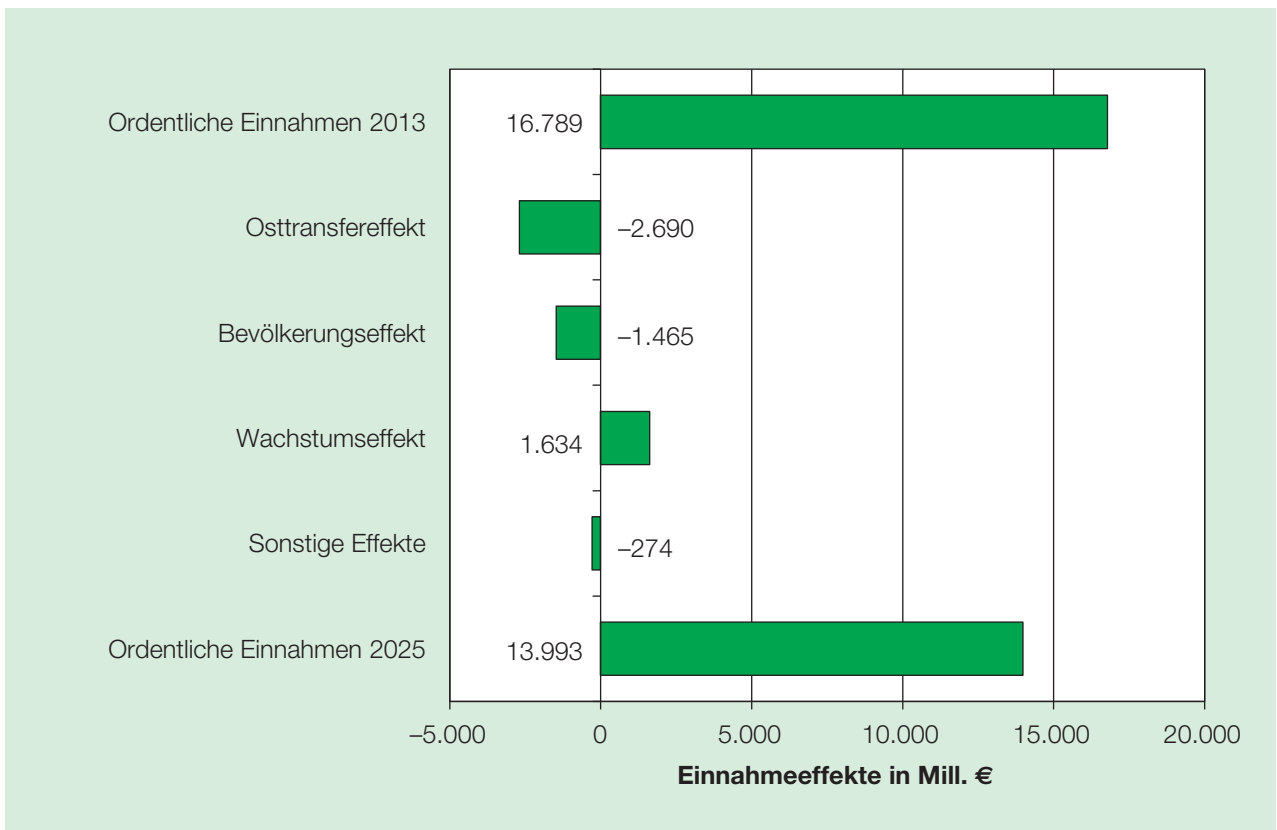
* Alexander Eck und Johannes Steinbrecher sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des Ifo Institut – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abbildung 1: Projektion der Einnahmen des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025 (preisbereinigt, Basisjahr 2013)



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 2: Einflussfaktoren der Einnahmeentwicklung bis zum Jahr 2025 (preisbereinigt, Basisjahr 2013)



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

gleichs sinken die Einnahmen bevölkerungsbedingt um rund 1,5 Mrd. € bis zum Jahr 2025.

Ein weiterer negativer Einfluss wird durch die *Sonstigen Effekte* abgebildet. Diese umfassen im Wesentlichen die reale Entwertung (Kaufkraftbereinigung infolge Inflation) nominal fixierter Zahlungsströme und tragen mit rund 270 Mill. € zum Einnahmerückgang bei.

Dem entgegen steht der Wachstumseffekt. Das Potenzialwachstum fällt zwar niedrig, aber doch positiv aus. Somit dämpft die insgesamt leicht expansive wirtschaftliche Entwicklung über steigende Steuereinnahmen den Rückgang der Einnahmen bis zum Jahr 2025.

Fazit

Obwohl die Landeseinnahmen auch im Jahr 2013 über den Werten der Projektion lagen, gilt auch weiterhin: Die positive Entwicklung am aktuellen Rand kann die langfristige Perspektive nur in geringem Maße verbessern: Der Freistaat Sachsen muss auch weiterhin von deutlichen Einnahmerückgängen bis zum Jahr 2025 ausgehen. Die gegenwärtige Projektion ergibt einen Rückgang der realen Einnahmen um rund 17 % oder 2,8 Mrd. € bis zum Jahr 2025. Insbesondere das Auslaufen der Transferzahlungen, wie der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen, wird empfindliche Löcher in den Landeshaushalt reißen. Auch der zu erwartende Bevölkerungsrückgang trägt erheblich zu den sinkenden Einnahmen bei. Selbst

wenn die wirtschaftliche Entwicklung abermals besser als erwartet ausfällt – und diese Entwicklung auch langfristig anhalten sollte –, kann das Wirtschaftswachstum allein die Einnahmerückgänge nicht vollständig kompensieren.

Referenzen

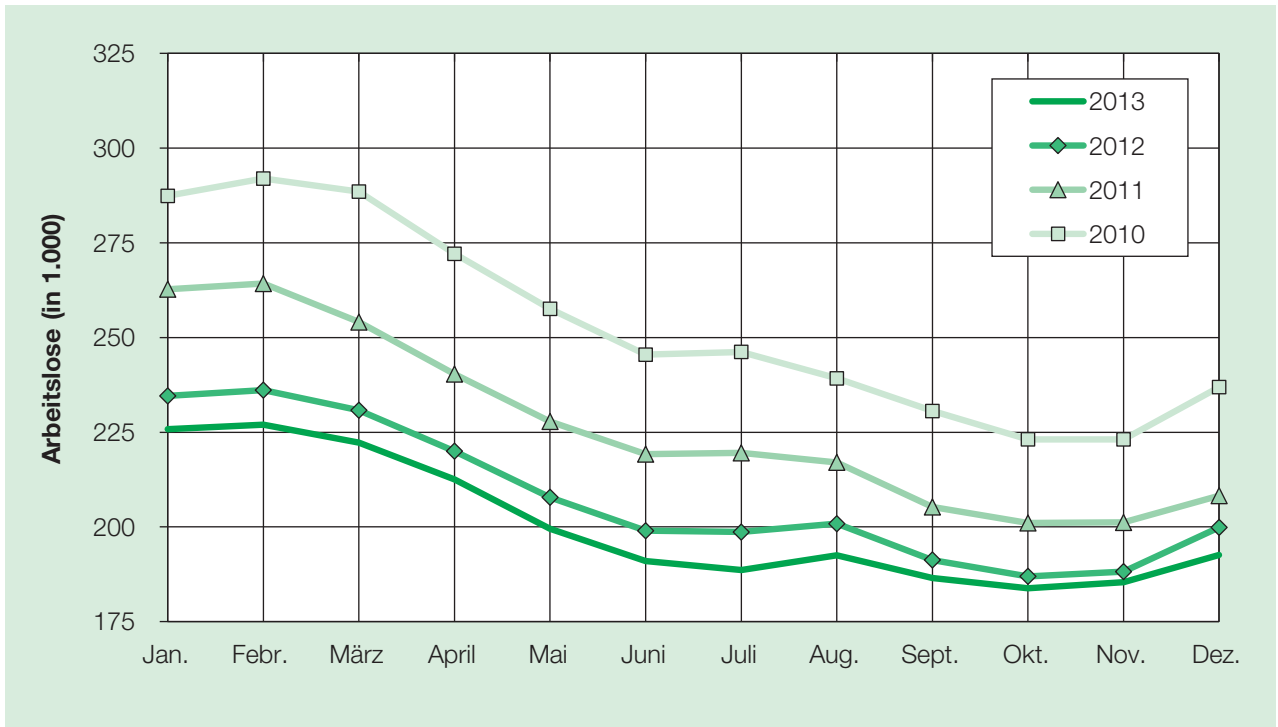
- ECK, A., STEINBRECHER, J. und C. THATER (2012): Langfristige Entwicklung der Landeseinnahmen des Freistaates Sachsen, ifo Dresden berichtet 19 (04), 2012, S. 31–38.
- ECK, A., STEINBRECHER, J. und C. THATER (2013): Einnahmeprojektion für den Freistaat Sachsen – Höhere Steuereinnahmen entlasten nur kurzfristig, ifo Dresden berichtet 20 (01), 2013, S. 47–49.
- PROJEKTGRUPPE GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE (Hrsg.) (2013): Konjunktur zieht an – Haushaltsüberschüsse sinnvoll nutzen, ifo Schnelldienst 66 (20), 2013, S. 3–60.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT (Hrsg.) (2011): Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage: Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden.

¹ Die Ergebnisse der Potenzialschätzung liegen damit etwa auf dem Niveau, welches der SACHVERSTÄNDIGENRAT (2011) ermittelt hat. Kurzfristig wird von einem ähnlichen Wachstum wie von der PROJEKTGRUPPE GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE (2013) erwartet, ausgegangen. Zur Methodik der Potenzialschätzung und Einnahmeprojektion siehe ECK et al. (2012).

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

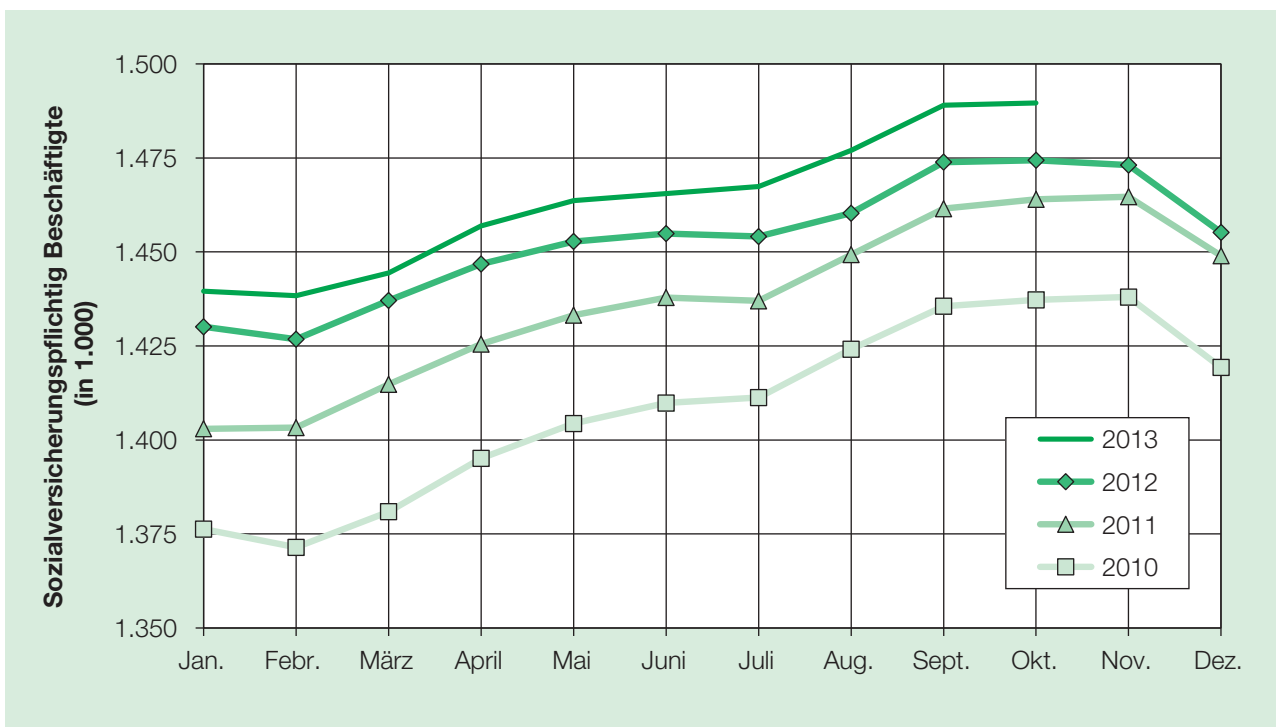
mw

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2010 bis 2013)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (2010 bis 2013)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a			Offene Stellen ^b			Beschäftigungsbegleitende Leistungen ^c		
	Okt. 2013	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2013	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2013	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	784	783	782	10,5	11,0	9,4	5,3	5,5	6,7
Mecklenburg-Vorp.	539	541	536	8,3	8,6	8,0	3,8	4,1	4,7
Sachsen	1.490	1.489	1.475	17,2	18,3	16,9	11,3	12,1	15,6
Sachsen-Anhalt	765	766	765	10,5	11,0	9,8	7,4	7,9	8,5
Thüringen	771	772	767	13,7	14,3	13,1	5,5	5,7	6,5
D Ost (mit Berlin)	5.598	5.596	5.544	79,2	82,2	75,8	41,3	43,4	50,8
D West (ohne Berlin)	24.231	24.184	23.926	332,8	346,1	341,1	67,3	67,9	84,5
D gesamt	29.829	29.780	29.470	414,3	430,7	420,5	108,6	111,4	135,3

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Dez. 2013	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2013	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2013	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	128	124	132	9,6	9,2	9,9	40,9	41,9	40,1
Mecklenburg-Vorp.	100	95	101	11,9	11,3	12,0	33,6	34,6	31,6
Sachsen	193	185	200	9,1	8,7	9,4	37,7	38,1	38,2
Sachsen-Anhalt	126	120	132	10,7	10,1	11,2	36,1	37,3	35,5
Thüringen	90	86	95	7,8	7,4	8,2	35,2	36,2	34,4
D Ost (mit Berlin)	839	810	866	9,9	9,6	10,3	36,2	36,9	35,9
D West (ohne Berlin)	2.033	1.996	1.974	5,9	5,8	5,8	36,3	36,9	35,2
D gesamt	2.873	2.806	2.840	6,7	6,5	6,7	36,3	36,9	35,4

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Als gemeldete Stellen gelten der Bundesagentur für Arbeit gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Ab dem Heft 5/2008 von „ifo Dresden berichtet“ werden aufgrund fehlender Datenaktualisierungen der amtlichen Statistik die Werte der „Beschäftigungsbegleitenden Leistungen“ ausgewiesen. Diese umfassen die „Förderung abhängiger Beschäftigung“ sowie die „Förderung der Selbstständigkeit“. Die Werte sind nicht mit Angaben früherer Hefte zur „Direkten Förderung regulärer Beschäftigung“ vergleichbar. – d) In % aller zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Guter Jahresstart für die sächsische Wirtschaft: ifo Geschäftsklima im Januar 2014 gestiegen

Robert Lehmann*

ifo Geschäftsklima Sachsen im Vergleich

Das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands hat sich im Januar das dritte Mal in Folge verbessert. Auch die Geschäftsklimaindikatoren für die ostdeutschen Bundesländer insgesamt und den Freistaat Sachsen sind zu Jahresbeginn gestiegen (vgl. Abb. 1). Maßgeblich für den Anstieg des Klimaindikatoren für die sächsische Wirtschaft ist die aktuelle Lageeinschätzung der befragten Unternehmen. Mit dieser zeigten sie sich spürbar zufriedener als im Dezember 2013. Die Geschäftserwartungen haben sich hingegen etwas eingetrübt, wenngleich die sächsischen Befragungsteilnehmer weiterhin von einer günstigen Entwicklung ausgehen.

Beschäftigungsbarometer Sachsen

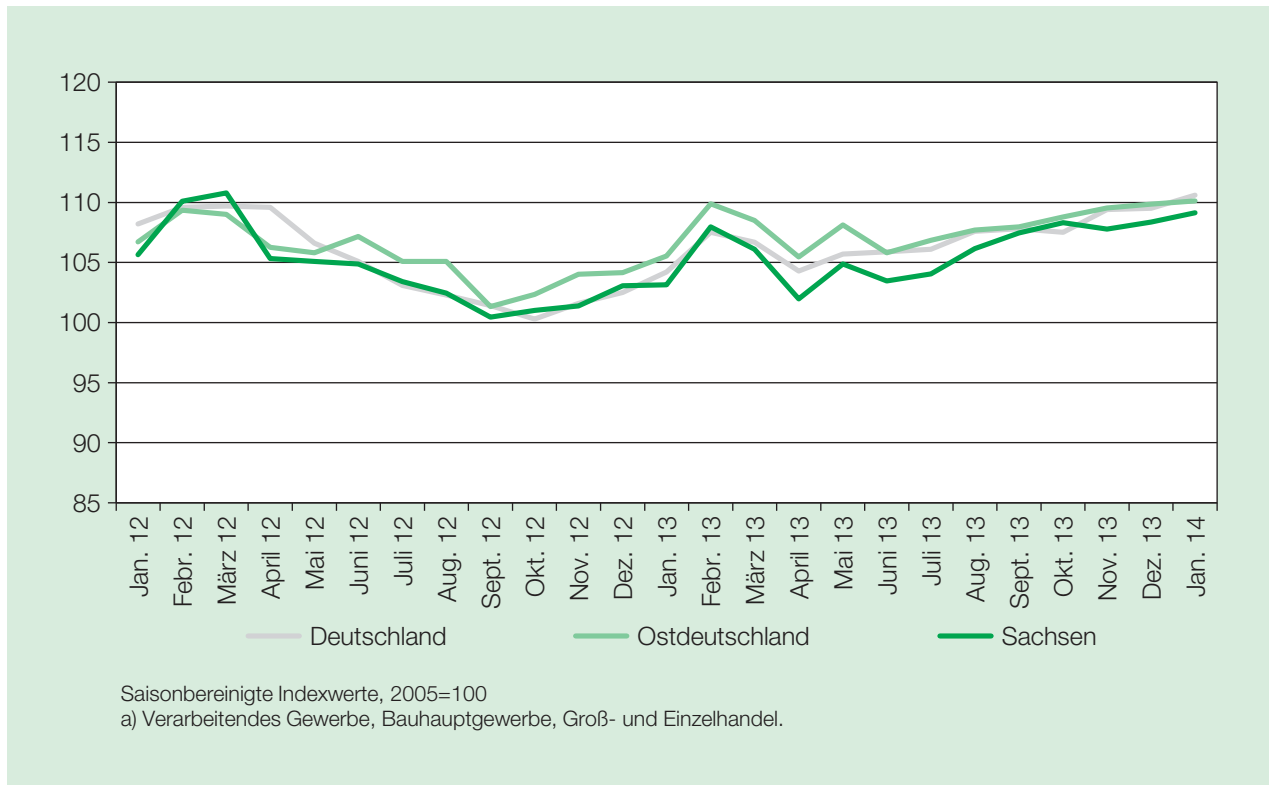
Die Beschäftigungserwartungen für die gewerbliche Wirtschaft Sachsens haben im Januar einen Dämpfer hinnehmen müssen; das ifo Beschäftigungsbarometer ist gefallen (vgl. Abb. 2). Mit Ausnahme des hiesigen Einzelhandels haben die sächsischen Firmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Bauhauptgewerbe und dem Großhandel ihre Beschäftigungspläne nach unten revidiert. Dennoch stehen die Ampeln für den sächsischen Arbeitsmarkt anhaltend auf grün, da das ifo Beschäftigungsbarometer weiterhin im positiven Bereich liegt.

Schwerpunkt: Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens

Im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima weiter aufgehellt (vgl. Abb. 3). Es setzt damit den trendmäßigen Anstieg seit Jahresbeginn 2013 fort. Die konjunkturelle Lage in der sächsischen Industrie verbessert sich anhaltend, da die befragten Unternehmen mit ihrer momentanen Geschäftssituation doch deutlich zufriedener sind als im Vormonat. Dieses Bild wird durch die Befragung nach der durchschnittlichen Kapazitätsauslastung bestätigt, die im Vergleich zur Befragung vom Oktober 2013 um einen Prozentpunkt zulegt. Positive Impulse für die sächsische Industrie dürften in Zukunft insbesondere vom Außenhandel kommen; die Exporterwartungen hellten sich spürbar auf. Wenngleich die Geschäftserwartungen insgesamt etwas nachgeben, liegen sie dennoch weiterhin im positiven Bereich. Bei den Beschäftigungsplänen gleichen sich positive und negative Angaben der sächsischen Industriefirmen im Januar aus.

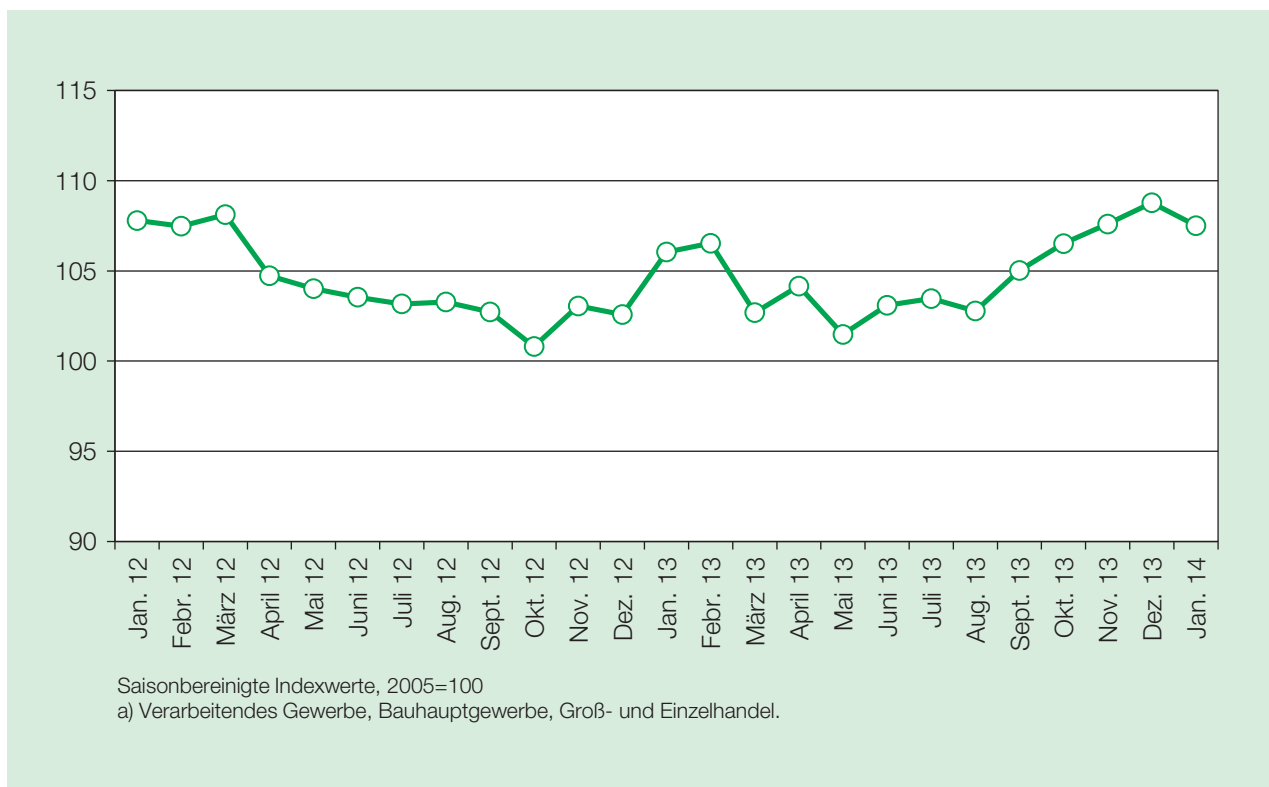
* Robert Lehmann ist Doktorand an der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

**Abbildung 1: Geschäftsklimaindex
Gewerbliche Wirtschaft^a Deutschlands, Ostdeutschlands und Sachsens im Vergleich**



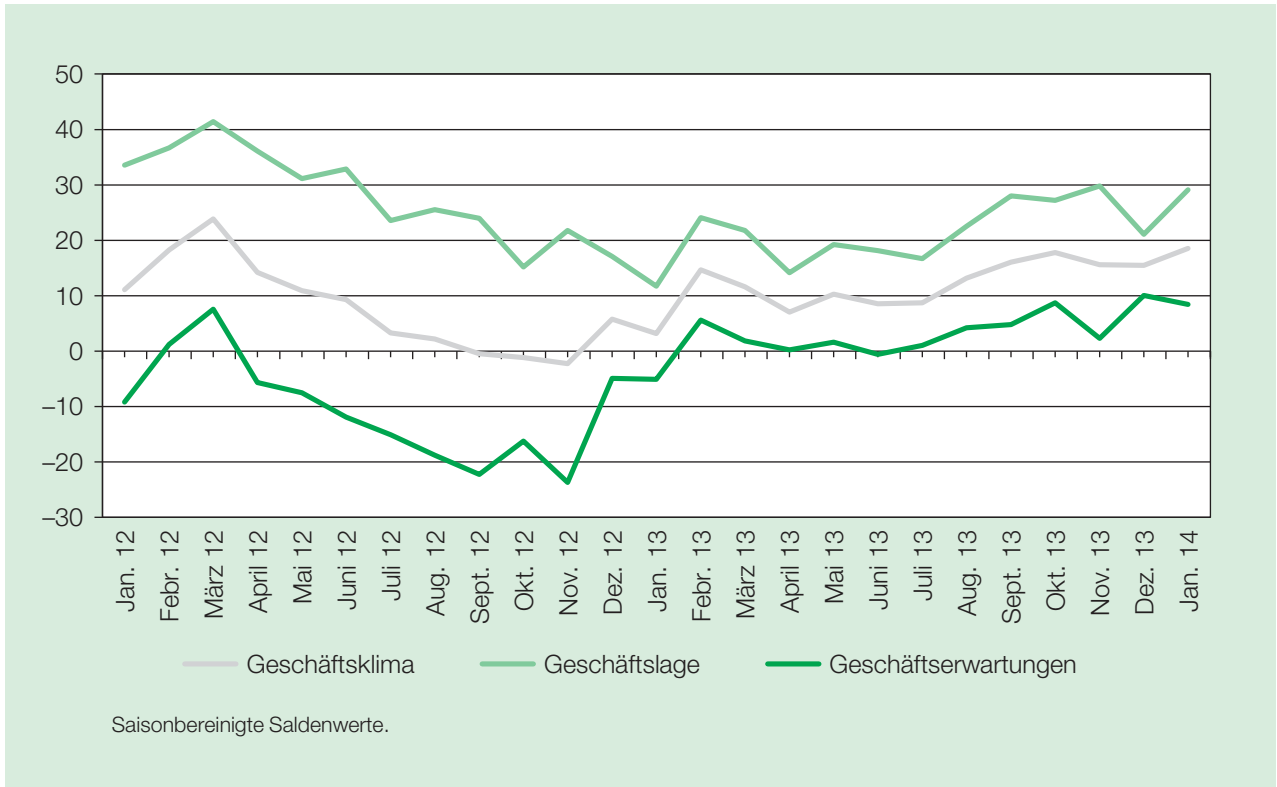
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 2: ifo Beschäftigungsbarometer für die Gewerbliche Wirtschaft^a Sachsens



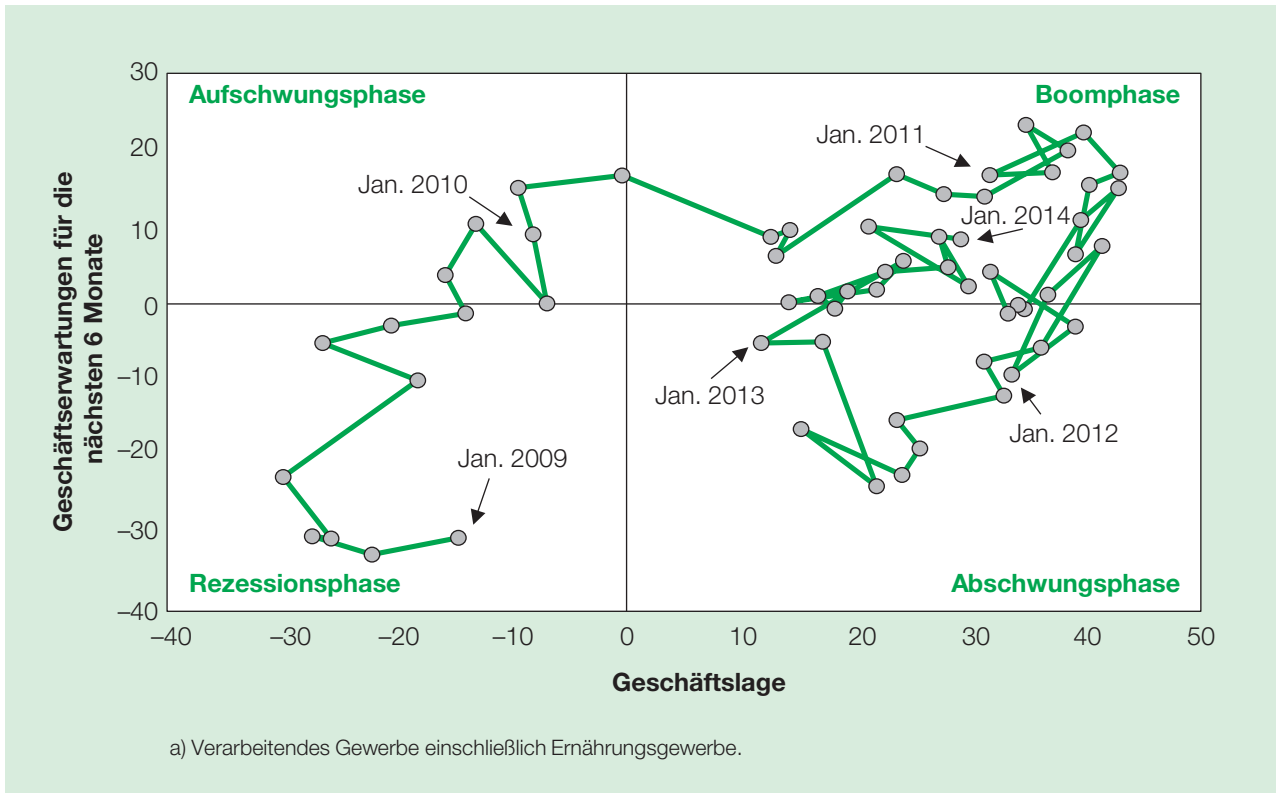
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 3: Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens sowie die Geschäftslage- und Geschäftserwartungssalden



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 4: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe^a Sachsen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest
Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen im Vergleich**

Region	Deutschland		Ostdeutschland		Sachsen	
Zeitpunkt	4. Quartal 2013	3. Quartal 2013	4. Quartal 2013	3. Quartal 2013	4. Quartal 2013	3. Quartal 2013
Verarbeitendes Gewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten) ^a	2,9	2,9	2,6	2,9	2,9	3,2
Kapazitätsauslastung (in %) ^a	83,2	83,2	80,4	79,9	83,3	81,4
Exportgeschäft – Erwartungen ^b	14,1	9,4	4,4	3,7	2,3	2,5
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	-0,2	-3,4	0,8	-1,0	0,7	-6,2
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	5,8	3,2	3,1	4,0	2,8	4,1
Bauhauptgewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten) ^a	2,9	3,0	2,8	2,8	3,0	2,9
Kapazitätsauslastung (in %) ^a	74,3	74,0	75,9	76,7	75,2	75,4
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	4,7	-0,7	6,7	-3,0	12,2	-1,4
Baupreise – Erwartungen ^b	-8,9	-7,5	-11,3	-7,8	-6,3	-7,3
Großhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	5,7	3,0	-9,0	-8,0	-11,7	-15,0
Bestellpläne ^b	4,6	-3,0	-1,1	-4,3	-8,0	-11,6
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	16,8	8,9	32,2	27,4	34,5	27,9
Einzelhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	4,3	2,0	-3,7	-17,0	-0,3	-21,7
Bestellpläne ^b	-3,4	-5,7	-17,9	-23,9	-14,5	-29,7
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	12,1	13,1	13,0	16,9	9,3	4,9
Die Angaben basieren auf saisonbereinigten Werten (Ausnahme: Umsatz gegen Vorjahr).						
a) Durchschnitte. – b) Salden der Prozentanteile von positiven und negativen Unternehmensmeldungen.						

Quelle: ifo Konjunkturtest.

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das dritte Quartal 2013¹

Wolfgang Nierhaus*

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat im dritten Vierteljahr 2013 um 0,9% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zugenommen, nach einem deutlichen Rückgang um 1,2% im ersten Halbjahr (vgl. Tab. 1). Ausschlaggebend für die Entwicklung im dritten Vierteljahr waren der deutliche Anstieg der Produktion im **Produzierenden Gewerbe (ohne Bau)** sowie im Sektor **Grundstücks- und Wohnungswesen**. Auch im Bereich **Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation** hat die Wertschöpfung den Vorjahresstand übertroffen. Das **Baugewerbe** verblieb dagegen noch im Minus. Die Trend-Konjunktur-Komponenten zeigen, dass alle betrachteten Wirtschaftsbereiche am aktuellen Rand die konjunkturelle Wende zum Besseren geschafft haben (vgl. Abb. 1).

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. tätig.

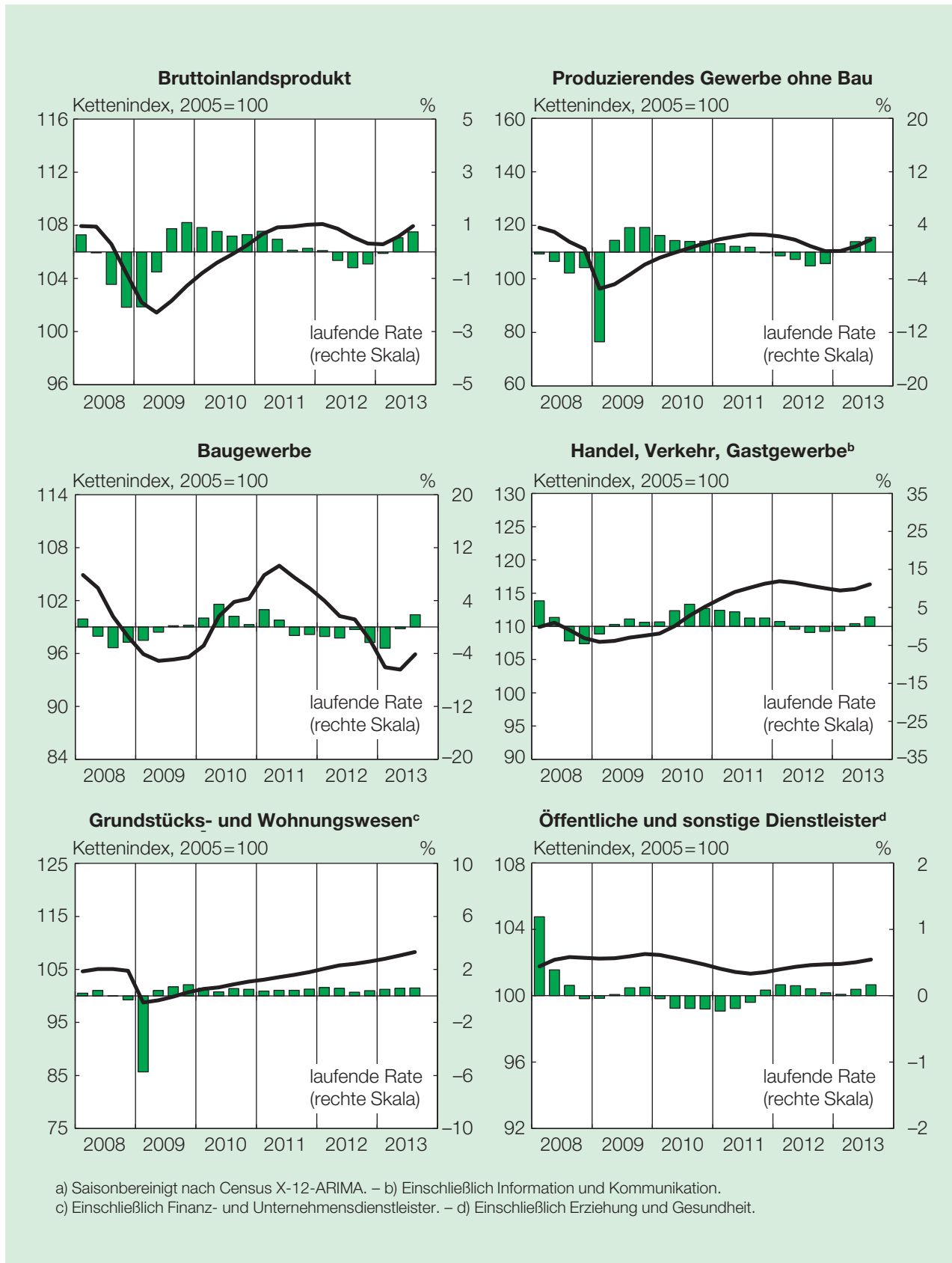
¹ Die Bereitstellung vierteljährlicher Ergebnisse für Sachsen erfolgt in Verantwortung des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen Länderdaten, die vom ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER ermittelt werden. Zudem werden seitens des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN aktuelle konjunkturstatistische Informationen bereitgestellt. Dies erfolgt im Rahmen der 2007 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der Niederlassung Dresden des ifo INSTITUTS. In dieser Ausgabe werden erstmals die Ergebnisse für das dritte Vierteljahr 2013 nachgewiesen. Die Berechnungen sind abgestimmt auf die vom ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER am 24. September 2013 veröffentlichte Halbjahresrechnung des Bruttoinlandsprodukts. Allerdings unterbleibt eine bundesweite Koordinierung, wie dies bei den amtlichen Daten des Arbeitskreises üblich ist. Der vollständige Datensatz für den Zeitraum Q1/1996 bis Q3/2013 steht auf der ifo Dresden Homepage zum Download zur Verfügung. Zur Methodik siehe W. Nierhaus, Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation, in: Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 1–15.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen (preisbereinigt)

Jahr, Vierteljahr	Bruttoinlandsprodukt	Gütersteuern abzüglich Subventionen	Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	Bruttowertschöpfung					
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information u. Kommunikation	Grundstücks- u. Wohnungswesen, Finanz- u. Unternehmensdienstl.	Öffentl. u. sonstige Dienstleister, Erziehung u. Gesundheit
Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %									
1 2011	4,1	8,2	3,7	-1,6	7,2	13,4	5,6	2,4	-0,8
2 2011	2,3	2,3	2,3	-7,4	4,1	5,2	4,4	2,0	-0,8
3 2011	2,2	1,1	2,3	-13,4	6,6	0,7	3,8	1,8	-0,8
4 2011	1,2	0,1	1,4	-15,6	2,2	3,6	2,9	1,5	-0,4
1 2012	0,8	-0,4	0,9	3,9	0,4	-3,8	2,7	2,4	0,0
2 2012	0,0	-2,7	0,3	1,3	0,2	-7,0	1,1	2,0	0,3
3 2012	-0,8	-0,6	-0,8	3,4	-5,2	-2,3	0,1	2,1	0,5
4 2012	-1,1	-0,1	-1,2	2,4	-4,8	-6,3	-0,1	1,8	0,5
1 2013	-1,8	-2,9	-1,7	-6,1	-4,9	-7,9	-2,3	1,8	0,2
2 2013	-0,5	2,0	-0,8	-6,3	-2,7	-5,7	-0,6	1,8	0,3
3 2013	0,9	1,1	0,9	-5,0	3,0	-4,0	0,2	1,9	0,3

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 1: Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)^a



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

ifo Veranstaltungen

Am **20. Dezember 2013** tagte der **32. ifo Arbeitskreis Konjunkturbeobachtung Sachsen** in der Niederlassung Dresden. Herr Dr. Wolf-Dietmar Speich vom STATISTISCHEN LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN eröffnete die Veranstaltung mit einer kompakten Übersicht zur aktuellen Entwicklung des Freistaates aus Sicht der amtlichen Statistik. Uwe Sujata ergänzte anschließend die Aussagen von Dr. Speich mit neuesten Zahlen vom sächsischen Arbeitsmarkt von der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT. Im zweiten Teil der Veranstaltung erläuterte Dr. Wolfgang Nierhaus, wissenschaftlicher Mitarbeiter des IFO INSTITUTS in München, die aktuelle Deutschlandprognose des IFO INSTITUTS. Zudem stellte Robert Lehmann, Mitarbeiter der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS, die Konjunkturprognose für Sachsen und Ostdeutschland für 2013/2014 vor. Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen und Ostdeutschland im ersten Halbjahr 2013 ergab sich eine Vielzahl spannender Diskussionen zwischen den Teilnehmern. Insbesondere über die Tendenzen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen wurde intensiv debattiert. Die 33. Sitzung des Arbeitskreises wird voraussichtlich im Juli 2014 stattfinden.

Am **06. und 07. März 2014** findet der 4. Workshop „**Arbeitsmarkt und Sozialpolitik**“ statt, den die Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS gemeinsam mit der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN veranstaltet. Die thematischen Schwerpunkte der diesjährigen Veranstaltung bilden insbesondere die Alterung der Gesellschaft sowie

verschiedene Aspekte der Arbeitslosigkeit. Für die Leitung des Workshops konnte wiederum Prof. Dr. Alexander Kemnitz von der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN gewonnen werden.

Im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** spricht am **05. März 2014** Prof. Dr. Conny Wunsch von der Universität Basel zum Thema „Herausforderungen moderner Arbeitsmarktpolitik – Erkenntnisse aus zehn Jahren Arbeitsmarktforschung“. Der Vortrag ist öffentlich und findet im Seminarraum der ifo Niederlassung Dresden, in der **Einsteinstraße 3**, statt. Beginn des Vortrags ist um **18:30 Uhr**.

Als weitere Vorträge sind geplant:

21. Mai 2014: Prof. Gabriel Felbermayr, CESifo Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere reale und monetäre Außenwirtschaft an der LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT MÜNCHEN

24. September 2014: Prof. Dr. Erik Gawel, Departmentleiter Ökonomie am HELMHOLTZ-ZENTRUM FÜR UMWELTFORSCHUNG (UFZ) Leipzig und Direktor des Instituts für Infrastruktur- und Ressourcenmanagement der UNIVERSITÄT LEIPZIG.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Vorträge

Lehmann, Robert, „The political economy of medium-term financial planning – Evidence from German states“, Vortrag im Brown Bag Seminar der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN, **09. 12. 2013**, Dresden.

Lehmann, Robert, „On the political economy of tax revenue forecasts – Evidence from OECD countries“, Vortrag im Rahmen des 12. Finanzwissenschaftlichen Seminars am WZB WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN FÜR SOZIALFORSCHUNG, **13. 12. 2013**, Berlin.

Lehmann, Robert, „Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2013/2014: Aufschwung ins nächste Jahr verschoben“, Vortrag beim 32. ifo Arbeitskreis Konjunkturbeobachtung Sachsen in der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS, **20. 12. 2013**, Dresden.

Ragnitz, Joachim: „Erfolgsstrategien für die wirtschaftliche Entwicklung in Mitteldeutschland“, Vortrag beim WIRTSCHAFTSRAT DER CDU, Sektion Erfurt, **17. 01. 2014**, Erfurt.

Thum, Marcel, „The Tax Evasion of Firms, Corruption and Tax Loopholes“, Vortrag an der Universität Marburg, **23. 01. 2014**, Marburg.

Rösel, Felix, „You Scratch My Back, I'll Scratch Yours – Co-Partisanship and Local Government Debt“, Vortrag im Brown Bag Seminar der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN, **14. 01. 2014**, Dresden.

Ragnitz, Joachim, „Aufgaben in der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise“, Vortrag und Podiumsdiskussion anlässlich einer Veranstaltung der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, **23. 01. 2014**, Dresden.

Thum, Marcel, „Faire Arbeit, starke Wirtschaft – Wie wir die Arbeitswelt von morgen gestalten wollen“, Vortrag auf dem ZUKUNFTSKONGRESS 2014 – SACHSENMITEINANDER der SPD Sachsen, **25. 01. 2014**, Internationales Congress Center Dresden.

Ochsner, Christian, „Let's differ, let's suffer: Hierarchical dissimilarities between East and West German firms.“, Vortrag im Brown Bag Seminar der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN, **27. 01. 2014**, Dresden.

Thum, Marcel, „Teams Punish Less“, Vortrag beim Workshop „Ökonomie des Klimawandels“ der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT (TU) DRESDEN, **31. 01. 2014**, Dresden.

Ragnitz, Joachim, „Möglichkeiten zur Überwindung der Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft“, Workshop beim THÜRINGER MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND TECHNOLOGIE, **03. 02. 2014**, Erfurt.

Thum, Marcel, „Teams Punish Less“, Vortrag beim Volkswirtschaftlichen Forschungsseminar der UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN, **05. 02. 2014**, Duisburg.

Ragnitz, Joachim, „Aufgaben in der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise“, Vortrag und Podiumsdiskussion anlässlich einer Veranstaltung der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, **06. 02. 2014**, Chemnitz.

Steinbrecher, Johannes, „Director's Expertise in Bank Efficiency“, Vortrag im Brown Bag Seminar der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN, **10. 02. 2014**, Dresden.

ifo Veröffentlichungen

ifo Dresden Studie 68: Bildungsland Sachsen – Eine Zukunftsinvestition für Deutschland

Stefan Arent, Wolfgang Nagl und Joachim Ragnitz, 90 S., zahlreiche Abbildungen und Tabellen, München/Dresden 2013.

ISBN 978-3-88512-534-1, 15,- €, zzgl. Versandkosten.

Bildung ist eine der zentralen Aufgaben der Länder in Deutschland. So können die Bundesländer die Bildungspolitik weitgehend alleine gestalten, müssen allerdings auch die Ausgaben dafür tragen. Die Bildungsausgaben stellen somit einen der größten Posten in den Länderhaushalten dar. Ökonomisch interessant werden die föderalen Bildungsausgaben vor dem Hintergrund der innerdeutschen Wanderungen. Am Beispiel Sachsens wird gezeigt, dass dem Freistaat infolge der Wanderungsströme netto Bildungsinvestitionen aus den anderen ostdeutschen Bundesländern zufließen, aber Bildungsinvestitionen nach den westdeutschen Bundesländern abfließen. Insgesamt verliert Sachsen mehr Bildungsinvestitionen als es gewinnt.

ifo Dresden Studie 70: Bedarf an berufsschulischen Einrichtungen im Direktionsbezirk Dresden

Jan Kluge, Joachim Ragnitz und Johannes Steinbrecher, 120 S., zahlreiche Abbildungen und Tabellen, München/Dresden 2013.

ISBN 978-3-88512-549-5, 15,- €, zzgl. Versandkosten.

Die Untersuchung widmet sich der Fragestellung, wie sich die Berufsschullandschaft im Kammerbezirk Dresden nachfragegerecht an die demographischen Herausforderungen anpassen lässt. Dabei stehen die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen und der Erhalt eines breiten Schulnetzes bei sinkenden Schülerzahlen zueinander im Widerspruch. Ziel der Studie ist es, die durch die ausbildenden Betriebe wahrgenommenen Bedarfe den demographischen und politischen Rahmenbedingungen gegenüberzustellen. Dazu wurden 5.000 Unternehmen der HANDWERKSKAMMER DRESDEN bzw. der INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER DRESDEN sowie sämtliche berufsschulische

Einrichtungen im Kammerbezirk Dresden postalisch befragt. Um die Einschätzung der politischen Entscheidungsträger berücksichtigen zu können, wurden außerdem mit Vertretern der Schulträger Interviews geführt.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die bisherigen Unsicherheiten über die Schulstandorte zwar noch keine gravierenden, aber dennoch bereits spürbare Auswirkungen auf die Berufsausbildung im Kammerbezirk Dresden haben. Störungen in der Ausbildung nehmen mit den Standortunsicherheiten zu.

Das bestehende System induziert einen Standortwettbewerb, der für keinen der betroffenen Akteure einen wünschenswerten Ausgang verspricht. Deshalb empfiehlt das Gutachten eine Anpassung des Berufsschulnetzes, deren Schwerpunkt in einer Spezialisierungsstrategie der Schulen liegen sollte. Auf diesem Weg ließe sich ein nachhaltiges und bedarfsgerechtes Berufsschulnetz realisieren, das auch weiterhin den hohen qualitativen Anforderungen des dualen Systems gerecht wird.

KLUGE, JAN und ROBERT LEHMANN (2013): „Marshall or Jacobs? New insights from an interaction model“, Jahrbuch für regionalwissenschaft: Review of Regional Research 33 (2), 2013, S. 107–133.

LEHMANN, ROBERT und KLAUS WOHLRABE (2013): „Forecasting GDP at the regional level with many predictors“, Munich Discussion Paper No. 2013–13.

LEHMANN, ROBERT und KLAUS WOHLRABE (2013): „Forecasting gross value-added at the regional level: Are sectoral disaggregated predictions superior to direct ones?“, ifo Working Paper No. 171.

LEHMANN, ROBERT und KLAUS WOHLRABE (2014): „Forecasting gross value-added at the regional level: Are sectoral disaggregated predictions superior to direct ones?“, Review of Regional Research: Jahrbuch für Regionalwissenschaft 34 (1), 2014, S. 61–90.

ifo Dresden Studie 70

Bedarf an berufsschulischen Einrichtungen im Direktionsbezirk Dresden

*Jan Kluge, Joachim Ragnitz
und Johannes Steinbrecher*
ISBN 978-3-88512-549-5

**120 Seiten, zahlreiche Abbildungen
und Tabellen, München/Dresden 2013,
15,- €, zzgl. Versandkosten.**

Die Untersuchung widmet sich der Fragestellung, wie sich die Berufsschullandschaft im Kammerbezirk Dresden nachfragegerecht an die demographischen Herausforderungen anpassen lässt.

Dabei stehen die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen und der Erhalt eines breiten Schulnetzes bei sinkenden Schülerzahlen zueinander im

Widerspruch. Ziel der Studie ist es, die durch die ausbildenden Betriebe wahrgenommenen Bedarfe den demographischen und politischen Rahmenbedingungen gegenüberzustellen. Dazu wurden

5.000 Unternehmen der Handwerkskammer Dresden bzw. der Industrie- und Handelskammer

Dresden sowie sämtliche berufsschulische Einrichtungen im Kammerbezirk Dresden postalisch befragt. Um die Einschätzung der politischen

Entscheidungssträger berücksichtigen zu können, wurden außerdem mit Vertretern der Schulträger Interviews geführt.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die bisherigen Unsicherheiten über die Schulstandorte zwar noch keine gravierenden, aber dennoch bereits spürbare Auswirkungen auf die Berufsausbildung im Kammerbezirk Dresden haben. Störungen in der Ausbildung nehmen mit den Standortunsicherheiten zu.

Das bestehende System induziert einen Standortwettbewerb, der für keinen der betroffenen Akteure einen wünschenswerten Ausgang verspricht. Deshalb empfiehlt das Gutachten eine Anpassung des Berufsschulnetzes, deren Schwerpunkt in einer Spezialisierungsstrategie der Schulen liegen sollte. Auf diesem Weg ließe sich ein nachhaltiges und bedarfsgerechtes Berufsschulnetz realisieren, das auch weiterhin den hohen qualitativen Anforderungen des dualen Systems gerecht wird.

ifo Institut
Niederlassung Dresden

